



IWF-Jahresbericht 2015 | Herausforderungen gemeinsam angehen



Überblick

Alle wichtigen Informationen über den IWF und seine Arbeit im GJ 2015. Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem ausführlichen Inhaltsverzeichnis.

Inhaltsverzeichnis 4

TEIL 1

Übersicht 6

Über den IWF, seine wichtigsten Tätigkeitsbereiche, die Herausforderungen, denen sich die Mitglieder im Berichtsjahr stellen mussten, und wie der IWF Unterstützung gewährte

TEIL 2

Unsere Arbeit: Die „Großen Drei“ . . . 24

Wie der IWF die Volkswirtschaften seiner 188 Mitgliedsländer überwacht, Kredite an Länder mit Zahlungsbilanzproblemen vergibt und seinen Mitgliedern mit praktischer Hilfe zur Seite steht

TEIL 3

Finanzen und Organisation 68

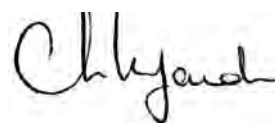
Der Haushalt des IWF, Prüfsysteme, Personalwesen, unabhängige Evaluierungen, Öffentlichkeitsarbeit und Reformen zur besseren Vertretung der Mitgliedsländer

TEIL 4

Rückblick / Blick in die Zukunft . . . 92

Höhepunkte der diesjährigen IWF-Arbeit aus den Regionen, Möglichkeiten für den IWF, zur Bekämpfung von Armut beizutragen und für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, Stabilität und Solidarität zu sorgen

Das Jahr war von Innovationen in allen Bereichen der Institution gekennzeichnet: Pilotprogramme, mit denen die Forschung der letzten Jahre zu umfassendem Wachstum und Geschlechterfragen in die Länderarbeit eingegliedert werden soll; Online-Lehrgänge für Beamte und die allgemeine Öffentlichkeit; die Einführung der freien Dateninitiative sowie die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsländern zum islamischen Finanzwesen.



Christine Lagarde
Geschäftsführende
Direktorin



Geschäftsführung

MIN Zhu

Stellvertretender
Geschäftsführender Direktor

Christine Lagarde

Geschäftsführende Direktorin

Carla Grasso

Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin und
Chief Administrative Officer

Mitsuhiro Furusawa

Stellvertretender
Geschäftsführender Direktor

David Lipton

Erster Stellvertretender
Geschäftsführender Direktor



Exekutivdirektoren des IWF¹ (Stand 30. April 2015)

Serge Dupont

Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen

Mikio Kajikawa

Japan

Steve Field

Vereinigtes Königreich

Chileshe Mpundu Kapwepwe

Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Gambia, Kenia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, Südafrika, Sudan, Republik Südsudan, Swasiland, Tansania, Uganda

Carlo Cottarelli

Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, San Marino

Rakesh Mohan

Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka

Hazem Beblawi

Ägypten, Bahrain, Irak, Republik Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate

Mohammad Jafar

Mojarrad
Islamische Republik Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Marokko, Pakistan, Tunesien

Fernando Jiménez Latorre

Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Spanien, Venezuela

Nguéto Tiraina Yambaye

Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik

Aleksei Mozhin

(Doyen des Direktoriums)
Russland



Daniel Heller

Aserbaidschan, Kasachstan,
Kirgisische Republik, Polen, Schweiz,
Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan

Mathew Haarsager

(Leitender Berater des Exekutivdirektors)
USA

Sergio Chodos

Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay,
Peru, Uruguay

Menno Snel

Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien,
Georgien, Israel, Kroatien, Luxemburg, ehemalige
jugoslawische Republik Mazedonien, Moldawien,
Montenegro, Niederlande, Rumänien, Ukraine, Zypern

Wimboh Santoso

Brunei Darussalam, Republik Fidschi,
Indonesien, Kambodscha, Demokratische
Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal,
Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam

Ibrahim Halil Çanakci

Belarus, Kosovo, Österreich, Slowakische
Republik, Slowenien, Tschechische Republik,
Türkei, Ungarn

JIN Zhongxia

China

Fahad I. Alshathri

Saudi-Arabien

Barry Sterland

Australien, Kiribati, Korea, Marshallinseln, Mikronesien,
Mongolei, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea,
Salomonen, Samoa, Seychellen, Tuvalu, Usbekistan,
Vanuatu

Hubert Temmeyer

Deutschland

Audun Groenn

Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland,
Litauen, Norwegen, Schweden

Hervé de Villeroché

Frankreich

Insert

Paulo Nogueira Batista, Jr.

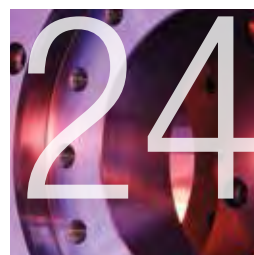
Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador,
Guyana, Haiti, Kap Verde, Nicaragua, Panama,
Suriname, Timor-Leste, Trinidad und Tobago

Inhaltsverzeichnis



Übersicht

Über den IWF	6
Botschaft der Geschäftsführenden Direktorin	7
Wichtige Maßnahmen des IWF im Geschäftsjahr 2015	8
Politische Prioritäten des IWF im Jahr 2015	9
Die Global Policy Agenda	10
Schlaglichter	11
Einfluss sinkender Ölpreise auf die Mitglieder des IWF	12
Die Reaktion auf Ebola: Notfallhilfe und ein neues Instrument	14
IWF unterstützt die Ukraine	16
Beziehung des IWF zu Griechenland im Geschäftsjahr 2015	17
Arbeitsplätze und Wachstum	18
Mehr IWF-Schulungen durch Online-Kurse	20
Die Freie Dateninitiative	22



Unsere Arbeit: Die „Großen Drei“

Volkswirtschaftliche Überwachung	26
Bilaterale Überwachung	28
Bestandsaufnahme des Überwachungsprozesses	28
Multilaterale Überwachung	31
Politikberatung	36
Daten	45
Kreditvergabe	46
Nicht konzessionäre Mittelvergabe	47
Konzessionäre Mittelvergabe	52
Programmgestaltung	53
Vereinbarungen zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik	56
Kapazitätsentwicklung	57
Technical Assistance	58
Ausbildung	64
Gebermittel für Kapazitätsentwicklung	65

Anmerkungen	110
Akronyme und Abkürzungen	116
Begleitschreiben	117
Das 70-jährige Bestehen des IWF	118
Kästen	
Fiskalische Folgen sinkender Ölpreise	13
Der Treuhandfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung	15
Frauen und Beschäftigung	19
2.1 Eingliederung der Finanzperspektive	29
2.2 Risiken für die Weltwirtschaft bewerten	32
2.3 Unterstützung für die Erholung Tunesiens	55
2.4 Nullzinspolitik für Niedrigeinkommensländer	56
2.5 Instrumente zur Bewertung der öffentlichen Haushalte	60
3.1 Sicherungsbewertungen: Politik und Maßnahmen	74
3.2 Fortschritte bei der Gebäuderenovierung von HQ1	75
3.3 Informationsarbeit für neue Impulsgeber der Politik	81
4.1 Politisches Forum der neuen EU-Mitgliedsstaaten	106

Schaubilder	
2.1 In den Geschäftsjahren mit Ende zum 30. April 2006–15 gebilligte Vereinbarungen	54
2.2 Ausstehende nicht konzessionäre Finanzierungen, GJ 2006–15	54
2.3 Ausstehende konzessionäre Finanzierungen, GJ 2006–15	55
2.4 Kostenverteilung der wichtigsten Aufgabenbereiche, GJ 2015	58
2.5 Ausgaben für Kapazitätsentwicklung, GJ 2012–15	58
2.6 Bereitstellung von Technical Assistance nach Region, GJ 2012–15	59
2.7 Bereitstellung von Technical Assistance nach Einkommensgruppe, GJ 2012–15	59
2.8 Bereitstellung von Technical Assistance nach Themenbereich, GJ 2012–15	59
2.9 Bereitstellung von Technical Assistance durch Regional Technical Assistance Centers (RTACs), GJ 2012–15	63
2.10 Bereitstellung von ICD-Ausbildungsprogrammen nach Einkommensgruppe, GJ 2012–15	64
2.11 Bereitstellung von ICD-Ausbildungsprogrammen nach Region, GJ 2012–15	65



Finanzen, Organisation und Rechenschafts- pflicht

Organigramm des IWF	68
Haushalt und Einkommen	70
Personalpolitik und Organisation	77
Rechenschaftspflicht	80
Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung externer Stakeholder ...	83
Quoten und Governance	84
Transparenz	86
Exekutivdirektoren und ihre Stellvertreter	88
Leitende Mitarbeiter	90



Rückblick / Blick in die Zukunft

Rückblick	94
Lateinamerika	94
Afrika	97
Asien	100
Naher Osten und Zentralasien	102
Ost- und Mitteleuropa	105
Blick in die Zukunft	108
Nachhaltige Entwicklung finanzieren	108
Laufende Arbeit im Bereich der öffentlichen Haushalte	109

Tabellen

2.1 Unter dem Konto für allgemeine Ressourcen gebilligte Vereinbarungen im GJ 2015	47
2.2 Konditionen für Kredite unter dem Konto für allgemeine Ressourcen des IWF	48
2.3 Konzessionäre Kreditvergabefazilitäten	50
2.4 Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen im GJ 2015	52
2.5 IWF-Unterstützung für Länder, die von der Ebola-Krise betroffen sind, Juni 2014–April 2015	53
3.1 Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2014–18	71
3.2 Im Abschlussbericht ausgewiesene Verwaltungsausgaben, GJ 2015 ...	72
3.3 Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens 6 Monate überfällig sind, nach Art, Stand 30. April 2015	76

Das Geschäftsjahr des IWF (GJ) beginnt jeweils am 1. Mai und endet am 30. April.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das Sonderziehungsrecht (SZR). Die Umrechnungen der Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen nur Näherungswerte dar und sind zur leichteren Verständlichkeit angegeben. Am 30. April 2015 lag der Wechselkurs SZR/US-Dollar bei 1 US\$ = 0,71103 SZR und der Wechselkurs US-Dollar/SZR bei 1 SZR = 1,40642. Die Wechselkurse des Vorjahres (30. April 2014) beliefen sich auf: 1 US\$ = 0,64529 SZR und 1 SZR = 1,54969 US\$.

In der englischen Fassung bedeutet „Billion“ eine Milliarde (tausend Millionen) und „Trillion“ eine Billion (tausend Milliarden). Geringfügige Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Der in diesem Jahresbericht verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Hier wird dieser Begriff auch für Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, für die aber statistische Daten auf getrennter und unabhängiger Basis erhoben werden.

Über den IWF

Der Internationale Währungsfonds ist die zentrale Weltorganisation, die für die internationale Zusammenarbeit in der Währungspolitik zuständig ist. Mit 188 Mitgliedsländern ist der IWF eine Organisation, in der fast alle Länder der Welt vertreten sind und gemeinsam an der Förderung des Gemeinwohls arbeiten. Die Hauptaufgabe des IWF, der mit seiner Aufsichtsfunktion das reibungslose Funktionieren des internationalen Währungssystems sicherstellt, besteht darin, die Wechselkursstabilität zu fördern sowie die Ausweitung und ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels zu erleichtern. Dies ermöglicht den Ländern (und ihren Bürgern) den Austausch von Waren und Dienstleistungen und ist unabdingbar, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erzielen und den allgemeinen Lebensstandard anzuheben.

Alle Mitgliedsländer des IWF sind in seinem Exekutivdirektorium vertreten. Letzteres erörtert die nationalen, regionalen und globalen Folgen der Wirtschaftspolitik eines jeden Mitglieds und entscheidet über die Vergabe von Krediten des IWF an die Mitgliedsländer, um ihnen bei der Lösung vorübergehender Zahlungsbilanzprobleme und bei kapazitätsbildenden Maßnahmen zu helfen. Dieser Jahresbericht befasst sich mit der Tätigkeit des Exekutivdirektoriums, der Geschäftsführung und des Mitarbeiterstabes des Internationalen Währungsfonds im Geschäftsjahr vom 1. Mai 2014 bis zum 30. April 2015. Einige Zahlen zur Kreditvergabe an Griechenland wurden nach Ablauf des Geschäftsjahres aktualisiert. Die Inhalte spiegeln die Ansichten und politischen Erörterungen des IWF-Exekutivdirektoriums wider, das aktiv an der Ausarbeitung dieses Jahresberichts mitwirkte.

Die Hauptaufgaben des IWF

Die wichtigsten Aufgaben des IWF sind:

Beratung der Mitglieder zu Politikmaßnahmen, die ihnen helfen, makroökonomische Stabilität zu erreichen, und gleichzeitig zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und zur Armutsbekämpfung beitragen.

Gewährung vorübergehender Finanzhilfe an Mitgliedsländer, um sie bei der Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen zu unterstützen, d. h. wenn ihr Devisenbestand nicht ausreicht, weil ihre Zahlungen an andere Länder ihre Deviseneinnahmen übersteigen.

Auf Antrag eines Landes Bereitstellung technischer Hilfe und Ausbildung für den Aufbau von Fachkenntnissen und Institutionen, die es für die Umsetzung einer soliden Wirtschaftspolitik benötigt.

Der IWF hat seinen Hauptsitz in Washington, D.C. Aufgrund seines weltweiten Wirkungsbereichs und seiner engen Beziehungen zu den Mitgliedsländern unterhält er außerdem Büros rund um den Globus.

Weitere Informationen über den IWF und seine Mitgliedsländer sind auf der Website des IWF verfügbar: www.imf.org.

Botschaft der Geschäftsführenden Direktorin



Das vergangene Jahr stellte die internationale Gemeinschaft vor unerwartete Herausforderungen. Der IWF setzte einerseits seine Arbeit zur Förderung eines intensiveren und umfassenderen Wachstums und zur Stärkung der weltweiten Zusammenarbeit fort, andererseits reagierte er rasch auf die neuen wirtschaftlichen Entwicklungen:

Den Anfang machten die Ölpreise mit ihrem ebenso plötzlichen wie rasanten Rückgang. Für die meisten unserer Mitglieder erwiesen sich die niedrigeren Preise als Vorteil, denn sie boten eine Stütze für das Wachstum, das bereits mit Sorgen über eine neue Mittelmäßigkeit in der

Weltwirtschaft behaftet war. Aber die erdölproduzierenden Staaten mussten schwierige Anpassungen vornehmen. Aufgrund dieser Entwicklungen waren die Analysearbeit und Politikberatung des IWF besonders gefragt.

Die zweite Herausforderung stellte sich in Form der Ebola-Pandemie in Guinea, Liberia und Sierra Leone. Hier ging es um Leben und Tod, und der IWF reagierte rasch, damit die Regierungen der drei Staaten der Krise begegnen und ihre jeweilige Wirtschaft wieder ankurbeln konnten. Der IWF stellte mehr als 400 Mio. US\$ an Hilfe und Schuldenerleichterung bereit, was unter anderem durch eine Neugestaltung unserer Fazilität für Katastrophenhilfe bewerkstelligt wurde.

Die dritte Aufgabe im vergangenen Jahr bestand darin, mehrere Mitgliedsländer bei der Bewältigung schwieriger wirtschaftlicher und finanzieller Gegebenheiten durch IWF-gestützte Programme zu helfen. Der IWF und seine Mitglieder wollen diesen Ländern wie auch der allgemeinen Staatengemeinschaft in dieser unruhigen Phase weiterhin beistehen.

Das Jahr war von Innovationen in allen Bereichen der Institution gekennzeichnet: Pilotprogramme, mit denen die Forschung der letzten Jahre zu umfassendem Wachstum und Geschlechterfragen in die Länderarbeit integriert werden soll, Online-Lehrgänge für Beamte und die allgemeine Öffentlichkeit, die Einführung einer freien Dateninitiative sowie die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsländern zum islamischen Finanzwesen.

Wir arbeiteten weiter mit unseren Mitgliedern an der baldmöglichsten Umsetzung der Quoten- und Governance-Reformen von 2010. Unsere Mitglieder bestätigten die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Reformen für die Glaubwürdigkeit, Legitimität und Wirksamkeit des IWF.

Das Jahr bot Gelegenheit, auf die Errungenschaften der letzten 25 Jahre in Ost- und Mitteleuropa und auf das 70-jährige Bestehen des IWF zurückzublicken. Es war auch eine Zeit, um für die Zukunft zu planen, auf der Arbeit zu den Millenniums-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen aufzubauen und die Klimapolitik durch angemessene Energiepreise zu unterstützen. Die internationale Gemeinschaft wird 2015 die Ziele und Politiken verabschieden, die sich der Bekämpfung von Armut und Stärkung eines umfassenden Wachstums bis 2030 widmen.

Der Jahresbericht 2015 zeigt die Arbeit des IWF in diesen und anderen Bereichen mit einem neuen Ansatz, der Essays und Grafiken kombiniert. Wie immer konzentriert sich der Bericht auf die Arbeit des Exekutivdirektoriums des IWF, dessen politische Leitung die zentrale Säule für unsere Bestrebungen ist, weltweit Finanzstabilität und Wachstum sicherzustellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Christine Lagarde

Wichtige Maßnahmen des IWF im Geschäftsjahr 2015

Neuer Fonds für Notfallhilfe eingerrichtet und finanzielle

Unterstützung der Mitglieder fortgesetzt

Der Treuhandfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung (Catastrophe Containment and Relief Trust, CCRT) wurde in Reaktion auf die Ebola-Krise geschaffen; er stellt Subventionen zur Schuldenerleichterung für die ärmsten und gefährdetsten Länder

bereit, die von Naturkatastrophen oder einer Katastrophe für die Volksgesundheit betroffen sind, die auf andere Länder übergreifen könnten. Der IWF stellte Guinea, Liberia und Sierra Leone 95 Mio. US\$ an Subventionen zur Erleichterung bestimmter Schulden zur Verfügung. Ebenso stockte der IWF das Programm unter der Erweiterten Kreditfazilität (Extended Credit Facility, ECF) für Guinea, Sierra Leone und Liberia um 63,6 Mio. US\$, 111,7 Mio. US\$ bzw. 48,2 Mio. US\$ auf und gewährte Guinea und Liberia Zugang zur Schnelldividendfazilität (Rapid Credit Facility, RCF) in Höhe von 39,8 Mio. US\$ bzw. 45,5 Mio. US\$.

Folgevereinbarungen für Mexiko und Polen unter der Flexiblen Kreditlinie (Flexible Credit Line, FCL) in Höhe von insgesamt 88 Mrd. US\$ und für Marokko unter der Vorsorglichen Kreditlinie (Precautionary Credit Line, PCL) über insgesamt 4,5 Mrd. US\$ wurden gebilligt. Neue Vereinbarungen mit einer Gesamtzusage von 19,4 Mrd. US\$ wurden auch gebilligt für Georgien, Honduras, Kenia, Serbien, die Seychellen und die Ukraine. Neue Auszahlungen unter der Schnelldividendfazilität, die sich auf insgesamt 117 Mio. US\$ beliefen, wurden gebilligt für Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Madagaskar, St. Vincent und die Grenadinen sowie für die Zentralafrikanische Republik (eine Übersicht über die gesamte Unterstützung für Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen findet sich in Tabelle 2.4). Eine Aufstockung der Bereitschaftskreditvereinbarung (Stand-By Arrangement, SBA) für Bosnien und Herzegowina in Höhe von 118,9 Mio. US\$ wurde ebenfalls gebilligt.

Zusammenfassung der Tätigkeiten aus der Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin. Weitere Einzelheiten siehe Anmerkungen am Ende des Jahresberichts.

Eine Anzahl wichtiger Politikprüfungen wurde abgeschlossen

Die Folgearbeit zur Dreijahresprüfung der Überwachung (Triennial Surveillance Review, TSR) von 2014 läuft. Der Aktionsplan der Geschäftsführenden Direktorin deckt alle operativen Kernbereiche der Überwachung ab, wie Risiken und Übertragungswirkungen (Spillovers) sowie makrofinanzielle und makroökonomische Strukturfragen.

Eine Prüfung des Programms zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program, FSAP) befand, dass die 2009 umgesetzten Reformen die Ausrichtung, Wirksamkeit und Zugkraft der Bewertungen gestärkt hatten.

Es wurden Reformen zur Schuldengrenzpolitik des IWF eingeführt. Die neue Politik, die Ende Juni 2015 in Kraft tritt, wird Ländern mehr Flexibilität bei der Finanzierung produktiver Investitionen gewähren und gleichzeitig die Risiken für mittelfristige Tragfähigkeit eindämmen.

Aufgrund einer Empfehlung vonseiten des Unabhängigen Evaluierungsbüros (Independent Evaluation Office, IEO) wurde die Arbeit des IWF im Zusammenhang mit Handelsfragen überprüft. Die Untersuchung befasste sich mit makroökonomischen Handelsfragen, die der Arbeitsagenda des IWF für die nächsten fünf Jahre zugrunde liegen.

Der Stab veröffentlichte Leitlinien zur Stärkung der Beratung durch den IWF zu makroprudenzieller Politik in der Überwachung. Die Leitlinien tragen der Arbeit internationaler Standard setzender Organisationen und den neuen Erfahrungen der Länder mit makroprudenzieller Politik Rechnung – d. h. Regierungspolitik, die darauf ausgerichtet ist, die Gesundheit und Solidität eines Finanzsystems sicherzustellen.

In Reaktion auf einen Vorschlag des IEO und aufbauend auf früheren Arbeiten wurde ein neues Regelwerk ausgearbeitet, das dazu dient, die angemessene Ausstattung der Mitgliedsländer mit internationalen Reserven festzulegen; es ist stärker auf die landesspezifischen Gegebenheiten zugeschnitten als frühere Methoden zur Bewertung der Angemessenheit von Reserven.

Politische Prioritäten des IWF im Jahr 2015

Herausforderungen für die Mitglieder im Fokus der analytischen und politischen Arbeit

Beschäftigungsanteil der Frauen, Triebkräfte für Einkommensgefälle, ökonomische Diversifikation in Ländern des Kooperationsrats der Arabischen Golfstaaten sowie Jugendarbeitslosigkeit in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Europas. Die Analyse der Geldpolitik und der Finanzsektorpolitik konzentrierte sich auf die Rolle der Wechselkursinterventionen und die Auswirkungen des islamischen Finanzwesens. Gegenstand der politischen und analytischen Arbeit zu Fiskalfragen war unter anderem die Mobilisierung von Einkünften und steuerliche Compliance sowie die Wirksamkeit staatlicher Investitionen in den Erdöl exportierenden Ländern des Nahen Ostens, Nordafrikas, des Kaukasus und Zentralasiens.

Kapazitätsentwicklung durch technische Hilfe und Ausbildung fortgesetzt

Wirtschaftsstabilität und umfassendem Wachstum – konzentrierte sich auf Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen. Das Regionalbüro für technische Hilfe in Thailand spielte eine maßgebliche Rolle bei der raschen Befriedigung der Nachfrage nach technischer Hilfe und Ausbildung in Myanmar und der DVR Laos. Weitere Höhepunkte waren die Schaffung des Treuhandfonds Somalia für Kapazitätsentwicklung (Somalia Trust Fund for Capacity Development) und die offizielle Eröffnung des IWF-Zentrums Nahost für Ökonomie und Finanzen (IMF–Middle East Center for Economics and Finance) in Kuwait, des ersten regionalen Ausbildungsinstituts des IWF im Nahen Osten. Zwei neue massive offene Online-Kurse (massive open online courses, MOOCs) zu Schuldentragfähigkeitsanalyse und Reform der Energiesubventionen ergänzen die Ausbildungsthemen des IWF.

Die Arbeit zu den zugrundeliegenden makroökonomischen Fragen befasste sich mit Themen wie produktivitätssteigernde Reformen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften,

Kapazitätsaufbau – die Unterstützung der Länder bei der Entwicklung wirksamerer Institutionen, rechtlicher Regelwerke und Politiken zur Förderung von

Die Prioritäten der Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin:

Mitglieder

Euroraum

Bereitstellung effektiver Nachfrageunterstützung
Umsetzung von Arbeits- und Gütermarktreforme

Vereinigte Staaten

Gewährleistung einer reibungslosen Geldnormalisierung
Aufstellen eines mittelfristigen Plans zur Haushaltskonsolidierung

Japan

Umsetzung von Fiskal- und Strukturreformen
Förderung der Transmission der Geldpolitik

China

Steuerung der Nachfrageanpassung
Umgang mit Anfälligkeiten in überinvestierten Sektoren

Volkswirtschaften in Schwellenmärkten

Umgang mit externen Anfälligkeiten
Anhebung des potenziellen Wachstums

Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen

Stärkung des politischen Regelwerks
Wiederaufbau fiskalischer und externer Puffer

IWF

Geldpolitik

Bewertung der Auswirkung divergierender Politiken
Analyse der Verknüpfungen von Geldpolitik und Finanzstabilität

Finanzsektorpolitik

Vertiefung der makrofinanziellen Analyse
Anleitung für makroprudenzielle Politik

Fiskalpolitik

Untersuchung, wie Politik langfristiges Wachstum fördern kann
Intensivierung der Beratung zu Regelwerken und Institutionen

Strukturreformen

Vertiefung der Beratung zu Strukturreformen
Beratung zu Maßnahmen, die die Wirtschaftlichkeit von Investitionen verbessern

Die Global Policy Agenda

Die Weltpolitische Agenda (*Global Policy Agenda*, GPA) der Geschäftsführenden Direktorin wird zweimal jährlich dem Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (International Monetary and Financial Committee, IMFC) vorgelegt, der das politische Leitorgan des IWF ist. Die GPA benennt die politischen Herausforderungen für die Mitglieder des IWF, bewertet die seit der vorausgegangenen GPA erzielten Fortschritte, umreißt die auf globaler wie landesspezifischer Ebene benötigten Reaktionen der Politik und zeigt auf, wie der IWF diese politischen Reaktionen unterstützen kann.

Die GPA gilt als wichtiger Arbeitsplan für den IWF und seine Mitglieder. Sie ist zudem ein wesentliches Element der multilateralen Überwachungsarbeit des IWF, wie die Dreijahresprüfung der Überwachung (Triennial Surveillance Review, TSR) von 2014 und der Aktionsplan zur Stärkung der Überwachung (Action Plan for Strengthening Surveillance) der Geschäftsführenden Direktorin, der gemeinsam mit der TSR veröffentlicht wurde, betonten. Die GPA wird im Rahmen einer informellen Sitzung von den Mitgliedern des IWF-Exekutivdirektoriums erörtert.

In der GPA vom April 2015 mit dem Titel „Globale Herausforderungen gemeinsam angehen“ heißt es: „Die Förderung eines ausgewogenen, nachhaltigen Wachstums verlangt nach einem integrierten Politikpaket, das die tatsächliche Produktion von heute und die potenzielle Produktion von morgen stärkt, Risiken mindert und aufkeimende globale Herausforderungen angeht.“

Der Bericht enthält unter anderem folgende Empfehlungen:

Stärkung des Wachstums von heute: Die Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen verlangt fallweise eine Fortsetzung der akkommodierenden Geldpolitik und der stützenden Fiskalpolitik. Entscheidend ist aber die Verbesserung der politischen Wirksamkeit und Sicherung der Finanzstabilität. Dazu gehört der Abbau des Schuldenüberhangs und die Förderung produktiver Investitionen statt übertriebener finanzieller Risikoübernahme. Die bevorstehende Anhebung der Zinsen in den USA und große Währungsbewegungen verlangen proaktive politische Maßnahmen, um Risiken und zunehmende Fremdfinanzierung zu steuern. Stärkere fiskalische Regelwerke können Einkünfte und Ausgaben wachstumsfreundlicher gestalten und fiskalische Risiken eindämmen.

Stärkung der Aussichten für morgen: Strukturreformen hinken anderen Bereichen der GPA hinterher. Gezielte Strukturreformen können Investitionen und Produktivität ankurbeln. Trotz unterschiedlicher individueller Probleme gibt es allgemeine Prioritäten wie die Förderung von Reformen zu Energiesubventionen, um die Vorteile der gesunkenen Ölpreise auszunutzen, die Vertiefung des Finanzmarkts, die Modernisierung der Infrastruktur, die Erhöhung der Beschäftigtenquote, der Abbau von Verzerrungen auf Gütermärkten sowie die Verbesserung unternehmerischer Bedingungen. Handelsreformen in traditionellen und aufstrebenden Bereichen wie Dienstleistungen und Regulierungen können andere Strukturreformen ergänzen.

Zusammenarbeit für die Zukunft: Die Folgen asynchroner Geldpolitik für Währungen und Kapitalflüsse zeigen deutlich, dass das internationale Währungssystem widerstandsfähiger gemacht, die laufende Integration dynamischer Schwellenmärkte gefördert und ein adäquates und zusammenhängendes globales Sicherheitsnetz gewährleistet werden müssen. Das Jahr 2015 mit seinen drei wichtigen internationalen Konferenzen stellt für die Welt eine bisher nie da gewesene Chance dar, den Kurs für nachhaltige Entwicklung in den nächsten fünfzehn Jahren und darüber hinaus festzulegen (siehe Teil 2).

Die Agenda des IWF: Die GPA sieht vor, dass der IWF seine Mitglieder durch die Bereitstellung flexibler Kreditvereinbarungen für Länder mit dringendem Bedarf bei der Umsetzung der politischen Agenda unterstützt. Sie verpflichtet den IWF zudem, politische Beratung und Kapazitätsentwicklung eng miteinander zu verknüpfen und Prioritäten wie die Umsetzung wachstumsfreundlicher Fiskalpolitik und makrokritischer Finanz- und Strukturreformen herauszustellen sowie Schuldenüberhänge anzugehen. Der GPA zufolge wird der IWF die Herausforderungen für das internationale Währungssystem untersuchen, die globale Entwicklungsagenda für 2015 aufnehmen und seine Arbeit auf die sich ändernden Bedürfnisse seiner Mitglieder abstimmen.

Schlaglichter



Einfluss sinkender
Ölpreise auf die Mitglieder
des IWF 12



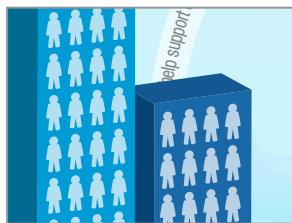
Die Reaktion auf Ebola:
Notfallhilfe und ein
neues Instrument 14



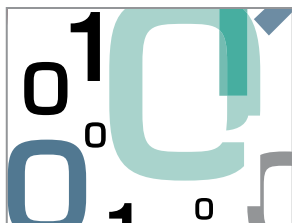
IWF unterstützt die Ukraine
und Beziehung des IWF
zu Griechenland 16



Arbeitsplätze
und Wachstum 18



Mehr IWF-Schulungen
durch Online-Kurse 20



Die Freie
Dateninitiative 22

Einfluss sinkender Ölpreise auf die Mitglieder des IWF



Der unerwartet starke Rückgang der Ölpreise im vergangenen Jahr – um mehr als die Hälfte von September 2014 bis Januar 2015 – hatte beträchtliche Auswirkungen auf die Mitglieder des IWF. Der Rückgang, der im Einklang mit dem allgemeineren Trend sinkender Rohstoffpreise steht, kurbelte das globale Wachstum an und kam vielen Ölimportländern zugute, drückte aber auch auf die Wirtschaftstätigkeit der Erdöl exportierenden Staaten.

Der Preisrückgang wurde verursacht durch Produktionssteigerungen (sowohl in den Mitgliedsstaaten der Organisation Erdöl exportierender Länder [OPEC] als auch in Nicht-OPEC-Ländern) und durch einen spürbar langsameren Anstieg der globalen Ölnachfrage – vor allem aus Europa und der Region Asien und Pazifikraum.

Das Ausmaß des Preisrückgangs überraschte Prognostiker und Märkte: Die Ausgabe des *Weltwirtschaftsausblicks* (World Economic Outlook, WEO) vom Oktober 2014 gab für 2015 den Durchschnittspreis für ein Barrel Erdöl mit 99,36 US\$ an, ausgehend von den Erwartungen auf den Terminmärkten, während der WEO vom April 2015 die Preisprognosen für 2015 bei 58,14 US\$ und für 2016 bei 65,65 US\$ ansiedelte. Der WEO enthielt eine ausführliche Analyse der Entwicklungen und Prognosen an den Rohstoffmärkten unter besonderer Berücksichtigung von Investitionen in einer Zeit niedriger Ölpreise.

Weitreichende Auswirkungen auf die Arbeit des IWF

Die Auswirkung der Ölpreise auf die Mitglieder des IWF beeinflusste die Arbeit des IWF in starkem Maße. Bilaterale und multilaterale Überwachungstätigkeiten wurden an die sich rasch verändernde Umgebung angepasst. Artikel-IV-Konsultationen, *Regional Economic Outlooks* und die wichtigsten Publikationen des IWF, namentlich der WEO, der *Bericht zur globalen Finanzstabilität* (Global Financial Stability Report, GFSR) und der *Fiscal Monitor*, rückten Themen rund um die Ölpreise in den Mittelpunkt.

Der IWF bewertete die allgemeinen makroökonomischen Folgen zwar als positiv, während andere Berichte die Risiken heraus-

stellten. Im GFSR vom April 2015 heißt es beispielsweise, „Tempo und Ausmaß der Ölpreisentwicklung werfen die Frage auf, inwiefern Stress durch den Finanzsektor übertragen wird“. Als Beispiel nennt der Bericht Kanäle, über die niedrigere Preise „finanzielle Anfälligkeiten erzeugen“ könnten, einschließlich „einer Spirale aus steigendem Kreditrisiko und sich verschlechternden Umschuldungskonditionen für Länder und Unternehmen, eines Rückgangs beim Recycling von Ölüberschüssen auf den globalen Finanzierungsmärkten und einer Finanzmarktinfrastuktur, die der hohen Volatilität der Energiepreise über einen längeren Zeitraum nicht mehr standhalten kann“.

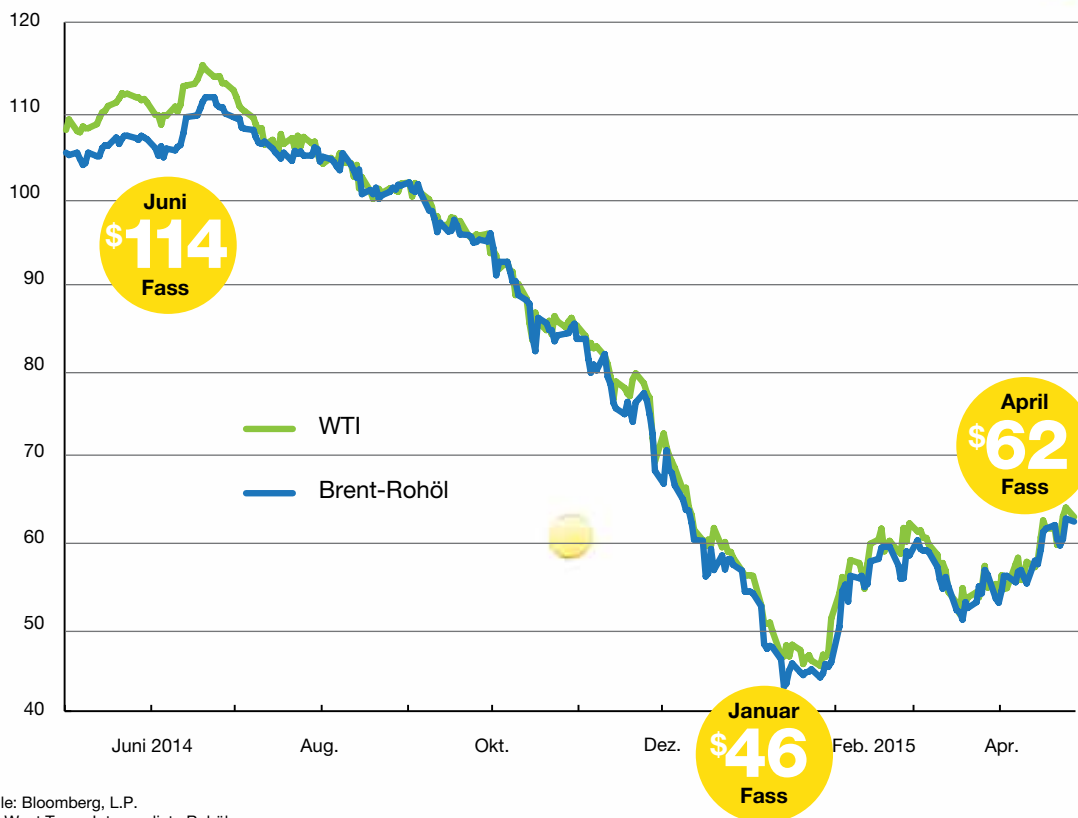
Trends in den einzelnen Ländern

Das Exekutivdirektorium des IWF ist stark an der Prüfung der Berichte und Papiere beteiligt, die die Auswirkungen der sinkenden Ölpreise analysieren. Es erörterte nicht nur die in den wichtigsten Publikationen beschriebenen Analysen, sondern auch die Trends in den einzelnen Ländern. Eine Auswertung der Pressemitteilungen des Exekutivdirektoriums in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 2015 zeigte, dass 58 Prozent der 21 Direktoriumsbewertungen zu Artikel IV Verweise zu den Folgen niedriger Ölpreise enthielten – mit besonderem Schwerpunkt auf den Erdöl produzierenden Ländern.

Der Wirtschaftsberater des IWF Olivier Blanchard und Rabah Arezki, Leiter des Rohstoffteams in der Abteilung Forschung, veröffentlichten einen Artikel über den Rückgang der Ölpreise auf *IMFdirect*, dem Blog des IWF. In dem Beitrag mit dem Titel „Seven Questions about the Recent Oil Price Slump“ wurden die Mechanismen des Ölmarkts, die Auswirkungen auf verschiedene Gruppen und auf die Finanzstabilität untersucht und Vorschläge gemacht, wie die Politik die Folgen für ihre Volkswirtschaft angehen könnte. Er wurde zum meistgelesenen Beitrag auf unserem Blog während des Geschäftsjahrs.

Ölpreise

(US-Dollar pro Fass)



Quelle: Bloomberg, L.P.
WTI: West Texas Intermediate Rohöl



Fiskalische Folgen sinkender Ölpreise

Der Rückgang der internationalen Ölpreise hat auch gewaltigen Einfluss auf die Staatsfinanzen in Ölimport- und Ölexportländern. Der *Fiscal Monitor* vom April 2015 widmete sich diesem Aspekt und kam zu dem Schluss, dass Importländer wahrscheinlich davon profitieren würden, während Exportländer wohl Verluste hinnehmen müssten.

Der *Fiscal Monitor* im Wortlaut: „Die Auswirkungen könnten gewaltig sein. Zwar werden die Vorteile auf viele Volkswirtschaften verteilt sein, aber die negativen fiskalischen Auswirkungen werden sich auf relativ wenige Länder konzentrieren. Obwohl Öllexportländer einen geringeren Anteil am globalen BIP ausmachen als die Importländer, sind die Ölexporteure einem weitaus größeren Schock ausgesetzt, weil Erdöl in ihren Volkswirtschaften und Haushalten wesentlich größeres Gewicht hat.“

In vielen Ölausfuhrländern, so der *Fiscal Monitor*, entstanden Anfälligkeiten, noch bevor die Preise fielen; stark gestiegene laufende Ausgaben und Kapitalausgaben wurden mit Einkünften aus höheren Ölpreisen finanziert. Infolgedessen stieg der fiska-

lische Deckungspreis für Öl in den meisten Ausfuhrländern des Nahen Ostens; die meisten unter ihnen brauchen Preise weit über den für 2015 projizierten 58 US\$, um ihre Haushaltsausgaben zu decken.

Im Zusammenhang mit den fiskalischen Auswirkungen fallender Ölpreise darf man die Treibstoffsubventionen und die Energiebesteuerung nicht vergessen. Der *Monitor* kam zu dem Schluss, dass die fiskalischen Einsparungen umso niedriger ausfallen würden, je höher das „Durchreichen“ der Ölpreise an die Verbraucher ist. So würden zum Beispiel Ölimportländer, die zwar keine Subventionen zahlen, aber Einkünfte aus den Exportzöllen auf Öl und anderen Steuern erzielen, einen Rückgang ihrer Einkünfte verzeichnen. Andererseits

könnten die Gesamtnachfrage und die Einkünfte stärker steigen, wenn der gesamte Rückgang der Ölpreise an die Verbraucher weitergegeben wird.

Die Regionalabteilungen des IWF sahen – durch Artikel-IV-Konsultationen und regionale Überwachungstätigkeit – eine Chance für Import- wie Exportländer, um Treibstoffsubventionen und Steuerregelungen zu reformieren; damit könnten Haushaltsbilanzen gestärkt und Spielraum für wachsende prioritäre Ausgaben geschaffen werden. Die öffentlichen Finanzen in vielen Erdöl importierenden Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen werden sich voraussichtlich verbessern, wenn Energiesubventionen dank sinkender Ölpreise heruntergeschraubt werden können.

Die Reaktion auf Ebola: Notfallhilfe und ein neues Instrument

„Unsere Mitglieder haben mit großem Engagement gemeinsam auf die Ebola-Krise reagiert. Ich bin besonders dankbar für die Unterstützung, die zur Genehmigung des neuen Catastrophe Containment and Relief Trust geführt hat, der den Menschen in Guinea, Liberia und Sierra Leone – und in Zukunft auch anderen Ländern – zugutekommen wird.“

Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde, 5. Februar 2015

IWR zur ersten multilateralen Institution, die 100 Prozent ihrer Zusagen an die von Ebola betroffenen Länder auszahlte.

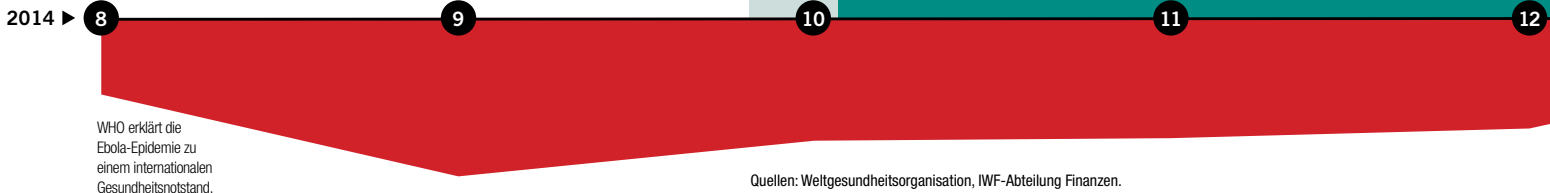
Die Finanzhilfe für den Kampf gegen die Epidemie entspricht dem Mandat des IWF, seine Mitgliedsländer in Zeiten starker wirtschaftlicher und sozialer Belastung bei Zahlungsbilanzproblemen zu unterstützen. Jeder Schritt der Hilfsmaßnahme wurde vom Exekutivdirektorium sorgfältig überlegt; es billigte schließlich alle Kreditanträge sowie die Einrichtung des CCRT mittels einer Reform des Treuhandfonds zur Schuldenerleichterung in der Folgezeit von Katastrophen (Post-Catastrophe Debt Relief Trust, PCDR).

IWF reagiert rasch auf die aufkommende Krise

IWF-Direktorium billigt 130 Mio. US\$ Soforthilfe an Guinea, Liberia und Sierra Leone in Reaktion auf die Ebola-Epidemie.

IWF zahlt die Soforthilfe an die drei Länder aus.

G20-Treffen in Brisbane fordert starke Unterstützung für die von Ebola betroffenen Länder sowie neue, flexible Mechanismen, um die wirtschaftlichen Auswirkungen künftiger vergleichbarer Krisen anzugehen.



Die Ebola-Epidemie in Westafrika konfrontierte die internationale Gemeinschaft mit einer beispiellosen Krise der öffentlichen Gesundheit. Die Pandemie breitete sich über Guinea, Liberia und Sierra Leone aus und infizierte rund 26.000 Menschen, von denen mehr als 10.600 starben. Die Wirtschaftstätigkeit in den drei Ländern kam praktisch zum Erliegen und schürte Ängste vor einer allgemeineren Krise.

Der IWF reagierte rasch und flexibel: Er sagte rund 404 Mio. US\$ an Krediten zu, die direkt an die Regierungen der drei Länder gingen und die neuen, durch Ebola entstandenen Finanzierungsbedürfnisse decken sollten. Die Notfallhilfe wurde im September 2014 zunächst auf beschleunigter Basis gewährt. Als das Ausmaß der Katastrophe deutlich wurde, intensivierte der IWF Anfang 2015 seine Unterstützung mit weiteren Krediten im Rahmen des Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust, PRGT) und mit Schuldenerleichterung unter dem neu eingerichteten Treuhandfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung (Catastrophe Containment and Relief Trust, CCRT).

Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde unterbreitete den Staats- und Regierungschefs der G20 anlässlich ihres Gipfeltreffens im November 2014 im australischen Brisbane einen Vorschlag zu zusätzlicher Finanzhilfe. Durch die Umsetzung des Vorschlags von Brisbane wurde der

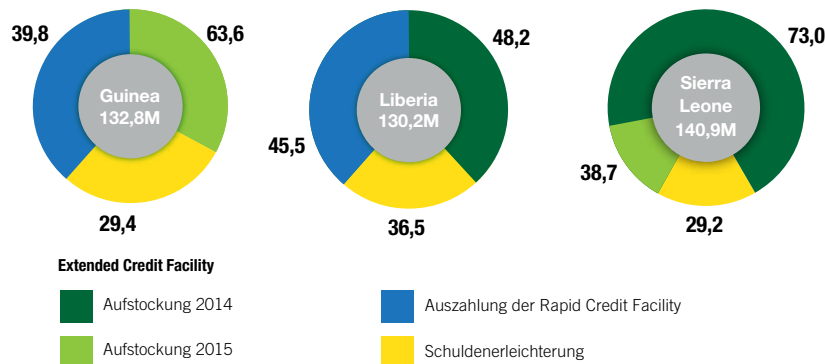
Konzessionäre Kreditvergabe: Der IWF gewährte den drei von Ebola heimgesuchten Ländern auf der Schnellschiene 309 Mio. US\$ an zinsloser Finanzhilfe. Die Kredite wurden unter der Schnellkreditfazilität (Rapid Credit Facility, RCF) und der Erweiterten Kreditfazilität (Extended Credit Facility, ECF) gewährt. Die sofort ausgezahlten Mittel versorgten die Länder mit den für die Bekämpfung der Krise dringend benötigten Ressourcen.

Schuldenerleichterung: Ein besonderer Aspekt der IWF-Reaktion war der Beschluss zur Schaffung des CCRT. Die drei von Ebola betroffenen Länder (Guinea, Liberia und Sierra Leone) erhielten 95 Mio. US\$ an Fördermitteln zur Schuldenerleichterung im GJ 2015, damit der Druck auf ihre Zahlungsbilanz abgemildert werden konnte.

Politikberatung: Infolge der Epidemie nahm das BIP in allen drei Ländern ab. Ein wesentliches Element der Politikberatung des IWF war die Unterstützung expansiver makroökonomischer Politik – darunter auch Haushaltsdefizite zur Bekämpfung der Epidemie und Vermeidung einer noch größeren Rezession. Der IWF-Stab erhielt seine Beziehungen mit den Behörden in den jeweiligen Ländern während der gesamten Pandemie aufrecht, und mit dem Abklingen der Krise wurden die Gespräche auf die längerfristige Herausforderung gelenkt, wie das Wachstum rasch wieder hergestellt werden könne.

IWF-Unterstützung für Länder, die von Ebola betroffen sind: 404 Mio. US\$

Finanzierung durch den IWF (in Millionen US\$)



Extended Credit Facility

- Aufstockung 2014
- Aufstockung 2015

- Auszahlung der Rapid Credit Facility
- Schuldenerleichterung

Quelle: IWF-Abteilung Finanzen.

IWF richtet den Treuhandfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung ein, um die Unterstützung für anspruchsberechtigte Niedrigeinkommensländer zu intensivieren, die von öffentlichen Gesundheitskatastrophen heimgesucht werden.

IWF gewährt den drei Ländern Schuldenerleichterung zur Deckung von Zahlungsbilanzbedarf und Haushaltsfinanzierung.

IWF stellte 100 % Unterstützung in Reaktion auf die Ebola-Epidemie bereit und gewährte weitere, bereits vor der Epidemie gebilligte Mittel.

2015 ▶

1

2

3

4

Im April 2015 zählen Guinea, Liberia und Sierra Leone 10.600 bestätigte und mutmaßliche Todesfälle.

Finanzierung durch den IWF (in Millionen US\$)

Bestätigte und mutmaßliche Todesfälle August 2014 – April 2015

Übersicht

Der Treuhandfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung

Im Februar 2015 gründete der IWF einen Treuhandfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung (Catastrophe Containment and Relief Trust, CCRT). Dieses Instrument gestattet dem IWF die Bereitstellung von Mitteln zur Schuldenerleichterung für die ärmsten und gefährdetsten Länder, die von Natur- oder Gesundheitskatastrophen, einschließlich Epidemien, heimgesucht werden. Der neue Treuhandfonds ist als Ergänzung zu Gebermitteln und zur konzessionären Kreditvergabe des IWF gedacht. Die Schuldenerleichterung setzt zusätzliche Mittel frei, damit die außergewöhnlichen, durch die Katastrophe bedingten Zahlungsbilanzanforderungen erfüllt werden können, und unterstützt die

Eindämmung der Katastrophe und den Wiederaufbau danach.

Der CCRT wurde durch Umwandlung des Treuhandfonds zur Schuldenerleichterung in der Folgezeit von Katastrophen (Post-Catastrophe Debt Relief Trust, PCDR) geschaffen, der 2010 als Hilfsmaßnahme nach dem schrecklichen Erdbeben in Haiti eingerichtet worden war. Der CCRT besteht aus zwei Komponenten: 1) eine Komponente für die Hilfe in der Folgezeit von Katastrophen, die bei einem Erdbeben oder Taifun außergewöhnliche Mittel bereitstel-

len kann, sowie 2) eine Komponente zur Eindämmung der Katastrophe, die Mittel für die Eindämmung eines weitreichenden öffentlichen Gesundheitsnotstands gewährt.

Die Einführung der Eindämmungskomponente trägt dem Umstand Rechnung, dass arme Länder mit einem schwachen Gesundheitssystem begrenzte Kapazitäten zur Eindämmung der allgemeineren Bedrohung besitzen, die mit einer öffentlichen Gesundheitskatastrophe einhergehen, und dass die internationale Gemeinschaft ein starkes

Interesse daran hat, diese Länder umfassend zu unterstützen. Infrage kommende Niedrigeinkommensländer, die von einem öffentlichen Gesundheitsnotstand betroffen sind, erhalten Fördermittel, damit sie ihre fälligen Schulden gegenüber dem IWF sofort bedienen können. Diese Fördermittel sind bei 20 Prozent der Quote eines Landes gedeckelt, wobei unter außergewöhnlichen Umständen weitere Schuldenerleichterung möglich ist.

Unterstützung im Rahmen des CCRT steht 38 Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen zur Verfügung, die sich für konzessionäre Kredite qualifiziert haben und ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 1.215 US\$ bzw. in Kleinststaaten mit einer Bevölkerung unter 1,5 Mio. ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 2.430 US\$ aufweisen.

Die zwei Komponenten des CCRT

Komponente für die Hilfe in der Folgezeit von Katastrophen

Stellt außergewöhnliche Hilfe in der Folgezeit von Naturkatastrophen, wie Erdbeben oder Taifun, bereit.

Komponente zur Eindämmung von Katastrophen

Leistet Unterstützung bei der Eindämmung einer öffentlichen Gesundheitskatastrophe.

IWF unterstützt die Ukraine

Am 11. März 2015 billigte das Exekutivdirektorium des IWF eine Erweiterte Fondsfazilität (Extended Fund Facility, EFF) in Höhe von 17,5 Mrd. US\$ für die Ukraine mit sofortiger Auszahlung von rund 5 Mrd. US\$.

Das Programm verfolgt ehrgeizige Ziele: die Wirtschaft auf einen Pfad der Erholung bringen, außenwirtschaftliche Tragfähigkeit wiederherstellen, die öffentlichen Finanzen stärken, Wirtschaftswachstum durch die Umsetzung von Struktur- und Governance-Reformen unterstützen und die gefährdetsten Bürger des Landes schützen.

Nach der Unabhängigkeit 1991 beteiligte sich die Ukraine an mehreren IWF-gestützten Programmen, wie etwa nach der Finanzkrise von 2008; allerdings gelang es damals keinem Programm, das angestrebte Ziel, nachhaltige Reformen auf den Weg zu bringen, zu verwirklichen. Das Programm von 2010 endete erfolglos, und die makroökonomischen Probleme der Ukraine nahmen zu. Löhne und Produktionskosten stiegen, die Produktivität hingegen nicht. Schließlich nahm die Wettbewerbsfähigkeit so weit ab, dass die Volkswirtschaft nicht mehr weiter wuchs und die Exporte stagnierten.



Rapide Verschlechterung in 2014

Die neue Regierung, die im Februar 2014 ihr Amt antrat, startete ein Programm zur Sicherung der Finanz- und makroökonomischen Stabilität. Die Situation verschlechterte sich jedoch rapide mit der Ausweitung des bewaffneten Konflikts im Osten des Landes. Im vierten Quartal 2014 war das BIP gegenüber dem Vorjahr um 14,8 Prozent zurückgegangen, und der Bedarf nach weiteren Mitteln schnellte in die Höhe. Der Devisenmarkt war destabilisiert und Banken gerieten unter Druck.

Die Regierung reagierte mit einem ehrgeizigeren und umfassenderen Plan, der durch beträchtliche neue Mittel der internationalen Gemeinschaft, einschließlich des IWFs, gestützt wurde. Der erste Schritt des neuen IWF-gestützten Programms ist die Stabilisierung der ukrainischen Finanzen. Gemeinsam mit weiterer internationaler Hilfe und einer Umschuldungsmaßnahme deckt es den externen Finanzierungsbedarf des Landes, der über den Zeitraum 2015–2018 auf 40 Mrd. US\$ geschätzt wird. Die offiziellen Reserven des Landes werden sich bis Ende 2015 voraussichtlich auf etwa 18 Mrd. US\$ verdreifachen. Durch die straffe Geldpolitik wird die Inflation bis Anfang 2017 vermutlich auf einstellige Zahlen sinken.

Abbau von Defiziten, Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen

Niedrigere Defizite können zudem dazu beitragen, den Finanzierungsbedarf und Staatsschulden zu senken. Dazu gehört die Anhebung von Zöllen auf Energiegüter, damit das quasi-fiskalische Defizit des staatseigenen Gasmonopols eingedämmt wird. Um die gefährdetsten Bevölkerungsgruppen vor den Auswirkungen dieser Maßnahmen zu schützen und Unterstützung

für die Reformen zu gewinnen, sollen 2015 insgesamt 4,1 Prozent des BIP für Sozialhilfeprogramme ausgegeben – ein Anstieg von 30 Prozent gegenüber 2014 – und die Unterstützung für Energiekosten vervierfacht werden.

Der nächste Schritt sieht die Wiederbelebung des Wachstums durch Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit vor, angefangen bei einem flexiblen Wechselkurs. Darüber hinaus muss das Bankensystem mithilfe von Rekapitalisierungs- und Liquidierungsbestrebungen wieder gesund gemacht werden, damit die Kreditvergabe wieder steigen kann.

Kampf gegen Korruption und Eigennutz

Genauso wichtig sind verschiedene Maßnahmen zum Abbau struktureller Hindernisse für ein nachhaltiges Wachstum, das den Lebensstandard der Ukraine auf den ihrer Nachbarn anheben kann. Dazu gehören Deregulierung und Reform der Steuerverwaltung, Transparenz, Verbesserungen beim Management öffentlicher Finanzen und Reformen in den staatseigenen Unternehmen. Der Korruption soll Einhalt geboten werden durch stärkere Gesetze, durch Maßnahmen, die die Wirksamkeit des Justizsystems stärken, und durch Schritte, die den potenziell verzerrenden Einfluss von Eigennutz in der Ukraine eindämmen.

Die ukrainischen Behörden gingen in den letzten Monaten entschieden gegen tief verwurzelte Probleme vor, wollen sie doch eine Abkehr von der unhaltbaren Politik der Vergangenheit. Der IWF und die internationale Gemeinschaft unterstützen die Ukraine bei ihren Reformbestrebungen.



Beziehung des IWF zu Griechenland im Geschäftsjahr 2015

Die Beziehungen zwischen dem IWF und Griechenland waren während des GJ 2015 unterschiedlich geprägt. Im Mittelpunkt standen der Fortschritt bei der Umsetzung eines Wirtschaftsprogramms, das von einer erweiterten Kreditvereinbarung unter der EFF gestützt wurde. Darüber hinaus stellte der IWF den Behörden technische Hilfe und Ausbildung bereit, damit sie die Verwaltungskapazität in verschiedenen öffentlichen Funktionsbereichen stärken können.

Im Mai 2014 beendete das Exekutivdirektorium des IWF die fünfte Prüfung Griechenlands unter der erweiterten Kreditvereinbarung. Die Fertigstellung der Prüfung ermöglichte die Auszahlung von rund 4,24 Mrd. US\$ unter der Vereinbarung, womit sich die Gesamtauszahlungen unter der EFF nun auf etwa 14,38 Mrd. US\$ belaufen. Bei Abschluss der Prüfung billigte das Exekutivdirektorium den Verzicht auf das Leistungskriterium zu inländischen Zahlungsrückständen.

Im weiteren Jahresverlauf herrschte reger Kontakt zwischen den griechischen Behörden, hochrangigen Vertretern des Fonds und der Regierungen im Euroraum, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank. Bei diesen Kontakten wurde eine Reihe von Problemen auf dem Weg zu einer Verständigung angesprochen, die die Fertigstellung der sechsten Prüfung einleiten könnte. Diese Kontakte wurden auch nach den Nationalwahlen im Januar 2015, die zur Bildung der Koalitionsregierung unter Führung der Partei Syriza führte, fortgesetzt.

Als wichtiges Element der Beziehungen zwischen IWF und Griechenland stellte sich die Kapazitätsentwicklung heraus. Die behandelten Bereiche sind Steuerverwaltung, darunter die Eintreibung von Sozialversicherungsbeiträgen, Steuerpolitik, Management der öffentlichen Finanzen, Bankenregulierung und -aufsicht sowie weitere wichtige Bereiche der öffentlichen Verwaltung. Der politische Dialog wird im GJ 2016 weitergeführt.

Nach Ablauf des GJ 2015 geriet Griechenland gegenüber dem IWF in Zahlungsrückstand, als die Wirtschaftskrise im Land sich vertiefte. Diese Rückstände wurden am 20. Juli 2015 getilgt. Der IWF will Griechenland in dieser wirtschaftlich schwierigen Phase weiter beistehen.

Arbeitsplätze und Wachstum

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung von umfassendem Wachstum gewannen in der Arbeit des IWF im Lauf der letzten fünf Jahre zunehmend an Bedeutung.

Länder müssen sich diesen Herausforderungen in einer Zeit technologischer Veränderung, Globalisierung und sich ändernden demografischen Trends stellen; zudem ergeben sich makroökonomische Herausforderungen aus der weltweiten Finanzkrise von 2008–09, in der Millionen von Menschen ihren Arbeitsplatz verloren und die Arbeitslosen-zahlen drastisch stiegen.

Untersuchungen der IWF-Abteilungen Forschung und Fiskalpolitik zum Thema Ungleichheit regten weitere Arbeiten in diesem Bereich an; unter anderem wurden folgende Papiere veröffentlicht: „Inequality and Unsustainable Growth: Two Sides of the Same Coin?“, „Redistribution, Inequality, and Growth“ und „Income Inequality and Fiscal Policy“. Im Februar 2014 erörterte das Direktorium ein Stabspapier zum Thema „Fiscal Policy and Income Inequality“. Das Papier befasste sich mit Fiskalpolitik – dem wichtigsten Instrument, das Regierungen zur Beeinflussung der Einkommensverteilung zur Verfügung steht. Es betrachtete die verfügbaren Steuer- und Ausgabenoptionen und Gestaltungsmöglichkeiten, mit denen die negativen Auswirkungen auf Beschäftigungs- und Einkommenswachstum minimiert werden können. Der Stab wird die Umsetzung der jüngsten IWF-Analysen zur Ungleichheit in seiner Arbeit, wie etwa im Zusammenhang mit den jährlichen Konsultationen, fortsetzen.

Ein Stabspapier zu „Jobs and Growth: Analytical and Operational Considerations for the IMF“, das dem Direktorium 2013 zur Erörterung vorgelegt wurde, befasste sich mit der Rolle des IWF, der Länder bei der Ausarbeitung von Strategien zur Schaffung von Arbeitsplätzen und umfassendem Wachstum unterstützt. Das Papier kam zu dem Schluss, dass die Analyse von Trends in diesem Bereich noch verbessert und die Politikberatung intensiviert werden könnte.

Eingliederung von Arbeitsplätzen und Wachstum in die Arbeit des IWF

Seit der Veröffentlichung des Direktoriumspapiers 2013 wurde damit begonnen, das Thema Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum in die Fondsarbeit zu integrieren; unter Anleitung einer abteilungsübergreifenden Beratergruppe wird nun vermehrt Forschung dazu betrieben. Regionalabteilungen haben Pilotprojekte identifiziert, bei denen die Arbeit zu Arbeitsplätzen und Wachstum in die Artikel-IV-Konsultationen aufgenommen werden soll. Diese Artikel-IV-Arbeit wird dann Teil der Bewertung der einzelnen Länder durch das Exekutivdirektorium. Im GJ 2016 sollen mehrere Länderkonsultationen diese Themenpunkte enthalten.

Die Dreijahresprüfung der Überwachung (Triennial Surveillance Review, TSR) empfahl eine weitere Intensivierung der Arbeit zu Beschäftigung und Wachstum. Die TSR regte unter anderem an, den Auswirkungen der Fiskalpolitik und Entwicklungen im Finanzsektor auf das Wachstum mehr Aufmerksamkeit zu widmen, die Beratung zur Arbeitsmarktpolitik auszuweiten, um die Mitgliedsländer bei der Verwirklichung ihrer Ziele zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, und die Ziele und Zwänge der Länderbehörden stärker zu berücksichtigen, damit die Beratung besser auf die individuellen Umstände eines Landes zugeschnitten werden kann. Eine Untersuchung der Artikel-IV-Konsultationen im Rahmen der TSR zeigte ihrerseits, dass Beschäftigung



und Wachstum zunehmend Teil dieser Arbeit geworden sind. Dafür verantwortlich waren nicht zuletzt die Stärkung der Überwachungsinstrumente, Verbesserungen der Arbeitsstatistiken und Ausbildung.

Forschung und Überwachung

Wachstum: Quantifizierung der Gewinne aus wirtschaftlichen Strukturreformen, die Rolle des Zugangs zu Kapital bei der Unterstützung von Wachstum und die Bedeutung ökonomischer Diversifizierung.

Arbeitsplätze: Jugendarbeitslosigkeit in Europa, die Rolle der Lohnzurückhaltung im Euroraum, die Auswirkungen von Arbeitsmarktreformen und der informelle Sektor in Schwellenmärkten und Entwicklungsländern.

Einbeziehung und Einkommensverteilung: Erhöhung des Frauenanteils an der Erwerbsbevölkerung, Evaluierung der Auswirkung von Fiskalpolitik, Arbeitsmarktinstitutionen und Liberalisierung der Kapitalbilanz auf die Einkommensverteilung.

Zum Thema regionale Überwachung untersuchte der *Regional Economic Outlook* der Abteilung Afrika vom April 2014 in einem Kapitel, wie wirtschaftspolitische Arbeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen dazu beitragen kann, dass das Wachstum im Afrika südlich des Saharagürtels mehr Bevölkerungsgruppen mit einbezieht. Diese Erkenntnisse wurden im Mai 2014 auf einer Konferenz in Mosambik vorgestellt, deren Hauptthema Beschäftigung und umfassendes Wachstum waren.

Auch die Konferenz, die im Mai 2014 im jordanischen Amman stattfand, widmete sich den Themen Arbeitsplätze und Wachstum im Nahen Osten und Zentralasien.

Frauen und Beschäftigung



Die Rolle berufstätiger Frauen ist ein zentrales Thema, wenn es um Beschäftigung und umfassendes Wachstum geht. Frauen stellen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, doch ihr Beitrag zu messbarer Wirtschaftstätigkeit, Wachstum und Wohlstand liegt weit unter Potenzial. Dies hat ernste Verluste für das BIP eines Landes zur Folge.

Trotz bedeutender Fortschritte in den letzten Jahrzehnten bleiben die Arbeitsmärkte weltweit nach Geschlechtern getrennt, und der Fortschritt auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter scheint zum Stillstand gekommen zu sein. In einer Ansprache im September 2014 zum Thema „The Economic Power of Women's Empowerment“ beschrieb die Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde die Hürden, die berufstätige Frauen weltweit meistern müssen: „Wenn Frauen arbeiten, stecken sie meist in schlecht bezahlten Jobs mit geringem Status. Weltweit verdienen Frauen nur drei Viertel dessen, was Männer bekommen – selbst bei gleicher Ausbildung und im gleichen Beruf.“

Aufbauend auf dem Arbeitspapier des IWF „Can Women Save Japan?“ von 2012 wurden zügig weitere Analysen zu Frauen und Arbeit vorgenommen. Regionalabteilungen haben bei den Artikel-IV-Konsultationen in einer Reihe von Ländern Pilotbewertungen zum Thema berufstätige Frauen eingeführt; damit sollen Erfahrungen gesammelt, die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen gefördert und Wissen ausgetauscht werden. Die abgeschlossenen Bewertungen flossen in die Direktoriatsgespräche über die Pilotländer ein. Eine länderübergreifende Studie über die Teilnahme von Frauen an der Wirtschaft europäischer Länder wird Teil der Artikel-IV-Konsultationen in einigen Ländern sein.

Eine Diskussionsnotiz des Stabes mit dem Titel „Fair Play: More Equal Laws Boost Female Labor Force Participation“ vom Februar 2015 ging der Frage nach, welche Auswirkung rechtliche Einschränkungen auf Geschlechterbasis und andere Richtlinien sowie demografische Merkmale auf die Ergebnisse am Arbeitsmarkt haben.



Mehr IWF-Schulungen durch Online-Kurse

Die Ausbildungstätigkeit des IWF ist mit der Einführung neuer Online-Lehrgänge in eine spannende neue Phase getreten; die Kurse wurden in Zusammenarbeit mit edX, der nicht gewinnorientierten Online-Lerninitiative der Harvard University und des Massachusetts Institute of Technology, entwickelt. Die Partnerschaft erlaubt es dem IWF, sein Ausbildungsprogramm auf mehr Beamte in den Mitgliedsländern auszuweiten und Kurse für die allgemeinere Öffentlichkeit im Rahmen sogenannter massiver offener Online-Kurse (MOOC) anzubieten.



Sehen Sie selbst

Die kostenlosen Kurse sind online abrufbar unter:
<https://www.edx.org/school/imfx>

Die neuen Lehrgänge des IWF wecken weltweites Interesse.

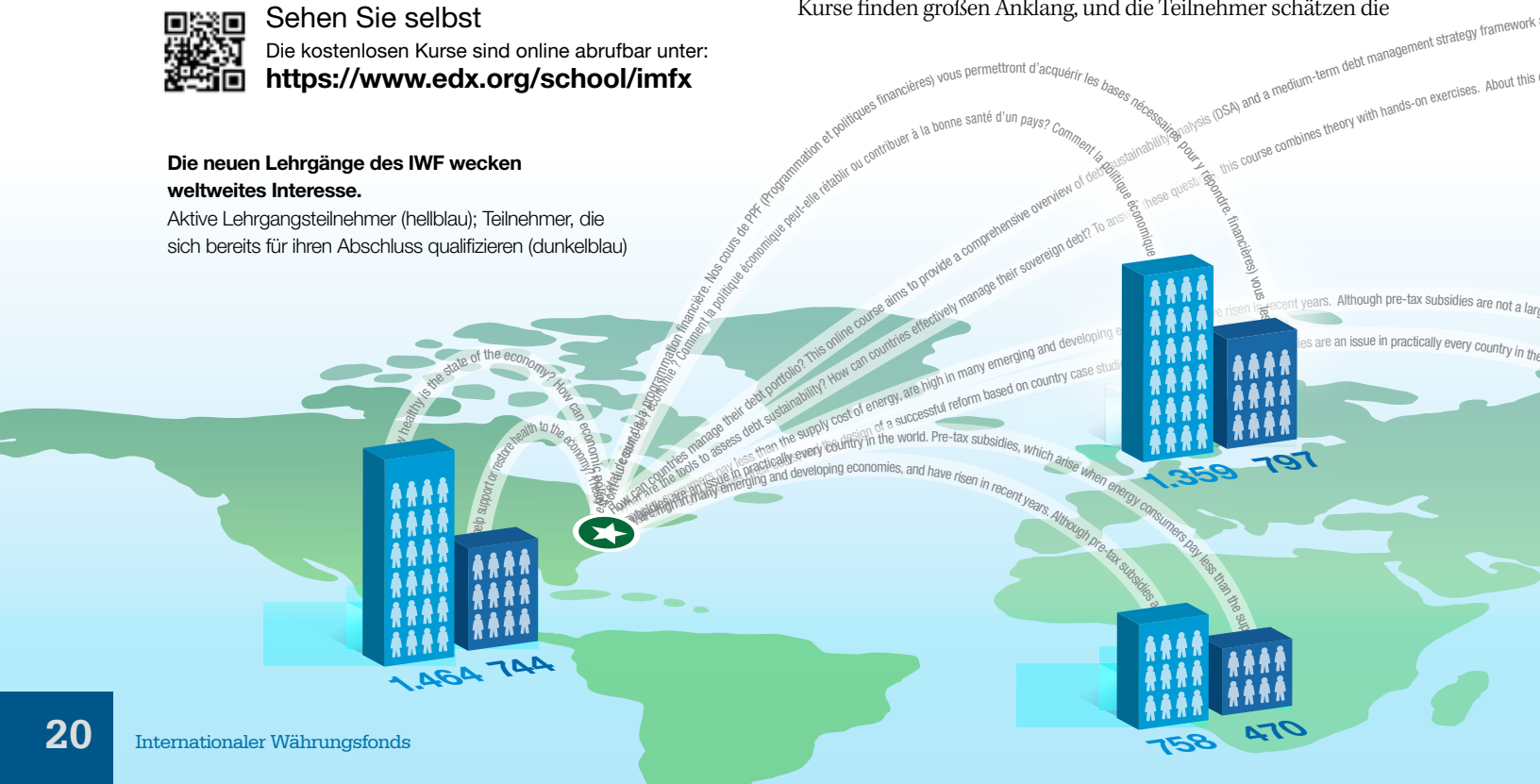
Aktive Lehrgangsteilnehmer (hellblau); Teilnehmer, die sich bereits für ihren Abschluss qualifizieren (dunkelblau)

Die neuen Kurse, die vom Institut für Kapazitätsentwicklung in Zusammenarbeit mit anderen IWF-Abteilungen ausgearbeitet wurden, enthalten kurze Videosegmente sowie Tests und praktische Übungen. Sie bieten ein Diskussionsforum, in dem Teilnehmer Kontakte knüpfen und den Kursinhalt erörtern können. Die Benotung per Computer spart den Lehrgangsleitern Zeit und bedeutet, dass der IWF praktisch eine unbegrenzte Anzahl an Teilnehmern zulassen kann. Seit Einführung des Programms Ende 2013 lockten die Kurse – kostenlos für alle Interessenten mit einer Internetverbindung – mehr als 10.000 aktive Teilnehmer an, von denen rund 6.000 ein Abschlusszertifikat erhielten.

Neue Chancen für Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen

Online-Kurse schaffen Ausbildungsmöglichkeiten für ein breiteres Spektrum an Beamten in den Mitgliedsländern. Vierzig Prozent der bisherigen Online-Absolventen sind Regierungsbeamte, und die Ausbildungstätigkeit des IWF stieg im GJ 2015 um vier Prozentpunkte. Die meisten Teilnehmer an dieser Form der Ausbildung sind Beamte aus Afrika südlich der Sahara, eine Region, die im herkömmlichen Klassenunterricht unterrepräsentiert war. Online-Ausbildung dient auch Beamten in Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen, die im GJ 2015 fast die Hälfte aller Kurse belegten, wogegen sie im Klassenunterricht nur knapp 40 Prozent ausmachen.

MOOCs sind ein wichtiger Kanal für die Informationsarbeit des IWF: vier Fünftel der Teilnehmer sind der Meinung, dass die Kurse ihr Verständnis über den IWF und seine Arbeit vertieft haben. Die Kurse finden großen Anklang, und die Teilnehmer schätzen die



Die Freie Dateninitiative

„Das freie Datenprogramm wird dazu beitragen, dass unsere wichtigen statistischen Ressourcen besser genutzt werden können – von Haushaltszahlen bis zu Zahlungsbilanzdaten, von Schuldenstatistiken bis zu maßgeblichen globalen Indikatoren.“

Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde,
Zweites Statistikforum des IWF,
18.–19. November 2014



Sehen Sie selbst

Die kostenlosen Daten sind online abrufbar unter:

<http://www.imf.org/data>

Genaue, zeitnahe Statistiken sind der Lebensnerv wirtschaftlicher Politikgestaltung und Analyse. Gute Daten können Politikern bei der Erkennung und Steuerung makroökonomischer und finanzieller Anfälligkeiten helfen und die politische Transparenz stark erhöhen.

Im Lauf der Jahre hatten Politiker und Investoren allgemein Zugang zu verlässlichen und zeitnahen Wirtschaftsdaten; große Teile der Bevölkerung in den Mitgliedsländern jedoch konnten nicht von den Daten profitieren, mit denen aufkeimende wirtschaftliche Risiken erkannt werden können, die Anpassungen auf politischer Ebene notwendig machen.

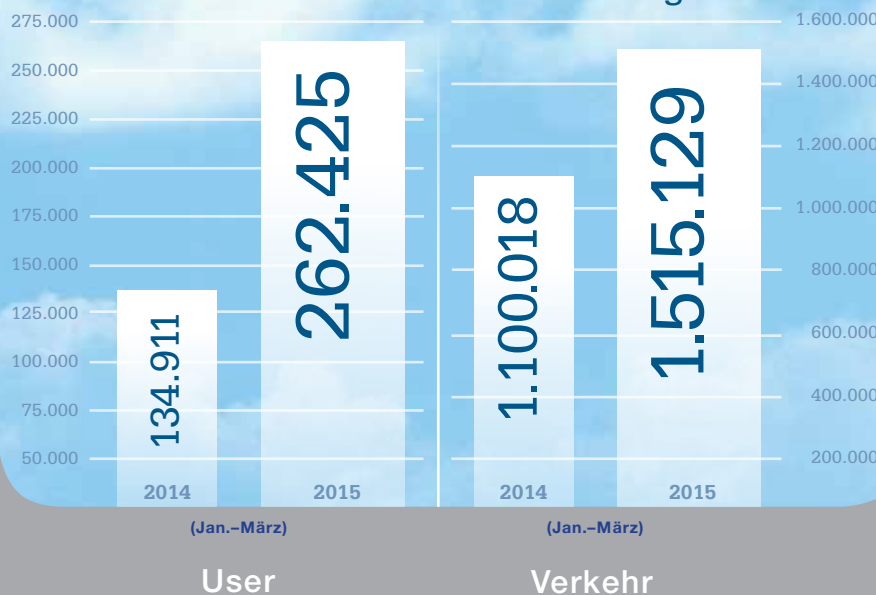
Länderübergreifende Datenbanken sind oft die Domäne internationaler Organisationen. In vielen Fällen sind diese Datenbanken nur mit einem Abonnement abrufbar. Dieser Ansatz ändert sich nun mit einer globalen Umstellung auf kostenfreie Daten.

Daten für alle Nutzer kostenfrei

Im Januar 2015 stellte der IWF seine statistischen Online-Daten allen Nutzern kostenfrei zur Verfügung. Diese Daten waren früher Nutzern aus Niedrigeinkommensländern kostenlos zugänglich, doch jetzt gewährt der IWF allgemein kostenfreien Zugang zu einer Fülle von makroökonomischen Daten über alle Wirtschaftssektoren in einem Großteil seiner Mitgliedsländer.

In den ersten drei Monaten der kostenfreien Bereitstellung

Kostenlose Daten werden stärker genutzt





Die kostenlos zur Verfügung gestellten Datenbanken:



Internationale Finanzstatistiken



Zahlungsbilanzstatistiken



Staatliche Finanzstatistiken



Statistiken über die geografische Verteilung des Außenhandels

von Daten beim IWF stieg der durchschnittliche Nutzerstamm um mehr als 90 Prozent auf über 262.000 Nutzer aus 185 Ländern. Damit erhöhte sich der monatliche Verkehr insgesamt um annähernd 40 Prozent.

Diese Maßnahme wurde gemeinsam mit technologischen Verbesserungen eingeführt, wie einem neuen Daten-Portal online und einer besseren Verteilungsplattform. Diese Plattform bietet eine bessere Visualisierung dynamischer Daten, einen verbesserten Download und eine vereinfachte Weitergabe von Daten.

Die Datenbanken, die nun kostenfrei zur Verfügung stehen:

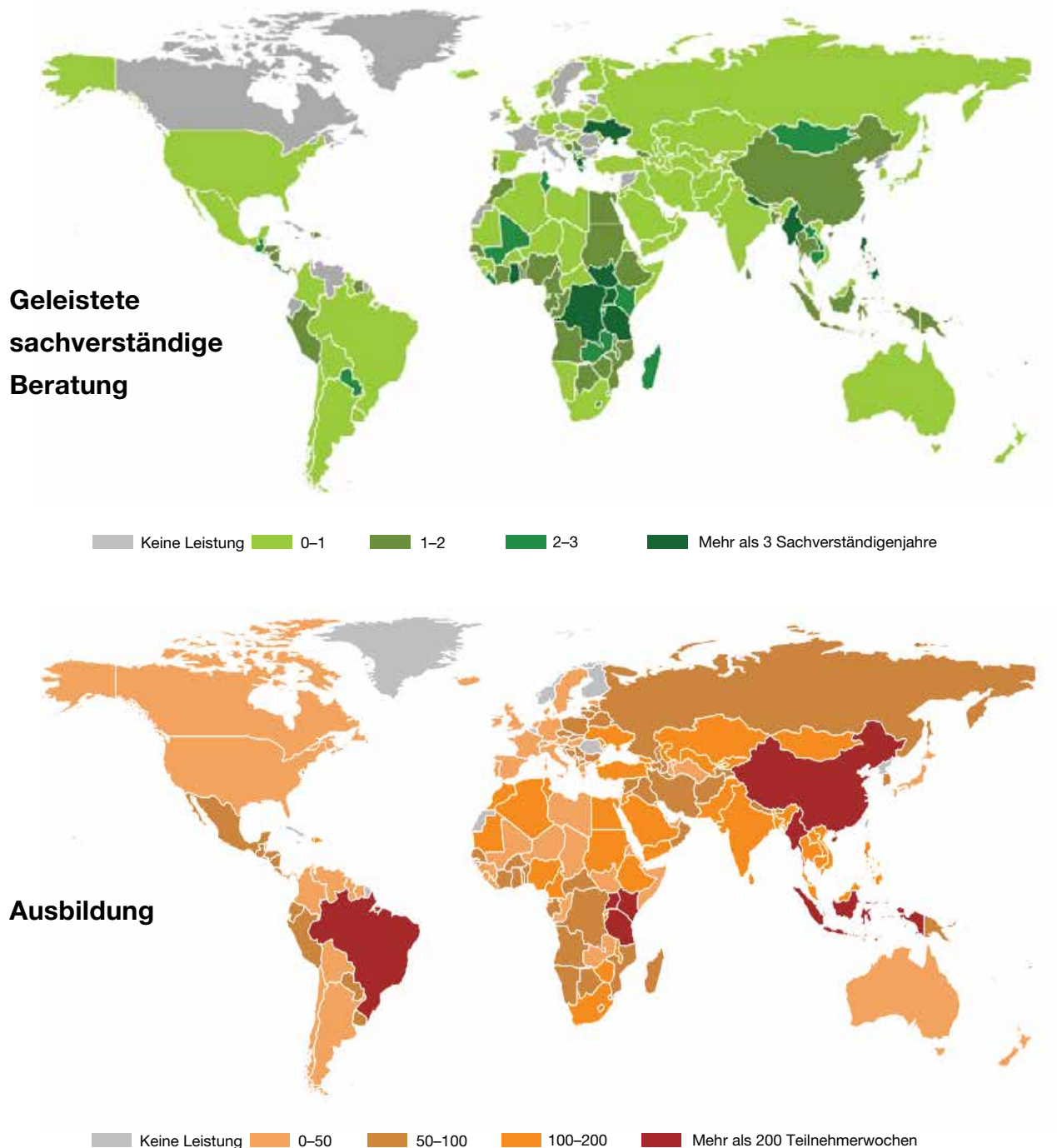
Internationale Finanzstatistiken: Eine Bibliothek fortlaufend aktualisierter Statistiken zu allen Aspekten der internationalen und inländischen Finanzen.

Zahlungsbilanzstatistiken: Zahlungsbilanzstatistiken und Daten zum Auslandsvermögensstatus einzelner Länder, Rechtsräume und anderer meldender Rechtsträger sowie regionale und globale Summen der wichtigsten Komponenten der Zahlungsbilanz, mit Historie bis 1960.

Staatliche Finanzstatistiken: Umfassende jährliche Daten zu verschiedenen Ebenen der öffentlichen Verwaltung: allgemein, zentral, einzelstaatlich, kommunal, einschließlich der Historie bis 1990.

Statistiken über die geografische Verteilung des Außenhandels: Datenbank zu Exporten und Importen zwischen Ländern und Regionen mit ihren Handelspartnern, mit Historie bis 1980.

Die Arbeit zur Kapazitätsentwicklung des IWF expandiert rasch, um die Nachfrage der Mitgliedsländer in aller Welt zu erfüllen. Die nachfolgende Karte zeigt die sachverständige Beratung und Ausbildung, die der IWF im GJ 2015 geleistet hat, ausgedrückt in einem Jahr Vollzeitarbeit durch einen Sachverständigen bzw. in einer Woche Vollzeitunterricht für einen Lehrgangsteilnehmer.



Der IWF hat drei zentrale Tätigkeitsbereiche

Überwachung

131

Länder im Gesundheitscheck



Der IWF beaufsichtigt das internationale Währungssystem und überwacht die

Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 188 Mitgliedsländer. Im Rahmen dieses Überwachungsprozesses, der sowohl auf globaler Ebene als auch auf der Ebene der einzelnen Länder stattfindet, identifiziert der IWF mögliche Risiken für die Stabilität und berät unterstützend zu notwendigen politischen Anpassungen.

Kapazitätsentwicklung

für sachverständige Beratung und Ausbildung



Mit sachverständiger Beratung und Ausbildung unterstützt der

IWF seine Mitgliedsländer bei der Ausgestaltung ihrer Wirtschaftspolitik und wirksameren Steuerung ihrer Finanzpolitik durch Stärkung ihrer personellen und institutionellen Kapazitäten. Diese Tätigkeit des IWF wird als Kapazitätsentwicklung bezeichnet.

\$242 Mio.

Kreditvergabe

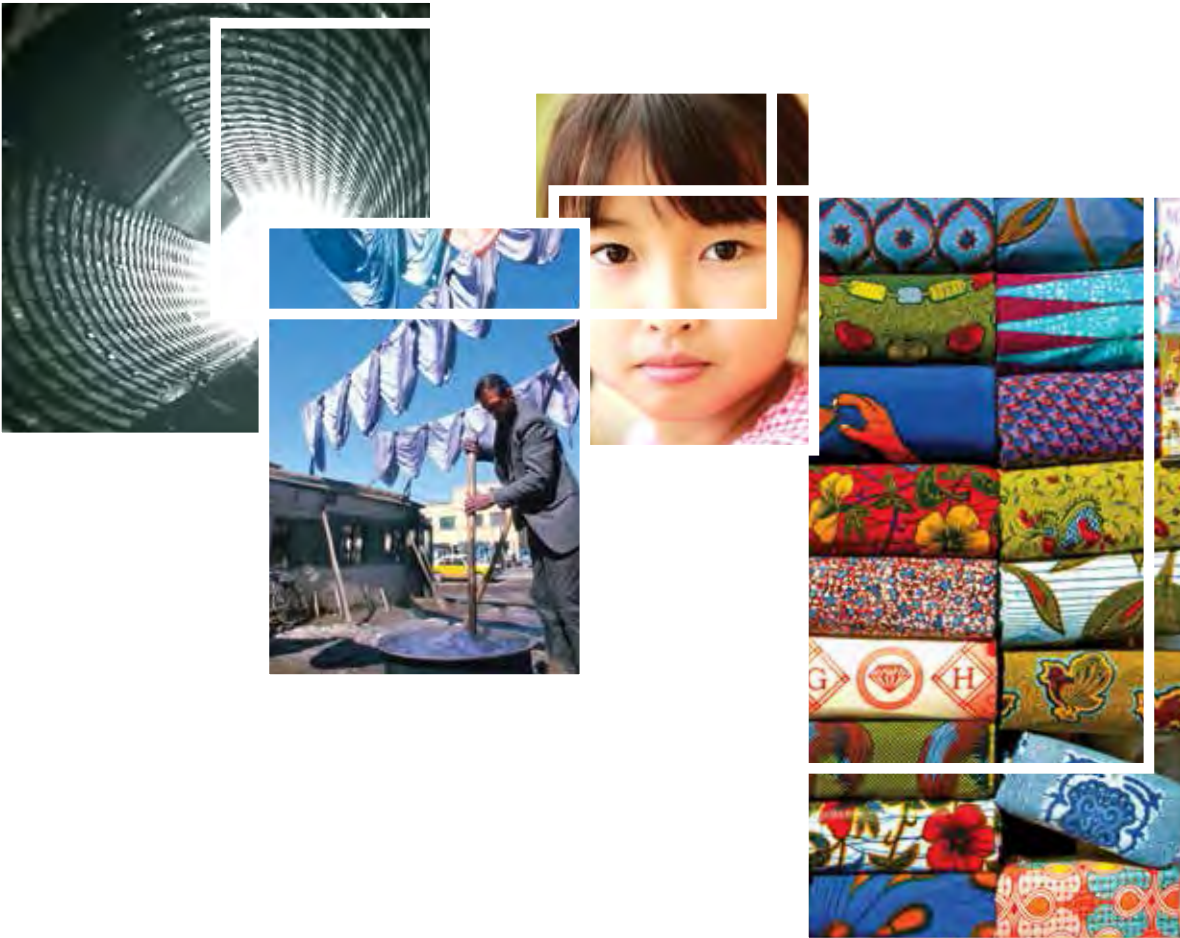
\$112 Mrd.

an 9 Länder plus 2,7 Mrd. US\$ an zinsverbilligten oder zinsfreien Krediten an 17 einkommensschwache Entwicklungsländer unter seinen Mitgliedern



Der IWF stellt Mitgliedsländern mit aktuellen oder potenziellen Zahlungsbilanzschwierigkeiten Kredite bereit, um ihnen bei

der Wiederauffüllung ihrer internationalen Reserven, der Stabilisierung ihrer Währungen, der fortlaufenden Bezahlung von Importen sowie bei der Wiederherstellung der Voraussetzungen für starkes Wirtschaftswachstum zu helfen. Gleichzeitig wird eine Lösung der zugrunde liegenden Probleme angestrebt.



Volkswirtschaftliche Überwachung

Überwachung ist der Oberbegriff, unter dem der Prozess zusammengefasst wird, mit dem der IWF das internationale Währungssystem und die Entwicklungen in der Weltwirtschaft beaufsichtigt und die Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 188 Mitgliedsländer überwacht. Im Rahmen dieses jährlichen Gesundheitschecks der Finanzen – Überwachung genannt – stellt der IWF mögliche Stabilitätsrisiken heraus und berät zu notwendigen Politikanpassungen. Auf diese Weise trägt er dazu bei, dass das internationale Währungssystem seinen grundlegenden Zweck erfüllen kann: den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital zwischen den Ländern fördern und auf diese Weise solides Wirtschaftswachstum sicherstellen.

Die Überwachungsarbeit des IWF hat zwei Hauptaspekte: die **bilaterale Überwachung** oder die Bewertung der und die Beratung zu den politischen Maßnahmen eines jeden Mitgliedslands sowie die **multilaterale Überwachung** oder Aufsicht über die Weltwirtschaft. Durch den Verbund von bilateraler und multilateraler Überwachung kann der IWF eine umfassendere, stimmigere Analyse sogenannter Spillovers – Übertragungseffekte von der Politik eines Landes auf andere Länder – gewährleisten.

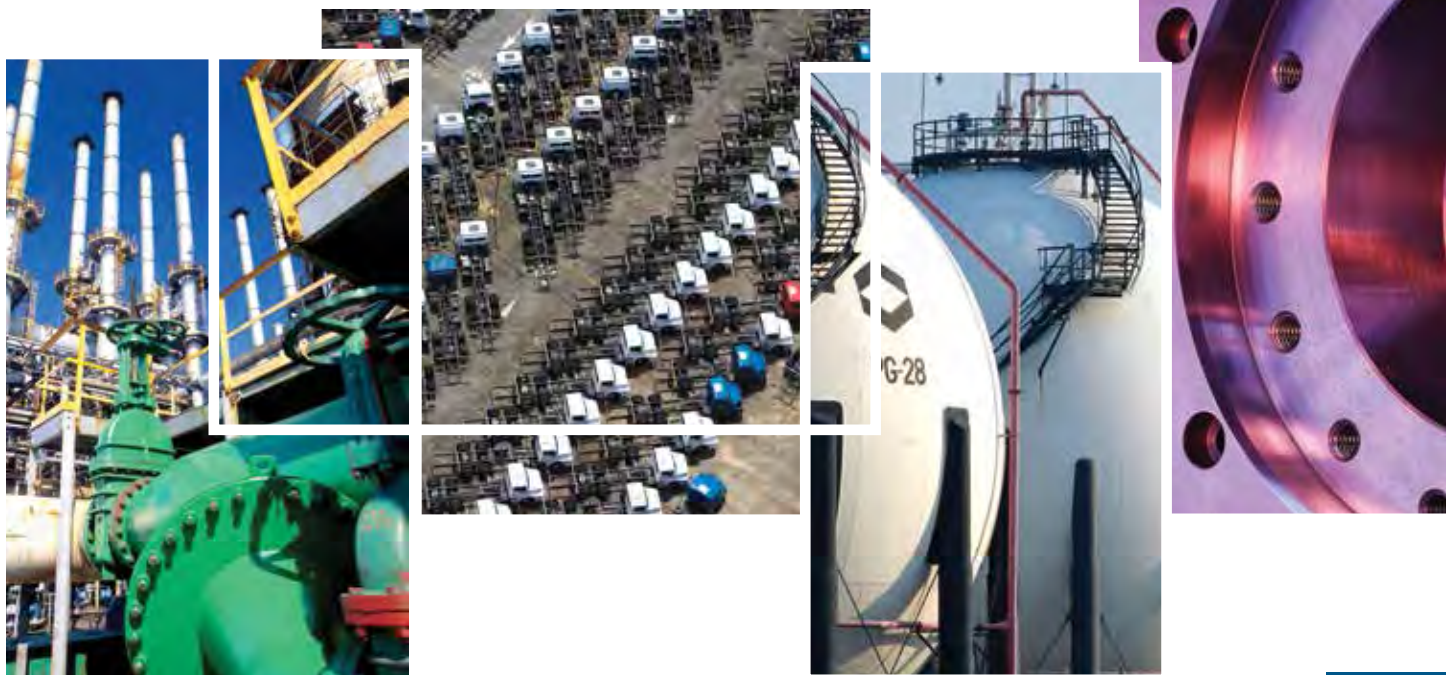
Kernstück der bilateralen Überwachung ist die sogenannte Artikel-IV-Konsultation, benannt nach dem Artikel des IWF-Übereinkommens, der die Prüfung der wirtschaftlichen Entwicklungen und Politiken in jedem einzelnen der 188 Mitgliedsländer des IWF vorschreibt. Die Konsultationen decken eine Reihe von Themen ab, denen makrokritische Bedeutung zugemessen wird (Haushalt, Finanzen, Wechselkurse, Geld- und Strukturpolitik), und konzentrieren sich dabei auf Risiken und Schwachstellen und die politischen Reaktionen. An den Artikel-IV-Konsultationen sind Hunderte von IWF-Ökonomen beteiligt.

Die Konsultationen sind ein wechselseitiger politischer Dialog mit den Länderbehörden und nicht nur die Bewertung eines Landes durch den IWF. Das IWF-Team trifft sich gewöhnlich mit Beamten der Regierung und Zentralbank sowie anderen beteiligten Gruppen wie Parlamentariern, Vertretern aus der Geschäftswelt, der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften, um die Wirtschafts-

politik und wirtschaftliche Richtung eines Landes zu bewerten. Der Stab legt dem Exekutivdirektorium des IWF in der Regel einen Bericht zur Erörterung vor; danach gilt die Konsultation als abgeschlossen und es wird eine Zusammenfassung der Sitzung an die Behörden des Landes übermittelt. In der überwiegenden Mehrheit der Fälle wird die Bewertung durch das Direktorium als Pressemitteilung zusammen mit den Stabsberichten veröffentlicht, wenn das Mitgliedsland sein Einverständnis erklärt hat. Im Lauf des GJ 2015 führte der IWF 131 Artikel-IV-Konsultationen durch (siehe Webtabelle 2.1).

Seit der Asienkrise führt der IWF auch eine Überwachung des Finanzsektors durch, die sich besonders seiner Stärkung in der Folge der weltweiten Finanzkrise von 2008 widmet.

Die multilaterale Überwachung richtet sich auf globale und regionale Wirtschaftstrends und analysiert Spillovers von der Politik der Mitglieder auf die Weltwirtschaft. Maßgebliche Instrumente der multilateralen Überwachung sind die zweimal jährlich erscheinenden Publikationen *Weltwirtschaftsausblick* (World Economic Outlook, WEO), der *Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems* (Global Financial Stability Report, GFSR) und der *Fiscal Monitor* (FM). Der WEO enthält eine ausführliche Analyse des Zustands der Weltwirtschaft und beschäftigt sich mit drängenden Fragen wie den Unruhen





auf den globalen Finanzmärkten und der Wirtschaftskrise. Der GFSR liefert eine aktuelle Bewertung der globalen Finanzmärkte und ihrer Aussichten und stellt Ungleichgewichte und Anfälligkeiten heraus, die eine Gefahr für die Stabilität der Finanzmärkte bedeuten könnten. Der FM aktualisiert mittelfristige Haushaltsprognosen und bewertet Entwicklungen der öffentlichen Haushalte. Im Rahmen seiner *World Economic and Financial Surveys* veröffentlicht der IWF auch Berichte zum Regionalen Wirtschaftsausblick (*Regional Economic Outlook*, REO).

BILATERALE ÜBERWACHUNG

Der Artikel-IV-Prozess: Die jährliche Bewertung der Wirtschaftspolitik

Der Artikel-IV-Prozess erstreckt sich über mehrere Monate und beginnt mit einer internen Prüfung der wichtigsten Politikfragen und Überwachungsprioritäten. Die abteilungsübergreifende Prüfung, an der auch die Geschäftsführung beteiligt ist, resultiert in einem Briefingpapier, der sogenannten *Policy Note*.



Die *Policy Note* vertieft wichtige wirtschaftspolitische Richtungen und Empfehlungen, die mit der Regierung zu erörtern sind. Die gemeinsame Prüfung der *Policy Note* mit anderen Abteilungen dient dazu, im Vorfeld der Konsultation Konsens über ein Land zu bilden, und mündet in ein *Policy Consultation Meeting*. Die *Policy Note* wird dann der Geschäftsführung des IWF zur Genehmigung vorgelegt. Sobald die *Policy Note* genehmigt ist, reist das Team in das Land, um vor Ort mit Regierungsbeamten und Stakeholdern zusammenzukommen. Bei der Rückkehr an das Hauptquartier des IWF wird ein Stabsbericht verfasst, der seinerseits die Prüfung durch die Abteilungen und die Geschäftsführung durchläuft, bevor er dem Exekutivdirektorium des IWF vorgelegt wird.

BESTANDSAUFNAHME DES ÜBERWACHUNGSPROZESSES

Die Dreijahresprüfung der Überwachung 2014

Die letzte größere Prüfung der Überwachungspraktiken und ihrer Wirksamkeit – die Dreijahresprüfung der Überwachung (Triennial Surveillance Review, TSR) – wurde im September 2014 abgeschlossen. Die Ergebnisse und Empfehlungen beruhen auf verschiedenen Analysen und Perspektiven, darunter: Befragungen von Stakeholdern; eine Prüfung der jüngsten Überwachungsprodukte des IWF; Hintergrundstudien des Stabes sowie umfangreiche externe Beiträge – analytische Untersuchungen, Stellungnahmen, Interviews mit Stakeholdern und ein zivilgesellschaftlicher Dialog. In die Prüfung flossen auch die Arbeit und Begutachtung einer unabhängigen externen Beratergruppe sowie unabhängige Stellungnahmen ein.

Das Exekutivdirektorium besprach die TSR im September 2014.

Das übergreifende Thema der TSR 2014 war die Frage, wie die Überwachung gestaltet sein muss, um nachhaltiges Wachstum in einer immer noch stark verknüpften Welt in der Krisenfolgezeit zu unterstützen.

Die Prüfung kam zu dem Ergebnis, dass seit 2011 enorme Fortschritte erzielt worden seien, betonte aber, dass die Stärkung der Überwachung ein fortlaufender und dynamischer Prozess sei. Demgemäß konzentrierte sich die Prüfung darauf, wie auf den jüngsten Reformen aufgebaut und die Überwachung weiterhin an die in den Mitgliedsländern entstehenden Herausforderungen angepasst werden könnte.

Drei Schlüsselthemen zeigten sich in der Prüfung:

Erstens gibt es Spielraum für eine weitere Integration und Vertiefung der Risiko- und Spillover-Analyse, insbesondere zur Schaffung eines tieferen Verständnisses darüber, wie Risiken sich über Länder verteilen und Spillovers sich über Sektoren ausbreiten.

Zweitens stellte die Prüfung die Notwendigkeit heraus, eine individuellere und von Expertise geprägte Politikberatung bereitzustellen, unter anderem in neuen Politikbereichen wie makroprudenzielle und makrostrukturelle Analyse; zudem sollten Analysen und Beratung für die Länder stimmiger sein und das Wissen des IWF zu länderübergreifenden Vorkommnissen besser ausschöpfen.

Drittens betonte die Prüfung, wie wichtig es sei, über analytische Ansätze und Instrumente hinauszugehen, um eine noch größere Wirkung zu erzielen. Die Prüfung folgerte, dass trotz guter Fortschritte noch Spielraum für eine stärker kundenorientierte und zugleich offene Kommunikation bestehe und Gleichbehandlung nach wie vor ein entscheidendes Element für Legitimität und wirksame Überwachung bleibe.

Das Exekutivdirektorium befürwortete die wichtigsten Ergebnisse und die meisten Empfehlungen

Kasten 2.1 Eingliederung der Finanzperspektive

Ein Kernelement der Dreijahresprüfung der Überwachung (Triennial Surveillance Review, TSR) war die Makrofinanzüberwachung – ein Überblick über nationale und regionale Finanzangelegenheiten. Die Prüfung ergab, dass noch mehr getan werden könnte, um diesen Bereich in die makroökonomische Kernanalyse des IWF einzugliedern. Es wurde empfohlen, die Makrofinanzüberwachung mit besseren Instrumenten und neuen Praktiken auszustatten. Ebenso wurde die stärkere Überwachung makroprudenzieller Politik gefordert.

Der Aktionsplan der Geschäftsführenden Direktorin zur Stärkung der Überwachung, der die TSR begleitete, verwies auf die Notwendigkeit, ein besseres Verständnis der makrofinanziellen Verknüpfungen zu schaffen. Der Plan sieht konzentrierte Arbeit zur Benennung von Themen in diesem Bereich für verschiedene Länder vor, ebenso die Bereitstellung abteilungsübergreifender Unterstützung zur Entwicklung und Eingliederung dieser Analyse in die Artikel-IV-Konsultationen, damit maßgebliche Praktiken zur Analyse und Politikberatung des Fonds ausgearbeitet werden können. Diese Initiative wird durch zunehmende Bestrebungen unterstützt, benutzerfreundliche Instrumente zur Untermauerung der Analysearbeit des IWF zu verteilen.

Mit dem Plan sollen auch Kapazitäten in den Regionalabteilungen aufgebaut und Netzwerke interner Makrofinanzexperten gebildet werden, um die Verbreitung von Lernpraktiken innerhalb des IWF-Stabs zu fördern, wie etwa durch ein Ausbildungsprogramm und den Austausch bewährter Praktiken.

Zur Stärkung der makroprudenziellen Überwachung wurde eine Leitlinie für den Stab auf der Grundlage eines Papiers des Exekutivdirektoriums von 2013 zu Kernaspekten der makroprudenziellen Politik und zu Ländererfahrungen ausgearbeitet. Die Leitlinie beschreibt ausführlich eine Anzahl makroprudenzieller Instrumente und erörtert die Umsetzung makroprudenzieller Politikmaßnahmen, auch in Niedrigeinkommensländern.

Der IWF setzt die Vertiefung seiner Finanzsektorüberwachung und ihrer systematischeren Eingliederung in die makroökonomische Analysearbeit fort; dies geschah unter anderem durch gezielte Bemühungen bei unlängst abgeschlossenen und bevorstehenden Artikel-IV-Konsultationen, die bei einer Anzahl von Mitgliedsländern des IWF getestet werden sollen.

Überprüfung des Programms zur Bewertung des Finanzsektors

Das Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program, FSAP) fließt in die Überwachungstätigkeit des IWF zur Finanzsektorstabilität ein. Die Bewertung nach dem 1999 eingeführten FSAP ist eine tiefgreifende Analyse des Finanzsektors eines Landes. In den letzten Jahren wurde sie zu einem tragenden Bestandteil der Überwachung von Mitgliedern mit systemrelevanten Finanzsektoren, deren Instabilität großen Einfluss auf andere Länder haben könnte.

In Entwicklungs- und Schwellenländern werden die FSAP-Bewertungen meist zusammen mit der Weltbank durchgeführt und umfassen zwei Komponenten: eine Bewertung der Finanzstabilität, Hauptaufgabe des IWF, sowie eine Bewertung der Finanzentwicklung, die von der Weltbank beaufsichtigt wird. Beim IWF erstellt der Stab zusätzlich zum FSAP-Bericht einen Bericht über die Bewertung der Stabilität des Finanzsystems, der sich auf für die IWF-Überwachung relevante Themen konzentriert und – in der Regel zusammen mit dem Stabsbericht über die Artikel-IV-Konsultation eines Landes – vom Exekutivdirektorium des IWF erörtert wird.

Die FSAP-Politik des IWF wird alle fünf Jahre bewertet; die letzte Prüfung fand im September 2014 statt. Ein wesentlicher Zweck dieser Prüfung war die Bewertung der weitreichenden Reformen, die nach der Prüfung von 2009 eingeführt worden waren, darunter die Klärung der jeweiligen Aufgaben von IWF und Weltbank und die Einführung eines wahlweisen modularen Ansatzes. 2010 wurde die Bewertung der Finanzstabilität unter dem FSAP Pflichtbestandteil der Artikel-IV-Konsultationen für 25 Mitgliedsländer mit systemrelevanten Finanzsektoren; sie soll alle fünf Jahre stattfinden. 2013 wurde die Anzahl auf 29 Rechtsräume ausgeweitet. Für alle anderen Länder und Gebiete ist die Teilnahme am FSAP weiterhin freiwillig.

Bei seiner Beurteilung der Prüfung von 2014 war das Exekutivdirektorium der einhelligen Meinung, dass die Reformen von 2009 das FSAP entscheidend verbessert hätten und die Bewertungen nun stärkeren Fokus sowie

erhöhte Wirksamkeit und Zugkraft aufwiesen. Nach Worten des Direktoriums hätte sich eine deutlichere Definition der Inhalte als wirksam für die gezielte Ausrichtung der Bewertungen erwiesen, und die Abgrenzung der Aufgaben zwischen IWF und Weltbank hätte zu mehr institutioneller Rechenschaftspflicht geführt. Die Analyse von Schwachstellen profitierte von der Einführung einer Risikobewertungsmatrix, von der Ausdehnung der Stresstests auf zusätzliche Risiken, vom kontinuierlichen Fortschritt bei der Spillover-Analyse und von der Einbeziehung makroprudenzeller Regelwerke und finanzieller Sicherheitsnetze.

Mit Blick auf die Zukunft forderte das Direktorium weitere Verbesserungen bei der Risikobewertung, so auch durch die Ausweitung der Stresstests auf den Nichtbankensektor und die verstärkte Analyse von Verknüpfungen, grenzüberschreitenden Risiken und Übertragungseffekten. Es befürwortete systematischere Evaluierungen institutioneller Vereinbarungen für die mikro- und makroprudenzielle Aufsicht und finanzielle Sicherheitsnetze und beauftragte den Stab mit der Auslotung von Möglichkeiten, die eine Ausrichtung der Bewertungen von Standards auf die für die Finanzstabilität entscheidenden Schlüsselbereiche erlauben.

Was die obligatorischen Bewertungen der Finanzstabilität anbelangt, räumten die Exekutivdirektoren ein, dass diese Priorisierung die Verfügbarkeit von FSAP-Bewertungen für nicht systemrelevante Länder aufgrund von Kostenzwängen des Fonds einschränken könnte. Sie kamen überein, dass in diesen Fällen andere Maßnahmen eingesetzt werden sollten, so etwa eine stärkere Berücksichtigung von Finanzsektorfragen in den Artikel-IV-Konsultationen und technische Hilfe zu mehreren Themen.



der Prüfung. So sprach es sich denn auch für fünf operative Prioritäten für den Zeitraum 2014–19 aus: 1) Risiken und Spillovers, 2) makrofinanzielle Überwachung, 3) makro-kritische Strukturpolitikberatung, 4) stimmige Politikberatung durch Experten und 5) ein kundenorientierter Überwachungsansatz.

Die Geschäftsführende Direktorin gab im Dezember 2014 einen Aktionsplan zur Stärkung der Überwachung heraus, der gezielte Vorschläge für diese prioritären Bereiche formuliert. Insbesondere enthält der Plan Maßnahmen zur Wiederbelebung und Anpassung der Bilanzanalyse, zur vollen Einbettung der Makrofinanzanalyse in die Überwachung und zur Vorbereitung einer stärkeren und besser ausgerichteten Strukturpolitikberatung.

Da die Umsetzung von Überwachungsreformen eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird, erklärte sich das Exekutivdirektorium damit einverstanden, die Prüfung der Überwachung im Fünfjahres- statt im Dreijahresturnus durchzuführen. Demzufolge wird die nächste umfassende Überwachungsprüfung 2019 stattfinden.

MULTILATERALE ÜBERWACHUNG

Die allgemeinen Auswirkungen großer Volkswirtschaften

Der dritte „Pilot External Sector Report“ (Pilotbericht zum Außenwirtschaftssektor) des IWF erschien im Juni 2014 und enthielt eine multilateral stimmige Bewertung der Außenwirtschaftspositionen und -politiken der größten Volkswirtschaften für 2013 und das erste Halbjahr 2014.

Unter Verwendung der Analyse aus der bilateralen und multilateralen Überwachungsarbeit des Fonds wurde eine stimmige Bewertung von Wechselkursen, Leistungsbilanzen, Reserven, Kapitalflüssen und Außenwirtschaftsbilanzen erarbeitet.

Gemeinsam mit dem Spillover-Bericht und den Artikel-IV-Konsultationen (mit ihrer stärkeren Ausrichtung auf Übertragungseffekte) soll

der External Sector Report im Rahmen fortlaufender Bestrebungen für eine angemessene Positionierung des IWF sorgen. Dieser soll möglichen Übertragungseffekten der politischen Maßnahmen seitens der Mitglieder auf die globale Stabilität begegnen und die Außenwirtschaftssektoren umfassend überwachen können.

Das Exekutivdirektorium erörterte den Bericht im Rahmen einer informellen Zusammenkunft; es wurden keine Entscheidungen getroffen.

Normalisierung der Geldpolitik und ihre Folgen

Der Bericht kam zu dem Schluss, dass die Dynamik des Außenwirtschaftssektors 2013 von mehreren miteinander verknüpften Entwicklungen geformt wurde. Es begann eine stärkere, doch ungleichmäßige Erholung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die zu ersten Schritten in Richtung Normalisierung der Geldpolitik führte. Der Anfang des Ausstiegs aus der unkonventionellen Geldpolitik in den USA leitete eine Straffung der Konditionen an den weltweiten Finanzmärkten sowie eine Runde volatiler Kapitalflüsse und beträchtliche Abwertungen in den Schwellenmärkten ein. Mit der folgenden Erholung der Nachfrage nach Vermögenswerten aus Schwellenländern, zum Teil unterstützt durch politische Reaktionen, legten die Währungen vieler Schwellenländer wieder zu.

Dem Bericht zufolge verengte sich im Lauf von mehreren Jahren das globale Muster von Leistungsbilanzsalden, erfuhr aber auch schrittweise eine neue Zusammensetzung. Die relative Bedeutung übermäßiger Ungleichgewichte unter den größten Volkswirtschaften



Kasten 2.2 Risiken für die Weltwirtschaft bewerten

Die Frühwarnübung (Early Warning Exercise, EWE) ist ein wichtiger Bestandteil des IWF-Überwachungsinstrumentariums. Sie kombiniert die Analyse volkswirtschaftlicher, finanzieller, fiskalischer und externer Risiken sowie sektor- und grenzübergreifende Übertragungseffekte. Die EWE wird halbjährlich durchgeführt und ist eng auf die wichtigsten Publikationen des IWF abgestimmt: *World Economic Outlook* (Weltwirtschaftsausblick), *Global Financial Stability Report* (Bericht zur globalen Finanzstabilität) und *Fiscal Monitor*.

Die Frühwarnübung untersucht unwahrscheinliche, aber plausible Risiken, die andere politische Empfehlungen erfordern würden, als in den Basisprojektionen der wichtigsten Publikationen genannt wurden. Mit der Übung wird

jedoch nicht versucht, Krisen vorherzusagen. Sie versucht vielmehr, die Schwachstellen und Auslöser aufzudecken, die systemische Risiken beschleunigen könnten, und identifiziert risikomindernde Politikmaßnahmen, darunter auch solche, die eine Zusammenarbeit auf internationaler Ebene erfordern. Die EWE wird in Zusammenarbeit mit dem Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board, FSB) ausgearbeitet, in dem Experten und Politiker aus Finanzaufsichtsbehörden und Zentralbanken von Mitgliedsländern vertreten sind. Jede EWE wird im Exekutivdirektorium des IWF erörtert und danach während der Frühjahrs- und Jahrestagung von IWF und Weltbank leitenden Beamten vorgestellt. Die Ergebnisse gelten als marktsensitiv und werden nicht veröffentlicht.

der Welt ging zurück. Unter anderen Volkswirtschaften entstanden einige neue übermäßige Ungleichgewichte, und in den letzten Jahren sind Fälle übermäßigen Defizits in Zahl und Größe gestiegen.

Politische Maßnahmen zum Abbau übermäßiger Ungleichgewichte

Politische Maßnahmen zum weiteren Abbau übermäßiger Ungleichgewichte fielen, so der Bericht, unterschiedlich aus, umfassten aber mittelfristige Haushaltskonsolidierung, Einschränkung finanzieller Auswüchse, Strukturreformen zur Förderung der Anpassung in defizitären Volkswirtschaften sowie verschiedene Maßnahmen, die eine stärkere Binnennachfrage in Überschussländern stützen. Allgemeiner gesagt, seien dem Bericht zufolge auf beiden Seiten der übermäßigen Ungleichgewichte politische Maßnahmen notwendig. Viele Volkswirtschaften haben ihre eigene Rolle zu spielen, und politische Anpassungen aller hätten eine gegenseitige Stützkraft, die dem Wachstum und der Senkung von Finanzrisiken zugutekommen.

Der Übertragungseffekt politischer Maßnahmen auf andere Volkswirtschaften

Im Rahmen der allgemeinen Bestrebungen zur Stärkung des Überwachungsprozesses führte der IWF eine systematischere Behandlung der Übertragungseffekte aus der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsländer ein. Der Prozess – hervorgegangen aus der Integrierten Überwachungsentscheidung (Integrated Surveillance Decision) von 2012 – findet im Zusammenhang mit den

Artikel-IV-Konsultationen statt. Ziel des Prozesses ist es, die bilaterale und multilaterale Überwachung besser zu integrieren.

Die 2011 eingeführten Spillover Reports werden im Jahresturnus veröffentlicht; der Bericht für 2014 erschien im Juli 2014 nach einer informellen Zusammenkunft des Exekutivdirektoriums.

Anhand der Berichte kann der IWF mit seinen Mitgliedern die volle Bandbreite der Übertragungseffekte ihrer Politik auf die inländische und globale Stabilität erörtern und Gespräche über Spillover-bezogene Fragen in multilateralen Foren anregen, um politische Aufmerksamkeit und Dialog zu fördern. Bis 2013 konzentrierten sich die Berichte auf die externen Auswirkungen der Binnenpolitik in fünf systemrelevanten Volkswirtschaften: China, Euroraum, Japan, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Ab 2014 wählte der IWF einen eher thematischen Ansatz und befasst sich mit Kernthemen, die mit Sicht auf Übertragungseffekte bedeutsam sind.

Laut dem Bericht von 2014 sind globale Spillovers in eine neue Phase getreten.

Anstelle von krisenbezogenen Übertragungseffekten und Risiken sind nun veränderliche Wachstumsmuster die Hauptursache für Spillovers in der Weltwirtschaft.

Das Papier stellte zwei maßgebliche Trends heraus:

Erstens verwies das Papier auf eine sich selbst tragende Erholung in einigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften – allen voran die USA und das Vereinigte Königreich – die nahelegten, dass die Drosselung der außergewöhnlich akkommodierenden Geldpolitik weiter voranschreitet und in den kommenden Jahren zu einer Straffung der Bedingungen an den globalen Finanzmärkten führen wird. Allerdings deutet dem Papier zufolge eine unausgewogene Erholung darauf hin, dass die Normalisierung in den einzelnen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgen werde, was Übertragungseffekte bewirken kann.

Zweites unterstrich der Bericht, dass das Wachstum in Schwellenmärkten seit dem Höchststand vor der Krise allgemein langsamer vorstatten gehe und spürbare Übertragungseffekte auf globaler Ebene mit sich bringen könnte; eine schrittweise, synchrone und ausdauernde Verlangsamung würde dann über Handel und Finanzen vermutlich das globale Wachstum drücken.

Der Bericht beschrieb auch, wie zentrale Spillover-Risiken sich überschneiden und gegenseitig beeinflussen können. So können die beiden im Bericht herausgestellten Risiken miteinander verknüpft sein, weil die Märkte die Wachstumsaussichten in Schwellenländern aufgrund neuer finanzieller Turbulenzen und Kapitalabflüsse eventuell neu bewerten. Der Bericht beschrieb ein Abwärtsszenario mit weitaus verschärften Finanzierungsbedingungen neben einer weiteren Abschwächung des Wachstums in Schwellenländern, das einen etwa 2-prozentigen Produktionsrückgang zur Folge haben könnte.

Dem Papier zufolge waren aufgrund der Spillover-Risiken 2014 stärkere politische Maßnahmen auf nationaler wie globaler Ebene gefordert.

Stärkere Maßnahmen auf nationaler Ebene in den Ausgangs- und Zielstaaten der Übertragungseffekte könnten dann auf bessere Ergebnisse auf globaler Ebene abgestimmt werden. Angesichts

von Anreizproblemen und Kompromissen reichen stärkere Maßnahmen auf Landesebene allein eventuell nicht aus, um die Übertragungseffekte anzugehen. Wenn sich bestimmte Schlüsselrisiken einstellen, kommt demnach der Zusammenarbeit bei der Abfederung möglicher Abwärtsrisiken und bei der Unterstützung anfälligerer Volkswirtschaften wieder mehr Bedeutung zu.

Der Spillover Report 2016 soll im Rahmen allgemeiner Initiativen, mit denen verschiedene Aspekte der IWF-Arbeit verschlankt, für die Allgemeinheit verständlich gemacht und integriert werden sollen, in den *World Economic Outlook* eingegliedert werden.

Makroökonomische Entwicklungen in Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen

Der IMF veröffentlichte 2014 einen neuen Bericht über die Trends in Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen (low-income developing countries, LIDCs), mit dem die Analysearbeit der Institution zu einer Gruppe von Staaten, die einen zunehmend dynamischen Teil der Weltwirtschaft stellen, ausgeweitet werden soll. Der Bericht von





2014 untersuchte die starke Wirtschaftsleistung der meisten LIDCs seit 2000 und bewertete ihre näheren Zukunftsaussichten. Er enthielt auch eine Analyse der wirtschaftlichen Risiken und Schwachstellen vor dem Hintergrund einer global unausgewogenen Erholung sowie die Entwicklung ihrer Staatsverschuldung in den letzten Jahren.

Das Exekutivdirektorium erörterte den Bericht im Rahmen einer informellen Sitzung. Der Bericht soll jährlich vorgelegt werden.

Die wichtigsten Ergebnisse des Berichts 2014:

Die meisten LIDCs verzeichneten in den letzten 15 Jahren starkes Wirtschaftswachstum, das jedoch hauptsächlich auf einer Anhäufung von Faktoren statt auf Produktivitätssteigerung beruht. Das Wachstum legte gegenüber früheren Jahrzehnten an Tempo zu und entspricht der Wachstumsleistung in Schwellenmärkten. Diese Leistung wurde von externen Faktoren, solider makroökonomischer Verwaltung und weitreichenden marktorientierten Reformen untermauert. Allerdings ist dieses Wachstum weder besonders tief noch transformativ. Darüber hinaus gelang vielen Ländern, die von Konflikten betroffen sind, sowie fragilen Staaten keine Anhebung ihrer Pro-Kopf-Produktion.

Der Anteil an LIDCs, die als sehr anfällig eingestuft werden, ging leicht auf etwa 10 Prozent zurück, und bei den meisten von ihnen handelt es sich um fragile Staaten. Schwache Haushaltspositionen sind in der Regel die Hauptursache für Anfälligkeit. Die Analyse ausgewählter Schock-Szenarien zeigt, dass ein längerer Zeitraum mit langsamerem Wachstum in fortgeschrittenen Volkswirtschaften und Schwellenländern einen beträchtlichen negativen Einfluss auf die LIDCs hat. Der Wiederaufbau fiskalischer und externer Puffer hat in vielen Ländern Priorität, damit ihre Widerstandsfähigkeit gestärkt werden kann. Die Schwellenmärkte der nächsten Generation vertiefen ihre Verknüpfungen

zum globalen Finanzsystem und sind deshalb neuen Risiken ausgesetzt: rasches Kreditwachstum und die Ausdehnung ausländischer Kredite verlangen in einigen Fällen eine genaue Überwachung.

Obwohl in den meisten LIDCs die Staatsverschuldung relativ gering ausfällt, ist eine Stärkung der fiskalischen Institutionen anzuraten, um dem Entstehen neuer Ungleichgewichte vorzubeugen.

Starkes Wachstum, niedrige Zinsen und umfassende Auslandsschuldenerleichterung trugen zu der relativ niedrigen Staatsverschuldung bei. Trotzdem sind ein Drittel der LIDCs hoch verschuldet bzw. verschuldeten sich in den letzten Jahren stark. Durch die Veränderungen der externen Finanzlandschaft haben immer mehr LIDCs Zugang zu den internationalen Finanzmärkten, und auch neuere offizielle Gläubiger stellen jetzt zunehmend Projektfinanzierung bereit. Länder, die neue Geldquellen anzapfen, müssen darauf achten, wohin diese Gelder fließen und wie wirtschaftlich sie genutzt werden. Nicht zuletzt wegen der neuen Risiken wie der Bündelung von Rückzahlungen und dem Rollover-Risiko ist die Stärkung des staatlichen Schuldenmanagements unabdingbar.

Der weltweite Wohnungsmarkt: Krisenprävention an vorderster Front

Der Wohnungsmarkt ist ein zentraler Sektor einer jeden Volkswirtschaft. Aber er kann auch eine Quelle der Instabilität für Finanzinstitutionen und Länder sein – man denke nur an die Wurzeln der globalen Finanzkrise von 2008 auf den Wohnungsmärkten fortgeschrittener Volkswirtschaften. Es



ist deshalb für die Stabilität der Wirtschaft und für die Arbeit des IWF wichtig zu verstehen, welche Kräfte die Wohnungspreiszyklen antreiben und wie sie gemäßigt werden können.

Forschung und Politikberatung in diesem Bereich rücken für den IWF mehr und mehr in den Mittelpunkt, und so wurde versucht, die diesbezügliche Arbeit der Institution zusammenzuführen. Damit können die Ökonomen des IWF die Konjunkturphasen weltweit besser verfolgen und Wohnungsbooms frühzeitig gemeinsam mit der Politik angehen.

Die Initiativen des IWF in diesem Bereich sind unter anderem:

Der weltweite Wohnungsmarkt: 2014 wurde eine Webseite eingerichtet, mit der die Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten nachverfolgt, transparentere länderübergreifende und historische Vergleiche angestellt und die politischen Instrumente erörtert werden können, die für den Umgang mit den Marktzyklen entwickelt werden. Die Seite enthält den Global House Price Index, eine Übersicht über durchschnittliche Wohnungspreise in verschiedenen Ländern, die globale Preistrends aufzeigt. Diese Daten geben den IWF-Länderteams Hinweise darauf, wie die Werte ihres Landes im Vergleich zu anderen Ländern abschneiden.

„Cluster Report on Housing Recoveries“: Der Bericht vom November 2014 wurde von der Abteilung Europa verfasst und befasst sich mit den Erfahrungen in Dänemark, Irland, den Niederlanden und Spanien – Länder, die in den letzten Jahren starke Rückgänge ihrer Wohnungspreise erlebten und ein ähnliches institutionelles Umfeld besitzen. Der Bericht untersuchte, wie die Politik im Gefolge einer geplatzten Preisblase die wirtschaftliche Erholung am besten unterstützen kann.

Konferenz zu Wohnungsmärkten, Finanzstabilität und Wachstum: Mit dieser Veranstaltung bot die indische Stadt Bangalore im Dezember 2014 ein Forum zur Erör-

terung entscheidender makroökonomischer Themen im Zusammenhang mit dem Wohnungsmarkt. Gemeinsam mit dem indischen Institute of Management veranstaltet, widmete sich die Konferenz Themen wie der makroprudenziellen Politik, den Treibkräften für Wohnungspreise sowie Wohnungsmärkten und Geldpolitik. In einem Blog zum Thema beleuchtete der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor des IWF Min Zhu die Herausforderungen von Wohnungspreisbooms in Schwellenländern; der Artikel war einer der am meisten gelesenen Beiträge auf dem Blog des IWF, *iMFdirect*.

Konferenz über Wohnungsmärkte und die Makroökonomie: Die gemeinsam von IMF, Deutscher Bundesbank und der Deutschen Forschungsgemeinschaft veranstaltete Konferenz untersuchte im Juni 2014 die Herausforderungen, die Wohnungsmärkte für die Geldpolitik und Finanzstabilität darstellen.

Die Rolle des Handels in der Arbeit des IWF

Handel ist zu einem zentralen Element der politischen Agenda geworden, um globales Wachstum anzuregen. Ein Wiederaufleben des in den letzten Jahren schleppenden Handelswachstums hat potenziell großen Einfluss auf das Wachstum in einzelnen Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft insgesamt. Reformen im Bereich des Handels können den Nutzen anderer Wirtschaftsreformen steigern und dadurch weiteres Wachstum erzeugen.

Dies war eine der Kernaussagen der Prüfung, die der IWF alle fünf Jahre über die Rolle des Handels in der Arbeit des IWF vornimmt. Dabei erfasst der IWF die sich verändernden Trends im Handel und in der Handelspolitik und erörtert die für die Agenda der Institution zentralen Themen. Die Prüfung wurde vom Exekutivdirektorium im Februar 2015 besprochen und folgte den vom Direktorium befürworteten Empfehlungen sowie einem Umsetzungsplan, der im Nachgang zur Evaluierung durch das Unabhängige Evaluierungsbüro (Independent Evaluation Office, IEO) im Jahr 2009 zur Einbindung des IWF in Fragen der internationalen Handelspolitik ausgearbeitet worden war.



Auswirkungen einer sich verändernden Handelslandschaft

Das Stabspapier lieferte eine allgemeine Übersicht über die Rolle des Handels und handelspolitischer Fragen in der Arbeit des IWF der letzten fünf Jahre und erörterte Möglichkeiten, wie die Auswirkungen der sich global verändernden Handelslandschaft integriert und umgesetzt werden könnten; beleuchtet wurden dabei auch die sich ändernden treibenden Kräfte des Handels – wie globale Wertschöpfungsketten – und die Umorientierung der Handelspolitik von multilateralen Runden zu regionalen und multilateralen Abmachungen.

Bei ihrer Besprechung stimmten die Exekutivdirektoren im Allgemeinen den wichtigsten Erkenntnissen des Papiers zu und verwiesen darauf, dass die weitere Liberalisierung und Integration des Handels ein großes globales Gewinnpotenzial mit sich bringe.

Abstimmung der Überwachung auf die Bedürfnisse der Länder

Die Direktoren betonten, dass die Arbeit des IWF zum Handel sich innerhalb des Mandats der Institution bewegen und die als makrokritisch bewerteten Handelsfragen angehen sollte; dabei seien auch Ressourcenzwänge und begrenzte Handelserfahrung zu berücksichtigen. Dies würde eine sorgfältige Aufstellung von Prioritäten und die Weiterführung der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Institutionen wie der Welthandelsorganisation und der Weltbank notwendig machen.

Sie unterstrichen zudem, dass die Behandlung von Handelsfragen auf die Bedürfnisse einzelner Länder zugeschnitten

sein sollte; sie waren der einhelligen Meinung, dass konzentrierte Bemühungen an verschiedenen Fronten notwendig seien, um das Thema Handel besser in die Überwachungsarbeit des IWF einzubetten. Ein Kernthema für fortgeschrittene Volkswirtschaften wären die Auswirkungen ihrer Arbeit zur Einführung und Förderung neuer Bereiche in der Handelspolitik wie Dienstleistungen, Regulierung und Investment. Für Schwellenmärkte können traditionelle Liberalisierung und die Verankerung mit globalen Lieferketten immer noch Vorteile bringen. In Niedrigeinkommensländern verlangt eine stärkere Integration nachhaltige Bestrebungen zur Senkung der Handelskosten; hierzu gehören die Verbesserung der Infrastrukturen für den Handel und der wirtschaftlichen Institutionen auf nationaler wie regionaler Ebene, was durch entsprechende technische Hilfe unterstützt wird.

POLITIKBERATUNG

Von Banken zum Staatsstress: Auswirkungen für Staatsschulden

In den letzten Jahren richtete der IWF seine Forschung vermehrt auf die Verknüpfungen zwischen Banken und Staatsschulden, insbesondere seit der weltweiten Finanzkrise von 2008. In diesem Zeitraum häuften sich die Anfälligkeiten des Bankensektors und lösten in einigen Fällen Banken Krisen großen Ausmaßes aus. Diese wiederum führten zum erheblichen Anstieg der Staatsschulden – zum Teil aufgrund staatlicher Interventionen.

Im März 2015 wurde nach einer informellen Zusammenkunft der Exekutivdirektoren ein Stabspapier mit dem Titel „From Banking to Sovereign Stress: Implications for Public Debt“ veröffentlicht. Das Papier ging der Frage nach, wie die Entwicklungen und Merkmale des Bankensektors die Ausbreitung von Risiken vom Bankensektor auf Staatsschulden beeinflussen, so auch der Frage, wie sie sich auf das Ausmaß an fiskalischen Kosten von Banken Krisen auswirken.

Eine abteilungsübergreifende Studie

An der Erstellung des Papiers war ein gemischtes Team aus Vertretern der Abteilungen Strategie, Grundsatzpoli-

tik und Überprüfung, Fiskalpolitik, Geld- und Kapitalmärkte sowie Forschung beteiligt. Es stellte neue empirische Arbeiten zu der Art und Weise vor, wie die Entwicklungen auf dem Bankensektor makroökonomische und fiskalische Ergebnisse beeinflussen können.

Systemische Bankenrisiken ließen die öffentlichen Schulden stark ansteigen.

Im Zeitraum 2007–11 lag der mittlere Anstieg der Staatsverschuldung vier Jahre nach Beginn einer Krise bei 12 Prozentpunkten des BIP. Und in vielen Ländern stieg die Staatsverschuldung um mehr als 20 Prozentpunkte des BIP.

Das Papier machte verschiedene Faktoren aus, die die Verbindung von Banken und Staat beeinflussen. Dazu gehört das Ausmaß der Bilanzausweitung, Fremdfinanzierung und der Abhängigkeit von groß angelegter Drittmittelförderung aufseiten der Banken, die Stärke der institutionellen Rahmenbedingungen vor der Krise und der Politiken zur Krisenbeilegung sowie das Ausmaß der Bestände der Banken an ihren eigenen Staatsschulden – auch „home bias“, also Bevorzugung des Inlandmarkts, genannt.

Das Papier schlug Maßnahmen und Politiken vor, mit denen die Finanzbehörden die Steuerung der Krisen unterstützen und das Vorbereitet Sein auf Krisen erhöhen können. Es kam zu dem Schluss, dass die Stärkung von Regulierung und Aufsicht über den Finanzsektor der bevorzugte Ansatz sei, um die Gesundheit des Bankensektors aufrechtzuerhalten und das Risiko möglichst gering zu halten, dass Steuermittel aufgrund von gescheiterten Banken gefährdet werden. In dieser Hinsicht sollten die politischen Prioritäten makroprudenzielle Maßnahmen umfassen, die abzielen auf: (1) Abbau übermäßiger Prozyklizität in Bankensystemen, (2) höhere Kapazitäten der Banken, Verluste abzufangen, und (3) effektive Abwicklungsvollmachten und Planung.

Ansätze für die Finanzbehörden

Zwar hängen die gezielten Politikempfehlungen für den Umgang mit den Risiken des Bankensektors von den landesspezifischen Umständen ab, doch das Papier empfahl den Finanzbehörden für die fiskalische Seite Folgendes:

Aufstellung eines institutionellen Regelwerks, das die Fähigkeit zur Erkennung und Überwachung der vom Bankensektor ausgehenden Risiken stärkt.

Aufbau fiskalischer Puffer während Bankenbooms, damit in schwächeren Zeiten angemessene antizyklische Maßnahmen ergriffen werden können. Einführung fiskalischer Regeln zur Einschränkung von Ausgaben nicht tragfähiger Zuwächse an Steuereinkünften, die mit Kreditbooms einhergehen, darunter insbesondere das Vertrauen auf Einkommensquellen aus Immobilien, wäre in diesem Zusammenhang von Vorteil.

Ausgleich der Vorteile und Risiken, die mit dem Vertrauen auf inländische Banken als Quelle öffentlicher Mittel einhergehen. Das übermäßige Vertrauen auf die Mittel einheimischer Banken kann zu Verzerrungen, einem trügerischen Gefühl der Schuldentragfähigkeit und einer tieferen Verknüpfung zwischen Banken und Staat führen.

Berücksichtigung von Steuermaßnahmen, die die Neigung zu Fremdfinanzierung und die Attraktivität von Fremdfinanzierung senken. Die Abschaffung von steuerlichen Kreditnahmeanreizen und die Einführung eines Finanzstabilitätsbeitrags könnte die Risiken auf dem Bankensektor senken und zum Aufbau fiskalischer Puffer für Anfälligkeiten beitragen.

Der grenzüberschreitende Einfluss von Bankenkrisen

Die Entwicklung eines wirksamen Regelwerks für die grenzüberschreitende Abwicklung ist eine wichtige Priorität für die internationale Regulierungsreform. Das Scheitern großer Banken während der weltweiten Finanzkrise unterstrich den Bedarf an Instrumenten für die Abwicklung von Institutionen, die „too big to fail“ sind.

Ein wichtiges Ergebnis in der Reformagenda ist die Einrichtung eines internationalen Standards für die Abwicklung systemrelevanter Finanzinstitutionen.

Mit den „Key Attributes of Effective Resolution Regimes for Financial Institutions“ (Schlüsselattribute wirksamer Abwicklungsmethoden für Finanzinstitutionen) des FSB wurden allgemein anerkannte Grundsätze und bewährte Praktiken aufgestellt, und die Mitgliedsländer im FSB haben die Implementierung dieser Regeln bis Ende 2015 zugesagt. Die Schlüsselattribute fordern von den Ländern die Ausarbeitung von Abwicklungsmethoden, die den Behörden umfassende Abwicklungsvollmachten gewähren und gleichzeitig für wirksame Mechanismen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Aufteilung der Verluste auf private Stakeholder sorgen.

Ein Bericht zu den Fortschritten, der von den IWF-Abteilungen Geld- und Kapitalmärkte sowie Recht erstellt und im Juni 2014 veröffentlicht wurde, beschrieb den Status der Arbeiten zur Implementierung dieser Regeln. Das Exekutivdirektorium erörterte das Papier bei einem informellen Treffen.

Das Papier kam zu dem Schluss, dass noch beträchtliche Anstrengungen notwendig seien, um eine wirksame Methode für die grenzüberschreitende Abwicklung aufzustellen. Folgende Bereiche müssen noch weiter bearbeitet werden:



■ **Nationale Abwicklungsmethoden:** Verschiedene Rechtsräume haben weitreichende rechtliche Reformen eingeführt, aber die Reformen sind komplex und die Fortschritte fallen noch sehr gemischt aus. Während in einigen Ländern Fortschritte erzielt wurden, fehlt es vielen noch an umfassenden Abwicklungsvollmachten für Banken und andere Finanzinstitutionen sowie an wirksamen Mechanismen für die Anerkennung ausländischer Abwicklungsmaßnahmen.

■ **Firmenspezifische operative Abwicklungsstrategien:** Das Erzielen einer Übereinkunft zwischen den Aufsichtsbehörden des Heimat- und Gastlandes zur Abwicklung systemrelevanter, grenzüberschreitender Institutionen erweist sich als schwierig, insbesondere wegen rechtlicher Hürden auf dem Weg zu einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Komplexität der Betriebs- und Finanzstrukturen.

■ **Auffangen von Verlusten:** Die Schlüsselattribute fordern, dass das Scheitern einer Bank zu Lasten der privaten Gläubiger der Banken geht. Für die Glaubwürdigkeit dieses Versprechens muss sichergestellt sein, dass die Banken über ausreichende Verbindlichkeiten verfügen, mit denen sie Verluste auffangen können, ohne das Finanzsystem zu destabilisieren. Der FSB wird voraussichtlich im späteren Verlauf des Jahres einen neuen Standard zur Gesamtkapazität für das Auffangen von Verlusten durch global systemrelevante Banken herausgeben.

■ **Harmonisierung von Gläubigerhierarchien:** Eine große Hürde bei der gemeinschaftlichen Abwicklung grenzüberschreitender Bankenpleiten sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern bei der Bewertung von Gläubigerforderungen im Rahmen von Liquidierungen oder Abwicklungen.

■ **Einsatz öffentlicher Mittel:** Die Gefahr, dass öffentliche Mittel zur Wahrung der Finanzstabilität benötigt werden, kann nicht ausgeschlossen werden und schafft starke Anreize für einseitige Maßnahmen, die die Zusammenarbeit unterwandern können. Eine vorherige Vereinbarung zu Puffern und Verlustaufteilung, Abwicklungsstrategien und



die entsprechende Ausrichtung der Gruppenstruktur wird entscheidend sein.

■ **Kleinere Rechtsräume/Körperschaften:** Viele grenzüberschreitende Banken besitzen keine globale Tragweite, aber ihre Abwicklung könnte bei einem unregelmäßigen Ablauf die Finanzstabilität in Heimat- und Gastländern unterhöhlen. Reformen zu Abwicklungsregeln müssen den unterschiedlichen Grad an Komplexität der einzelnen Finanzsysteme berücksichtigen und eine entsprechende Ausrichtung der Anreize sicherstellen, damit Abwicklungsstrategien die Risiken für die Finanzstabilität in kleinen wie zentralen Rechtsräumen der abzuwickelnden Körperschaft möglichst gering halten können.

Umstrukturierung von Staatsschulden

Im Mai 2013 erörterte das Exekutivdirektorium ein Stabspapier mit dem Titel „Sovereign Debt Restructuring—Recent Developments and Implications for the IMF’s Legal and Policy Framework“ (Umstrukturierung von Staatsschulden – jüngste Entwicklungen und Auswirkungen auf das rechtliche und politische Regelwerk des IWF) und befürwortete ein Arbeitsprogramm, das sich auf die Stärkung der marktbasierten Ansätze zur Lösung von Staatsschuldenkrisen konzentrierte. Das Programm umfasste vier Elemente: 1) Reform des IWF-Regelwerks zur Kreditvergabe, 2) Stärkung von Umschuldungsklauseln in Staatsanleihegeschäften, 3) Prüfung des Regelwerks zur Beteiligung des öffentlichen Sektors und 4) Bewertung der Wirksamkeit der Kreditpolitik des IWF bei Zahlungsrückständen.

Das Direktorium besprach im Juni 2014 das Papier des Stabes „The IMF’s Lending Framework and Sovereign Debt—Preliminary Considerations“ (Das IWF-Regelwerk zu Kreditvergabe und Staatsschulden – vorläufige Betrachtungen). Das Papier richtete sein Hauptaugenmerk auf das Regelwerk des IWF zur außergewöhnlichen Zugangsberechtigung – ein Bereich, in dem der IWF mit größter Wahrscheinlichkeit schwierige Urteile über die

Tragfähigkeit der Schulden (mit hoher Wahrscheinlichkeit) eines Mitgliedlandes fällen muss. Das Papier, dessen Hauptziel die Senkung der Kosten einer Krisenbeilegung für Gläubiger wie Schuldner und für das System insgesamt ist, stellte zwei mögliche Reformwege vor: die Einführung einer Option für ein neues Schuldenprofil, damit das Regelwerk zur Kreditvergabe flexibler gemacht werden kann, wenn die Schulden als tragfähig, aber nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit bewertet werden, und die Abschaffung der systemischen Befreiung.

Es wurden keine Entscheidungen zu den Reformvorschlägen getroffen, aber das Direktorium bat den Stab um Ausarbeitung eines weiteren Papiers, das im GJ 2016 besprochen werden soll.

Zum Thema Umschuldungsklauseln erörterte das Direktorium im Oktober 2014 das Stabspapier „Strengthening the Contractual Framework to Address Collective Action Problems in Sovereign Debt Restructuring“ (Stärkung des vertraglichen Regelwerks zur Lösung von Problemen mit Umschuldungsklauseln in der Umstrukturierung von Staatsschulden): Das Papier enthielt Empfehlungen zur weiteren Verbesserung des vertraglichen, marktbasierten Ansatzes zum Umgang mit Problemen zu Umschuldungsklauseln.

Das Direktorium befürwortete die zentralen Aspekte der geänderten Gleichbesicherungs- und der überarbeiteten Umschuldungsklauseln für internationale Staatsanleiheverträge, um ihre Anfälligkeit gegenüber den Gläubigern zu mindern, die ihre Forderungen trotz Umschuldung geltend machen. Die Reformempfehlungen resultierten aus Beratungsgesprächen mit öffentlichen und privaten Stakeholdern. Das Direktorium sprach sich auch dafür aus, dass der IWF die Aufnahme dieser Klauseln in die Neuemission internationaler Staatsanleihen aktiv fördern sollte. Allerdings, so merkte das Direktorium an, werde ein Großteil der beträchtlichen Bestände an ausstehenden internationalen Staatsanleihen, die die neuen Klauseln noch nicht enthalten, erst in den nächsten zehn Jahren fällig und könnte eine geordnete Umschuldung gefährden.

Das Direktorium forderte den Stab auf, weitere Gespräche mit den Stakeholdern zur Minimierung dieses verbleibenden Risikos zu geordneten Umschuldungen zu führen, und sah regelmäßigen Fortschrittsberichten zur Frage entgegen, inwieweit die vorgeschlagenen Vertragsklauseln in internationale Staatsanleihen aufgenommen werden. Seit Oktober 2014 haben mehrere Mitgliedsländer geänderte Klauseln aufgenommen, die die vom IWF befürworteten Kernaspekte für



die Emission neuer Anleihen berücksichtigen.

Auf die Direktoriumsaussprache zum Papier über das „Regelwerk zur Kreditvergabe“ soll im GJ 2016 Arbeit zur Einbindung des öffentlichen Sektors und zur Kreditpolitik bei Zahlungsrückständen folgen.

Übertragungseffekte bei der Besteuerung internationaler Körperschaften

Weltweit gilt grenzüberschreitenden Steuerfragen und der Arbeit zu diesem Thema zunehmende Aufmerksamkeit. Im Mai 2014 gab der Stab des IWF ein Papier mit dem Titel „Spillovers in International Corporate Taxation“ (Übertragungseffekte bei der Besteuerung internationaler Körperschaften) heraus, das große Beachtung fand.

Das Papier, das vom Exekutivdirektorium im Rahmen einer informellen Sitzung diskutiert wurde, erkundete die Art, Bedeutung und politischen Auswirkungen von Spillovers – die Auswirkungen, die die Regeln und Praktiken eines Landes auf andere haben – mit besonderem Augenmerk auf Entwicklungsländer.

Das Papier ergänzte Initiativen, die auf die Senkung der Steuervermeidung aufseiten multilateraler Körperschaften abzielten, insbesondere das Projekt von G20 und OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zu Maßnahmen gegen die sogenannte Aushöhlung der Steuerbasis und die Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS). In das Spillover-Papier flossen Erfahrungen des IWF mit allgemeineren internationalen Steuerfragen unter seinen Mitgliedern ein, so etwa die Erfahrungen, die durch technische Hilfe gewonnen wurden.

Vorwürfe multinationaler Steuervermeidung

Die Studie des IWF ging über OECD-BEPS hinaus und erkundete die allgemeineren makroökonomischen und entwicklungsrelevanten Auswirkungen der Spillovers im Steuerverhalten von Konzernen,

so auch allgemeinere Fragen wie Steuerwettbewerb unter einzelnen Staaten. Der Aktionsplan BEPS zielt darauf ab, im Kontext der bestehenden, formlos vereinbarten internationalen Steuerarchitektur einige der technischen weltweiten Richtlinien und Standards für die Besteuerung grenzüberschreitender Aktivitäten zu ändern und die Möglichkeiten zur Steuervermeidung und Gewinnverlagerung zu senken.

Der IWF kam bei seiner Arbeit zu dem Schluss, dass Steuer-Spillovers sich auf die makroökonomische Ertragskraft auswirken können.

Daten zum Kapitalverkehr sind eindeutig von der Besteuerung beeinflusst, und es gibt zahlreiche Nachweise dafür, dass die Besteuerung das Verhalten multinationaler Konzerne stark beeinflusst. Die Ergebnisse bestätigten, dass Übertragungseffekte auf die Körperschafts-Steuerbasis und -Steuersätze beträchtlich sind.

Der Analyse zufolge sind die Übertragungseffekte in den Volkswirtschaften von Entwicklungsländern besonders markant, da diese Länder in der Regel einen größeren Anteil ihrer Einkünfte aus Körperschaftssteuern erzielen. Dem Papier zufolge liefern die Erfahrungen aus der technischen Hilfe viele Beispiele, in denen die Summen, die bei internationalen Steuerfragen auf dem Spiel stehen, im Verhältnis zu den Gesamteinkünften der Länder groß sind – bisweilen 10–15 Prozent des Gesamteinkommens.

Eindämmung von Übertragungseffekten auf Entwicklungsländer

Die Studie führte an, dass für die Eindämmung negativer Übertragungseffekte auf die Volkswirtschaften in Entwicklungsländern nicht nur Kapazitätsaufbau, sondern auch die Behebung von Schwachstellen in inländischen Gesetzen und internationalen Vereinbarungen notwendig seien. Sie gab spezifische Empfehlungen in den Bereichen ab, in denen sich die technische Hilfe des IWF für Ent-

wicklungsländer als besonders problematisch erweist. Das Papier führt zum Beispiel die Gefahr an, die Länder mit der Unterzeichnung bilateraler Steuerverträge eingehen, wie etwa den Verzicht auf Einkommen aus Quellensteuern und Aushöhlung der Steuerbasis durch die Auswahl besonders günstiger Verträge. Die Studie verweist auch auf die Zweideutigkeiten in vielen Steuergesetzen zur Besteuerung von Offshore-Kapitalerträgen, die oft mit der Rohstoffwirtschaft zusammenhängen. Viele Länder bieten außerdem keinen Schutz vor übermäßiger Kreditfinanzierung oder Manipulation der Verrechnungspreise.

Das institutionelle Regelwerk zur Behandlung internationaler Steuer-Spillovers ist schwach, folgerte das Papier. Das Argument für einen umfassenden und systematischen Ansatz zur internationalen Zusammenarbeit bei Steuerfragen gewinnt an Zugkraft, da Intensität und Verbreitung der Steuer-Spillovers immer offensichtlicher werden.

Folgearbeit und Entwicklungen

Beim Gipfel der G20 im November 2014 wurde der Stab des IWF gebeten, zusammen mit der OECD und anderen internationalen Organisationen an einer besseren Einbindung der Entwicklungsländer in die Überlegungs- und Entscheidungsfindungsprozesse zu BEPS zu arbeiten. Der Stab folgte dieser Aufforderung im Rahmen von technischer Hilfe und Informationsveranstaltungen, darunter ein Internationaler Steuerdialog mit Entwicklungsländern während der Frühjahrstagung 2015 und bei der jährlichen Steuerkonferenz für Länder Asiens, die von der Abteilung Fiskalpolitik veranstaltet wird. Die G20 übertrug dem IWF die Führungsrolle bei der Erstellung eines Berichts zum „Wirtschaftlichen und wirksamen Einsatz von Steueranreizen in Niedrigeinkommensländern“ und bat den IWF, gemeinsam mit dem Stab der OECD einen Bericht zur Besteuerung von Offshore-Kapitalerträgen zu erarbeiten.

Bewertung der Angemessenheit von Reserven

Die Devisenreserven von Zentralbanken nehmen einen wichtigen Platz im politischen Instrumentarium der meisten Volkswirtschaften ein.

Zusammen mit solider Politik können sie die Wahrscheinlichkeit von Zahlungsbilanzkrisen senken und Wirtschafts- und Finanzstabilität bewahren helfen.

Zur Unterstützung seiner Mitgliedsländer hat der IWF eine Reihe von Studien zur Angemessenheit von Reserven angefertigt. Den Anfang machte das Papier „Assessing Reserve Adequacy“ (Bewertung der Angemessenheit von Reserven), das Ansätze zur Anhäufung von Reserven bewertete, und 2013 folgte ein zweites Papier, das die Rolle von Reserven bei der Vermeidung und Abfederung von Krisen untersuchte und überlegte, wie die Anleitung durch den IWF zu diesem Thema zu intensivieren sei. Beide Papiere wurden vom Exekutivdirektorium erörtert.

Im Januar 2015 besprach das Direktorium eine Folgearbeit, die auf diesen Studien aufbaut und ein Regelwerk für die Erörterung von Fragen zur Angemessenheit der Reserven im Rahmen der Artikel-IV-Konsultationen umreißt. Die Arbeit sollte unter anderem Richtlinien zur wünschenswerten Ausstattung mit Reserven für die einzelnen Länder bieten und dazu die Instrumente zur Quantifizierung von

Risiken bereitstellen, damit die Regierungen die Höhe der Ausstattung bestimmen können.

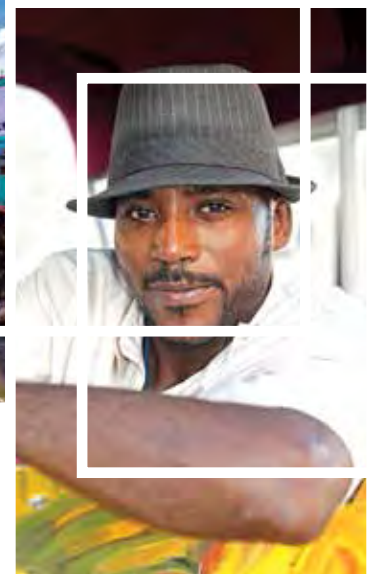
Das neue Regelwerk klassifiziert Länder nach der Stärke ihres Marktzugangs, der Tiefe und Liquidität ihrer Märkte und nach der Flexibilität ihrer Volkswirtschaften. Für jede Ländergruppe schlägt das Papier Regelwerke vor, die das für die jeweiligen Umstände angemessene Niveau an Reserven bewerten helfen. Damit dies gelingt, liefert der Bericht weitere Anleitungen zur Bewertung der Reserven für spezielle Ländertypen innerhalb dieser Kategorien. Zum Beispiel erweitert das Papier bei den vertiefenden oder aufstrebenden Marktwirtschaften die Anleitung für Länder mit Maßnahmen zur Steuerung von Kapitalflüssen, für rohstoffintensive Länder und für die an den Dollar gebundenen Volkswirtschaften.

Bei seiner Bewertung des Papiers, das im April 2015 veröffentlicht wurde, war das Exekutivdirektorium der einhelligen Meinung, dass

Reserven im Verbund mit soliden Politiken und Fundamentaldaten erheblich dazu beitragen können, die Wahrscheinlichkeit von Zahlungsbilanzkrisen zu senken und die Wirtschafts- und Finanzstabilität zu bewahren.

Die meisten Exekutivdirektoren sprachen sich für eine systematische Erörterung der Fragen zur Angemessenheit von Reserven in den Überwachungsberichten des IWF aus, die die Analysen des Stabs und die Politikberatung bereichern könnten.

Die Exekutivdirektoren waren allgemein der Meinung, dass die Tiefe und Ausrichtung der Diskussion von den Umständen des jeweiligen Landes abhängen und die Aspekte



reflektieren sollte, die für die außenwirtschaftliche Stabilität des Landes sowie für die globale Stabilität relevant sind. In dieser Hinsicht sollte die Diskussion, so die Direktoren, die Angemessenheit der Reserven für Vorsorgezwecke, die von den Behörden benannten vorsorglichen und nicht vorsorglichen Ziele für die Reservebestände und die Kosten der Reserven reflektieren.

Damit das vereinbarte Regelwerk in die Tat umgesetzt werden kann, sprachen sich die meisten Exekutivdirektoren für die Ausarbeitung einer Stabsrichtlinie aus, die der geplanten Antwort der Geschäftsführung auf die Erkenntnisse der Evaluierung durch das IEO von 2012 „International Reserves—IMF Concerns and Country Perspectives“ (Internationale Reserven – Bedenken des IWF und Länderperspektiven) entspricht.

Überarbeitung der Normen zur fiskalischen Transparenz

Fiskalische Transparenz ist entscheidend für wirksame Haushaltsführung und Rechenschaftspflicht. Sie stellt sicher, dass Regierungen ein genaues Bild ihrer fiskalischen Position und Aussichten haben, wenn sie wirtschaftliche Entscheidungen treffen – so auch die langfristigen Kosten und Vorteile von Änderungen in der Politik und die potenziellen Gefahren für die öffentlichen Finanzen. Sie liefert auch Parlamentariern, Bürgern und Märkten die Informationen, die sie brauchen, um die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen.

Die neuen Normen zur fiskalischen Transparenz und die Evaluierung des IWF sind Teil dieser laufenden Bemühungen, den Mitgliedsländern des Fonds bei der Stärkung ihrer Fiskalpolitik, Überwachung und Rechenschaftspflicht zu helfen. Ein Papier, das vom Exekutivdirektorium 2014 gebilligt wurde,

stellte die neuen Normen und die Evaluierung vor, die den Kodex von 2007 und das Fiskalmodul der IWF-Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes ersetzen.

Transparenz zur Stärkung der fiskalischen Überwachung

Die Arbeit ist Teil der laufenden Bemühungen der Abteilung Fiskalpolitik, in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen, die fiskalische Überwachung und Kapazitätsentwicklung des IWF zu stärken.

Die neuen Normen und die Evaluierung reflektieren die Lehren aus der weltweiten Finanzkrise, enthalten Entwicklungen internationaler Standards und bauen auf Gesprächen mit Stakeholdern auf.

Die Normen zur Fiskalischen Transparenz sind der weltweite Standard für die Offenlegung von Daten zu öffentlichen Finanzen. Sie bestehen aus einem Satz Prinzipien, die sich um vier „Säulen“ gruppieren: 1) fiskalisches Berichtswesen, 2) fiskalische Prognosen und Haushaltsplanung, 3) Analyse und Steuerung fiskalischer Risiken sowie 4) Verwaltung von Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft. Bei jedem Prinzip unterscheiden die Normen zwischen einfachen, guten und fortgeschrittenen Praktiken, um Länder mit klaren Meilensteinen auf dem Weg zur vollständigen Einhaltung der Normen zu versorgen und ihre Anwendbarkeit auf alle Mitgliedsländer des IWF sicherzustellen. Säulen 1–3 sind bereits erschienen, und Säule 4 soll im GJ 2016 fertiggestellt werden. Säule 4 wird die ersten drei Säulen für rohstoffreiche Länder ergänzen und die Ergebnisse aus Gesprächen mit Stakeholdern und der Öffentlichkeit reflektieren.

Bewertungen zur fiskalischen Transparenz erfassen die Einhaltung dieser Normen durch die Länder. Die Länder erhalten eine umfassende Bewertung ihrer Praktiken zur Fiskalischen Transparenz im Vergleich zu dem von den Normen geforderten Standard; quantifizierte Analysen zu Ausmaß und Quellen fiskalischer Anfälligkeit auf der Grundlage einer Reihe von Indikatoren zur fiskalischen Transparenz; eine zugängliche Zusammenfassung der Stärken im Bereich der fiskalischen Transparenz und Reformpraktiken in Form von Wärmekarten; und die Option eines stufenweisen Aktionsplans zur fiskalischen Transparenz, damit die Länder diese Reformprioritäten leichter angehen können. Die Evaluierung erlaubt auch Bewertungen nach dem Baukastenprinzip, die sich auf die einzelnen Säulen der neuen Normen konzentrieren, um die dringendsten Transparenzprobleme anzugehen. Die Reaktionen von Länderbehörden und anderen beteiligten Gruppen auf diese Evaluierungen fielen sehr positiv aus.

Ein neues Fiscal Transparency Manual

Ende GJ 2016 soll ein neues *Fiscal Transparency Manual* (Handbuch zur fiskalischen Transparenz) in zwei Bänden veröffentlicht werden, das die Umsetzung der Prinzipien und Praktiken der neuen Normen zur fiskalischen Transparenz detailliert erläutert. Band I widmet sich den ersten drei Säulen der Normen und ersetzt das *Manual on Fiscal Transparency* von 2007, während Band II Säule 4 – die Verwaltung von Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft – zum Inhalt haben wird und den vormals separaten *Guide on Resource Revenue Transparency* von 2007 eingliedert.

Die Arbeit des IWF mit Kleinststaaten

„Der IWF ist zur Zusammenarbeit mit Kleinststaaten bereit, um ihnen beim Umgang mit Herausforderungen auf ihrem Entwicklungsweg und beim Aufbau einer Zukunft in Wohlstand zu helfen.“

– Min Zhu, Stellvertretender Geschäftsführender Direktor des IWF, 3. September 2014

Der IWF zählt 42 Mitgliedsländer mit einer Bevölkerung von jeweils weniger als 1,5 Millionen Einwohnern, wobei 33 dieser Länder als kleine Entwicklungsländer klassifiziert sind. Diese Gruppe von Entwicklungsländern wird seit einigen Jahren als „Kleinststaaten“ bezeichnet, obwohl sie auch eine Unterkategorie von „Mikro“-Staaten mit weniger als 200.000 Einwohnern (Stand 2011) umfassen.

Kleinststaaten kommen nicht in den Genuss von Größenvorteilen, was ihre Möglichkeiten zur Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen oder zur Herstellung von Waren für den Welthandel einschränkt. Ihr Wirtschaftswachstum lag im letzten Jahrzehnt hinter gleich gelagerten, aber größeren Ländern zurück, und Mikrostaaten erlebten aufgrund klimatischer und anderer Schocks einen hohen Grad an wirtschaftlicher Volatilität. Der IWF reagierte auf die besonderen volkswirtschaftlichen Bedürfnisse dieser Ländergruppe und untersuchte die besten Wege für Dialog und Unterstützung.

Dieser Prozess wurde 2013 eingeleitet mit einem Stabspapier mit dem Titel „Macroeconomic Issues in Small States and Implications for Fund Engagement“ (Makroökonomische Problemstellungen in Kleinststaaten und ihre Bedeutung für die Fondsarbeit) und von einer Aussprache des Exekutivdirektoriums begleitet. Im Mai 2014 wurde eine Stabsrichtlinie zur Arbeit des IWF mit Kleinststaaten herausgegeben, die die Lehren aus dem Stabspapier von 2013 und der Direktoriumsaussprache konsolidierte. Mit dem Akronym G.R.O.W.T.H. werden fünf zentrale Themenbereiche für den politischen Dialog mit Kleinststaaten identifiziert: Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen („Growth“), Widerstandsfähigkeit gegenüber Schocks („Resilience“), allgemeine Wettbewerbsfähigkeit („Overall Competitiveness“), gangbare Optionen für Haushalts- und Schuldentragfähigkeit („Workable Options“) sowie dünne („Thin“) Finanzsektoren.

Bei der dritten internationalen Konferenz der Vereinten Nationen zu Entwicklungsländern, die kleine Inselstaaten sind, im September 2014 auf Samoa sicherte der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor des IWF Min Zhu die kontinuierliche Unterstützung dieser Länder auf ihrem Weg zu nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung zu.

Da sich viele Kleinststaaten in der Karibik und im Pazifik befinden, spielen die Regionalabteilungen und Technical Assistance Centers des IWF eine führende Rolle dabei, die Bedürfnisse der Kleinststaaten zu erfüllen.

Zur Erleichterung der Kommunikation mit ihren kleineren Mitgliedern führten die IWF-Abteilungen Asien und Pazifikraum sowie Westliche Hemisphäre vor Kurzem die Veröffentlichung regelmäßiger Bulletins ein: „Caribbean Corner“ und „Asia & Pacific Small States Monitor“. Nach der Veröffentlichung der Stabsrichtlinie führte die Abtei-

lung Asien und Pazifikraum einen Lehrgang für Missionsleiter ein, die mit der Überwachung von Kleinstaaten betraut sind.

Die Politikanalyse der beiden Abteilungen wurde auch in einem Papier vom März 2015 über „Macroeconomic Developments and Selected Issues in Small Developing States“ (Makroökonomische Entwicklungen und ausgewählte Problemstellungen in kleinen Entwicklungsländern) vorgestellt, das in Zusammenarbeit mit zwei weiteren Abteilungen verfasst wurde. Dieses Papier wurde vom Direktorium im März erörtert und bot eine Zusammenfassung der jüngsten Entwicklungen und Projektionen seitens des IWF-Stabes sowie themenbezogene Kapitel zu den Herausforderungen, die die Verwaltung der öffentlichen Haushalte in Kleinstaaten mit sich bringt, zur Auswirkung von Währungsabwertungen sowie zum Grad der finanziellen Einbindung.

DATEN

Initiativen zu Daten und Datenstandards

Die Qualität der von den Mitgliedsländern nach dem IWF-Übereinkommen bereitgestellten Daten ist entscheidend für die erfolgreiche Überwachungsarbeit des IWF.

Datenweitergabestandards erhöhen die Verfügbarkeit zeitnaher und umfassender Statistiken, die für die Verfolgung solider makroökonomischer Politik entscheidend sind.

Der im März 1996 aufgestellte Spezielle Datenweitergabestandard (Special Data Dissemination Standard, SDDS) will den Mitgliedern Anleitung geben zur Bereitstellung ihrer Wirtschafts- und Finanzdaten für die Öffentlichkeit. Das Allgemeine Datenweitergabesystem (General Data Dissemination System, GDDS), das im Folgejahr eingeführt wurde, bietet ein Regelwerk, das Ländern bei der Evaluierung ihres Bedarfs helfen soll und Prioritäten für die Verbesserung ihrer Statistiksysteme setzt. 2012 wurde mit dem SDDS Plus ein Rahmen geschaffen, um die während der weltweiten Finanzkrise identifizierten Lücken anzugehen. Der SDDS Plus richtet sich zwar

an Länder mit systemrelevanten Finanzsektoren, doch wird allen Mitgliedern im SDDS die Einhaltung der Richtlinien empfohlen. Im GJ 2015 war eine Gruppe von acht Ländern im SDDS Plus vertreten.

Der SDDS bekam im GJ 2015 keine neuen Mitglieder; da acht Länder in den SDDS Plus vorrückten, lag die Zahl der Mitglieder im SDDS Ende des Geschäftsjahres bei 63 (die Seychellen traten am 1. Mai 2015 bei). Die Cook-Inseln und Mikronesien begannen ihre Mitgliedschaft im GDDS, sodass zum Jahresende die Gesamtzahl der GDDS-Teilnehmer bei 113 lag (ohne die Volkswirtschaften, die im Lauf der Jahre vom GDDS in den SDDS vorgerückt sind).

Mehr als 97 Prozent der Mitgliedsländer des IWF nehmen am GDDS, SDDS oder SDDS Plus teil. Der GDDS zählt 113 Teilnehmer, der SDDS 63 Mitglieder, und der SDDS Plus zählt 8 Vertreter.

Die Abteilung Statistik entwickelt und fördert in Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank die sogenannte Open Data Platform, die die Verbreitung von Daten (einschließlich nachhaltiger Entwicklungsziele) durch die Länderbehörden erleichtern soll. Mehrere Länder Afrikas setzen dieses neue Instrument bereits erfolgreich ein.

Die Datenlückeninitiative (Data Gaps Initiative, DGI) der G20 wurde im Nachgang zur weltweiten Finanzkrise angestoßen und folgt einer Bitte der Finanzminister und Zentralbankgouverneure (FMCG) der G20 an IWF und FSB. Die 20 Empfehlungen zur Schließung von Datenlücken wurden vom Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (International Monetary and Financial Committee, IMFC) befürwortet. Sechs Jahre nach Projektbeginn wurden beträchtliche Fortschritte bei der Schließung der Lücken erzielt. Es hat sich gezeigt, dass die von der DGI gelieferten Daten die politische Arbeit unterstützen, wie Finanzstabilität und Schuldenanalyse, und das Verständnis der inländischen und internationalen Verknüpfungen fördern. Im September 2014 baten die FMCG der G20 das Sekretariat des FSB und den Stab des IWF, bis September 2015 einen Vorschlag für eine zweite Phase der DGI sowie einen abschließenden Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Phase 1 der Initiative auszuarbeiten.



Kreditvergabe

Die Kredite des IWF sollen den Mitgliedsländern helfen beim Umgang mit Zahlungsbilanzproblemen, bei der Stabilisierung ihrer Wirtschaft und Wiederherstellung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums. Die Aufgabe der Krisenlösung bildet den Kern der Kreditvergabetätigkeit des IWF. Gleichzeitig machte die jüngste weltweite Finanzkrise den Bedarf nach wirksamen globalen Finanzsicherheitsnetzen deutlich, damit die Länder negativen Schocks begegnen können. Ein maßgebliches Ziel der jüngsten Reform ist es daher, die traditionelle Aufgabe des IWF der Krisenbeilegung um weitere Instrumente zur Krisenprävention zu ergänzen. Im Gegensatz zu Entwicklungsbanken verleiht der IWF keine Mittel für spezielle Projekte. Im Allgemeinen bietet der IWF zwei Arten von Krediten: Geld zu nicht konzessionären Zinsen und konzessionäre Darlehen für ärmere Länder, die zu niedrigen Zinsen oder in manchen Fällen zinsfrei bereitgestellt werden.

NICHT KONZESSIONÄRE MITTELVERGABE

Im GJ 2015 billigte das Exekutivdirektorium neun Vereinbarungen unter den nicht konzessionären Fazilitäten des IWF in Höhe von insgesamt 80 Mrd. Sonderziehungsrechten (SZR) brutto (112 Mrd. US\$, nicht bereinigt um gekündigte Vereinbarungen und umgerechnet zum Wechselkurs von SZR/\$ am 30. April 2015 von 0,71103 (siehe Tabelle 2.1)). Mehr als 84 Prozent dieser Zusagen entfielen auf sechs vorsorgliche Kreditvereinbarungen unter der Flexible Credit Line (FCL) und der Precautionary and Liquidity Line (PLL), so auch eine FCL mit Zugang zu 47 Mrd. SZR (67 Mrd. US\$) für Mexiko. Die beiden FCL-Vereinbarungen, die für Mexiko und Polen gebilligt wurden, sowie die PLL-Vereinbarung für Marokko sind Neuauflagen früherer Vereinbarungen, die das Ende ihrer Laufzeit erreicht hatten. Die drei verbleibenden vorsorglichen Vereinbarungen waren Stand-By-Kreditvereinbarungen mit Honduras, Kenia und der Republik Serbien in Höhe von insgesamt 1,4 Mrd. SZR (1,9 Mrd. US\$), die von den Behörden bis zur Billigung der Programme als

vorsorglich behandelt wurden. Darüber hinaus billigte das Direktorium eine erweiterte Vereinbarung unter der EFF für die Ukraine mit außergewöhnlichem Zugang in Höhe von 12,348 Mrd. SZR oder 17,5 Mrd. US\$ zur Unterstützung des Anpassungsprogramms der Behörden.

Ende April 2015 betrugen die Auszahlungen unter den Kreditvereinbarungen aus dem Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account, GRA), die als „Käufe“ bezeichnet werden, insgesamt 12,0 Mrd. SZR (16,9 Mrd. US\$), wobei die Käufe der Ukraine 6,5 Mrd. SZR (9,2 Mrd. US\$) oder 54 Prozent ausmachten. Die Rückzahlungen, „Rückkäufe“ genannt, beliefen sich im Geschäftsjahr auf insgesamt 38,0 Mrd. SZR (53,4 Mrd. US\$). Davon waren 20,8 Mrd. SZR (29 Mrd. US\$) vorzeitige Rückkäufe von Irland und Portugal. Große Rückkäufe und festgefahrene Käufe wegen fehlgeleiteter Programme führten dazu, dass der Bestand an GRA-Krediten im GJ 2015 von 81,2 Mrd. SZR (114,2 Mrd. US\$) auf 55,2 Mrd. SZR (78 Mrd. US\$) fiel. Tabelle 2.1 stellt die Vereinbarungen detailliert dar, die im Lauf des Geschäftsjahres

Tabelle 2.1

Unter dem Konto für allgemeine Ressourcen gebilligte Vereinbarungen im GJ 2015

(Millionen SZR)

Mitglied	Art der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE VEREINBARUNGEN			
Georgien	36-monatige Stand-By	30.07.2014	100,0
Honduras	36-monatige Stand-By	03.12.2014	77,7
Kenia	12-monatige Stand-By	02.02.2015	352,8
Marokko	24-monatige Precautionary and Liquidity Line	28.07.2014	3.235,1
Mexiko	24-monatige Flexible Credit Line	26.11.2014	47.292,0
Polen	24-monatige Flexible Credit Line	14.01.2015	15.500,0
Serbien	36-monatige Stand-By	23.02.2015	935,4
Seychellen	36-monatige Extended Fund Facility	04.06.2014	11,4
Ukraine	36-monatige Extended Fund Facility	11.03.2015	12.348,0
Zwischensumme			79.852,5
AUFSTOCKUNGEN DER VEREINBARUNGEN¹			
Bosnien und Herzegowina	33-monatige Stand-By	30.06.2014	84,6
Zwischensumme			84,6
Insgesamt			79.937,0

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Nur der Aufstockungsbetrag ist angegeben.

Weitere Infos: siehe
Finanztätigkeit des
IWF 2014



Tabelle 2.2

Konditionen für Kredite unter dem Konto für allgemeine Ressourcen des IWF

Diese Tabelle zeigt die wichtigsten nicht konzessionären Kreditfazilitäten. Stand-By Arrangements sind seit Langem das wichtigste Kreditvergabeinstrument der Institution. Im Gefolge der weltweiten Finanzkrise von 2007–09 stärkte der IWF sein Instrumentarium zur Kreditvergabe. Kernziel war dabei die Förderung von Instrumenten zur Krisenprävention, was mit Einrichtung der Flexible Credit Line (FCL), der Precautionary and Liquidity Line (PLL) und des Rapid Financing Instrument (RFI) verwirklicht wurde.

Kreditfazilität (Jahr der Verabschiedung) ¹	Ziel	Bedingungen	Abrufstaffelung und Überwachung
KREDITTRANCHEN UND ERWEITERTE FONDSFAZILITÄT²			
Stand-By Arrangements (SBA) (Breitschaftskredit-Vereinbarungen) (1952)	Kurz- bis mittelfristige Hilfe für Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanzproblemen	Die Annahme von Politikmaßnahmen, die erwarten lassen, dass die Zahlungsbilanzprobleme des Mitglieds innerhalb eines annehmbaren Zeitraums gelöst werden können	In der Regel vierteljährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und weiteren Auflagen
Extended Fund Facility (EFF) (Erweiterte Fondsfazilität) (1974) (Extended Arrangements) (Erweiterte Kreditvereinbarungen)	Längerfristige Hilfe zur Unterstützung der Strukturreformen der Mitglieder, um langfristigen Zahlungsbilanzproblemen zu begegnen	Verabschiedung eines maximal 4-jährigen Programms mit Strukturagenda und jährlicher ausführlicher Erklärung zu den Politikmaßnahmen für die kommenden 12 Monate	Viertel- oder halbjährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen
Flexible Credit Line (FCL) Flexible Kreditlinie) (2009)	Flexibles Instrument in den Kredittranchen zur Deckung des gesamten potenziellen oder tatsächlichen Zahlungsbilanzbedarfs	Ex ante sehr starke makroökonomische Eckdaten, wirtschaftspolitisches Regelwerk und politischer Leistungsnachweis	Von vornherein gebilligter Zugang während des gesamten Vereinbarungszeitraums, vorbehaltlich der Halbzeitüberprüfung nach 1 Jahr
Precautionary and Liquidity Line (PLL) (Vorsorge- und Liquiditätslinie) (2011)	Instrument für Länder mit soliden volkswirtschaftlichen Eckdaten und Politiken	Starke politische Regelwerke, starke Auslandsposition und Marktzugang, einschließlich Solidität des Finanzsektors	Hoher Zugang zu Beginn der Laufzeit, vorbehaltlich halbjährlicher Prüfungen (bei 1- bis 2-jährigen PLL)
SONDERFAZILITÄTEN			
Rapid Financing Instrument (RFI) (2011)	Schnelle Finanzhilfe für alle Mitgliedsländer mit dringendem Zahlungsbilanzbedarf	Bestrebungen zur Lösung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten (kann vorangegangene Maßnahmen einschließen)	Direkte Käufe ohne voll ausgearbeitetes Programm oder Überprüfungen

¹ Die Kreditvergabe des IWF wird hauptsächlich über das von den Mitgliedsländern gezeichnete Kapital finanziert. Jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine finanzielle Verpflichtung darstellt. Ein Mitglied zahlt einen Teil seiner Quote in vom IWF akzeptierten Fremdwährungen ein – oder in Sonderziehungsrechten (SZR) – und den Rest in seiner Landeswährung. Ein IWF-Darlehen wird ausbezahlt oder vom Darlehensnehmer gezogen, indem der Kreditnehmer mit seiner eigenen Währung vom IWF Aktiva in ausländischen Währungen oder SZR kauft. Die Rückzahlung des Darlehens wird erreicht, indem der Kreditnehmer seine Inlandswährung vom IWF mit ausländischer Währung oder SZR zurückkauft.

² Der Gebührensatz für Mittel, die vom Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account, GRA) ausbezahlt werden, wird als Aufschlag auf den wöchentlichen SZR-Zinssatz festgelegt. Der Gebührensatz wird in jedem Finanzquartal des IWF auf den Tagessaldo aller ausstehenden GRA-Ziehungen erhoben. Zusätzlich wird auf jede Ziehung von IWF-Mitteln aus dem GRA, mit Ausnahme von Ziehungen aus der Reservetranche, eine Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Eine im Voraus fällige Bereitstellungsgebühr (15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von bis zu 200 Prozent der Quote, 30 Basispunkte für Beträge über 200 und bis zu 1.000 Prozent der Quote sowie 60 Basispunkte für Beträge über 1.000 Prozent der Quote) wird auf den Betrag angewandt, der in jeder (jährlichen) Periode unter einer SBA, FCL, PLL oder EFF gezogen werden kann; diese Gebühr wird proportional rückerstattet, wenn weitere Ziehungen unter der Vereinbarung erfolgen.

Zugangsgrenzen ¹	Gebühren ²	Laufzeiten (Jahre)	Ratenzahlung
Jährlich: 200 % der Quote; kumulativ: 600 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 300 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 300 % der Quote liegt) ⁴	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 200 % der Quote; kumulativ: 600 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 300 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 300 % der Quote liegt) ⁴	4½–10	Halbjährlich
Keine im Voraus festgelegte Grenze	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 300 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 300 % der Quote liegt) ⁴	3¼–5	Vierteljährlich
500 % der Quote verfügbar bei Billigung der Vereinbarung; insgesamt 1.000 % der Quote nach 12 Monaten zufriedenstellenden Fortschritts	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 300 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 300 % der Quote liegt) ⁴	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 50 % der Quote; kumulativ: 100 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 300 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 3 Jahre über 300 % der Quote liegt) ⁴	3¼–5	Vierteljährlich

³ Kredittranchen beziehen sich auf das Volumen der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zur Quote, die einem Mitglied im IWF zukommt; so sind Auszahlungen von bis zu 25 Prozent der Quote eines Mitglieds Auszahlungen unter der ersten Kredittranche und verlangen von den Mitgliedern, dass sie angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme nachweisen. Anträge auf Auszahlungen von über 25 Prozent werden als Ziehungen in den oberen Kredittranchen bezeichnet; sie erfolgen in Ratenzahlungen und sind an die Erfüllung bestimmter Leistungskriterien gebunden. Diese Auszahlungen sind normalerweise verbunden mit einer Bereitschafts- oder Erweiterten Kreditvereinbarung.

⁴ Aufschläge wurden im November 2000 eingeführt. Am 1. August 2009 trat ein neues Aufschlagsystem in Kraft, das den vorangegangenen Plan ersetzte, der folgendermaßen strukturiert war: 100 Basispunkte über dem Gebührensatz bei einem Volumen von mehr als 200 Prozent der Quote und 200 Basispunkte Aufschlag bei einem Volumen von mehr als 300 Prozent der Quote. Ein Mitglied, das am 1. August 2009 ausstehende Kredite in den Kredittranchen oder unter der Erweiterten Fondsfazilität hatte oder das vor diesem Datum eine gebilligte effektive Vereinbarung hatte, konnte sich wahlweise für das neue oder das alte Aufschlagsystem entscheiden.

Tabelle 2.3

Konzessionäre Kreditvergabefazilitäten

Es gibt drei konzessionäre Kreditvergabefazilitäten für Niedrigeinkommensländer.

	Extended Credit Facility (ECF)	Standby Credit Facility (SCF)	Rapid Credit Facility (RCF)
Ziel	Niedrigeinkommensländern dabei helfen, eine stabile und tragfähige makroökonomische Position zu erreichen und aufrechtzuhalten, die intensive und dauerhafte Armutsbekämpfung und ebensolches Wachstum ermöglicht	Ex ante sehr starke makroökonomische Fundamentaldaten, wirtschaftspolitisches Regelwerk und Leistungsnachweis der Politik	Von vornherein gebilligter Zugang während der gesamten Vereinbarungsdauer, vorbehaltlich einer Zwischenprüfung nach einem Jahr
Zweck	Bekämpfung anhaltender Zahlungsbilanzprobleme	Erfüllung von kurzfristigem Zahlungsbilanzbedarf	Finanzierung mit niedriger Zugangsgrenze zur Erfüllung von dringendem Zahlungsbilanzbedarf.
Ersetzt	Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility, PRGF)	Fazilität für Exogene Schocks – Hohe Zugangskomponente (Exogenous Shocks Facility – High- Access Component, ESF-HAC)	Fazilität für Exogene Schocks – Schnelle Zugangskomponente (Exogenous Shocks Facility – Rapid Access Component, ESF-RAC), subventionierte Notfallhilfe in der Konfliktfolgezeit (Emergency Post-Conflict Assistance, EPCA) und Notfallhilfe bei Naturkatastrophen (Emergency Natural Disaster Assistance, ENDA)
Berechtigung	Länder, die unter dem Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) Anspruch auf Unterstützung haben	Bemühungen zur Lösung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten (kann vorangegangene Maßnahmen einschließen)	Direkte Käufe ohne voll ausgearbeitetes Programm oder Überprüfungen
Qualifikation	Langfristiges Zahlungsbilanzproblem; tatsächlicher Finanzierungsbedarf über die Laufzeit der Vereinbarung, aber nicht unbedingt bei Billigung oder Auszahlung des Kredits	Potenzieller (vorsorgliche Inanspruchnahme) oder tatsächlicher Zahlungsbilanzbedarf über einen kurzen Zeithorizont zum Zeitpunkt der Billigung; für jede Auszahlung ist tatsächlicher Bedarf Voraussetzung	Dringender Zahlungsbilanzbedarf, wenn das Programm der oberen Kredittranche (Upper Credit Tranche, UTC) entweder nicht durchführbar oder nicht notwendig ¹ ist
Poverty Reduction and Growth Strategy	IWF-gestütztes Programm sollte an den Zielen des Landes zu Armutsbekämpfung und Wachstum ausgerichtet sein und die Politiken unterstützen, die Sozial- und andere wichtige Ausgaben schützen		
	Vorlage des Strategiedokuments zur Poverty Reduction Strategy (PRS) bis zur zweiten Prüfung	Vorlage des PRS-Dokuments nicht erforderlich; wenn der Finanzierungsbedarf weiterhin besteht, beantragt der SCF-Nutzer eine ECF mit den entsprechenden PRS Dokumentationsanforderungen	Vorlage des PRS-Dokuments nicht erforderlich; Wechsel zu ECF wird in Fällen wiederholter Inanspruchnahme durch die Ausarbeitung eines Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) ermöglicht
Konditionalität	UCT; Flexibilität bei Anpassungsweg und zeitlicher Abfolge	UCT; zielt auf die Erfüllung eines kurzfristigen Zahlungsbilanzbedarfs ab	Keine UCT und keine Konditionalität auf Grundlage einer Prüfung ex post; Leistungsnachweis dient zur Qualifikation für wiederholte Inanspruchnahme (ausgenommen unter der Schock-Komponente)

	Extended Credit Facility (ECF)	Standby Credit Facility (SCF)	Rapid Credit Facility (RCF)
Zugangsgrenzen	Jährliches Limit 100 % der Quote; kumulatives Limit (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen) 300 % der Quote. Außergewöhnlicher Zugang: Jährliches Limit 150 % der Quote; kumulatives Limit (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen) 450 % der Quote Normen: Zugang geht mit dem insgesamt ausstehenden Kredit zurück; 120 % der Quote, wenn ausstehender Kredit weniger als 100 % der Quote beträgt; 75 % der Quote, wenn ausstehender Kredit 100 % der Quote oder mehr beträgt; als vorsorglich behandelte SCFs haben eine jährliche Zugangsgrenze von 75 % der Quote, eine durchschnittliche Zugangsgrenze pro Jahr von 50 % der Quote² Teillimits (bei fehlender UCT-Konditionalität): 25 % der Quote jährlich; kumulativ 100 % der Quote (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen); unter der Schock-Komponente: 50 % jährlich und 125 % kumulativ (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen)		
Konditionen³	Zinssatz: Null Rückzahlung: 5½–10 Jahre	Zinssatz: 0,25 % Rückzahlung: 4–8 Jahre Bereitstellungsgebühr: 0,15 % auf bereitgestellte, aber nicht gezogene Beträge unter der vorsorglichen Vereinbarung	Zinssatz: Null Rückzahlung: 5½–10 Jahre
Blending	Auf der Grundlage des Pro-Kopf-Einkommens und Marktzugangs; mit Schuldenanfälligkeit verknüpft		
Vorsorgliche Verwendung	Nein	Ja, mit jährlicher Zugangsgrenze von 75 % der Quote und einer durchschnittlichen jährlichen Zugangsgrenze von 50 % der Quote	Nein
Laufzeit und wiederholte Inanspruchnahme	3–4 Jahre (auf 5 verlängerbar); kann wiederholt in Anspruch genommen werden	12–24 Monate; Einsatz begrenzt auf 2½ von beliebigen 5 Jahren ⁴	Direkte Auszahlungen; wiederholte Inanspruchnahme möglich vorbehaltlich Zugangsgrenzen und anderer Auflagen
Gleichzeitige Inanspruchnahme	GRA (Extended Fund Facility/ Stand-By Arrangement)	GRA (Extended Fund Facility/ Stand-By Arrangement) und Policy Support Instrument)	GRA (Rapid Financing Instrument und Policy Support Instrument)

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Die UTC-Standardkonditionalität ist der Satz an programmbezogenen Konditionen, die sicherstellen sollen, dass die Mittel des IWF die Programmziele unterstützen, und eine adäquate Sicherung der IWF-Ressourcen gewährleisten.

² Zugangsnormen gelten nicht, wenn der ausstehende konzessionäre Kredit mehr als 200 % der Quote beträgt. In diesen Fällen wird der Zugang von der Überlegung zur Zugangsgrenze von 300 % der Quote, vom erwarteten künftigen Bedarf an Unterstützung durch den IWF und vom Rückzahlungsplan geleitet.

³ Der IWF prüft die Zinssätze für alle konzessionären Fazilitäten unter dem PRGT alle 2 Jahre; die nächste Prüfung soll Ende 2014 stattfinden. Das Exekutivdirektorium hat angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise eine vorübergehende Zinsfreistellung auf konzessionäre Kredite bis Ende Dezember 2014 gebilligt.

⁴ Als vorsorglich behandelte SCFs zählen nicht für die zeitlichen Beschränkungen.

gebilligt wurden, und Schaubild 2.1 zeigt die Vereinbarungen, die während der letzten zehn Jahre gebilligt wurden. Tabellen 2.2 und 2.3 enthalten allgemeine Informationen über die Finanzierungsinstrumente und -fazilitäten des IWF, während Schaubild 2.2 einen Überblick über die nicht konzessionären ausstehenden Finanzierungssummen der letzten zehn Jahre gibt.

KONZESSIONÄRE MITTELVERGABE

Im GJ 2015 sagte der Fonds im Rahmen seines PRGT Darlehen in Höhe von insgesamt 1,8 Mrd. SZR für die Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen unter seinen Mitgliedern zu. Die ausstehenden konzessionären Kredite von 58 Mitgliedern beliefen sich Ende April 2015 auf insgesamt 6,3 Mrd. SZR. Tabelle 2.4 zeigt ausführliche Daten zu neuen Vereinbarungen und Zugangserhöhungen unter den konzessionären Fazilitäten des IWF und Tabelle 2.5 zur Unterstützung, die der IWF für die von Ebola betroffenen Länder geleistet hat. Schaubild 2.3 zeigt die ausstehenden konzessionären Kredite des letzten Jahrzehnts.

Der IWF gewährte berechtigten Ländern Subventionen mit dem neu geschaffenen Catastrophe Containment and Relief Trust (CCRT), der aus dem PCDR hervorgegangen war. Der im Februar 2015 eingerichtete CCRT dehnte die Umstände, unter denen der IWF seinen einkommensschwachen Mitgliedern außergewöhnliche Hilfe zukommen lassen kann, auf öffentliche Gesundheitskatastrophen aus, die sich rasch über Landesgrenzen hinweg ausbreiten könnten. Der CCRT bietet außergewöhnliche Unterstützung für Länder, die mit massiven Naturkatastrophen, darunter lebensbedrohliche, rasch ausbreitende Epidemien mit dem Potenzial, auch andere Länder zu erfassen, und anderen Katastrophen wie verheerenden Erdbeben konfrontiert sind. Ende April 2015 hatte der IWF unter diesem Treuhandfonds Mittel zur Schuldenerleichterung in Höhe von 68 Mio. SZR an die drei Länder gewährt, die von der Ebola-Epidemie am stärksten betroffen waren (Guinea: 21,42 Mio. SZR, Liberia: 25,84 Mio. SZR und Sierra Leone: 20,74 Mio. SZR).

Neben der Hilfe aus dem CCRT gewährte der IWF berechtigten Ländern bis Ende April 2015 Schuldenerleichterung in Höhe von insgesamt 5,2 Mrd. SZR. Dies umfasst die Hilfe unter der Initiative für hochverschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries, HIPC) über 2,6 Mrd. SZR an 36 Länder; Schuldenerleichterung unter der Multilateralen Entschuldungsinitiative (Multilateral Debt Relief Initiative, MDRI) über 2,3 Mrd. SZR an 30 Länder; Schuldenerleichterung „zusätzlich zu HIPC“ an Liberia sowie Schuldenerleichterung für Haiti unter dem PCDR-Treuhandfonds. Alle Länder, die den Abschlusszeitpunkt unter der erweiterten HIPC-Initiative erreichten, und Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von

Tabelle 2.4
Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen im GJ 2015
(Millionen SZR)

Mitglied	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE 3-JÄHRIGE VEREINBARUNGEN UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY¹		
Ghana	3. April 2015	664,2
Grenada	26. Juni 2014	14,0
Jemen	2. September 2014	365,3
Kirgisische Republik	8. April 2015	66,6
Tschad	1. August 2014	79,9
Zwischensumme		1.190,0
AUFSTOCKUNGEN EINER VEREINBARUNG UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY²		
Burundi	23. März 2015	10,0
Côte d'Ivoire	5. Dezember 2014	130,1
Guinea	11. Februar 2015	45,1
Liberia	26. September 2014	32,3
Sierra Leone	26. September 2014	25,9
Sierra Leone	2. März 2015	51,9
Tschad	27. April 2015	26,6
Zwischensumme		321,9
NEUE VEREINBARUNGEN UNTER DER STANDBY CREDIT FACILITY		
Honduras	3. Dezember 2014	51,8
Kenia	2. Februar 2015	135,7
Zwischensumme		187,5
AUSZAHLUNGEN UNTER DER RAPID CREDIT FACILITY		
Gambia	2. April 2015	7,8
Guinea	26. September 2014	26,8
Guinea-Bissau	3. November 2014	3,6
Liberia	23. Februar 2015	32,3
Madagaskar	18. Juni 2014	30,6
St. Vincent und die Grenadinen	1. August 2014	2,1
Zentralafrikanische Republik	14. Mai 2014	8,4
Zentralafrikanische Republik	18. März 2015	5,6
Zwischensumme		117,0
INSGESAMT		1.816,4

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Früher Poverty Reduction Growth Facility.

² Nur der Aufstockungsbetrag ist angegeben.

Tabelle 2.5

IWF-Unterstützung für Länder, die von der Ebola-Krise betroffen sind, Juni 2014–April 2015

(Millionen SZR, wenn nicht anders angegeben)

	Datum der Genehmigung	Zugesagter Betrag in SZR	Datum der Auszahlung	Ausgezahlter Betrag in SZR
GUINEA				
RCF-Auszahlung	2. Oktober 2014	26,8	2. Oktober 2014	26,8
ECF-Aufstockung ¹	11. Februar 2015	45,1	18. Februar 2015	26,8
Schuldenerleichterung	18. März 2015	21,4	19. März 2015	21,4
Insgesamt		93,3		75,0
LIBERIA				
RCF-Auszahlung	27. Februar 2015	32,3	27. Februar 2015	32,3
ECF-Aufstockung	26. September 2014	32,3	2. Oktober 2014	32,3
Schuldenerleichterung	23. Februar 2015	25,8	24. Februar 2015	25,8
Insgesamt		90,4		90,4
SIERRA LEONE				
ECF-Auszahlung	26. September 2014	25,9	2. Oktober 2014	25,9
ECF-Aufstockung ²	2. März 2015	51,9	6. März 2015	51,9
Schuldenerleichterung	2. März 2015	20,7	3. März 2015	20,7
Insgesamt		98,5		98,5
INSGESAMT		282,3		263,9

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Hinweis: Die an Guinea am 18. Februar 2015 und an Sierra Leone im März 2015 ausgezahlten Beträge enthalten Aufstockungen und reguläre Tranchen bereits gebilligter ECFs.

RCF: Rapid Credit Facility (Schnelle Kreditfazilität).

ECF: Extended Credit Facility (Erweiterte Kreditfazilität).

¹ Die ECF-Aufstockung für Guinea wird in zwei Tranchen ausbezahlt; die zweite ist für eine Prüfung in der nächsten Zeit geplant.² Die Aufstockung spiegelt den Mittelbedarf durch die Ebola-Epidemie sowie durch einen negativen Rohstoffschock wider.

weniger als 380 US\$ und ausstehenden Schulden gegenüber dem IWF Ende 2004 erhielten ebenfalls Schuldenerleichterung unter der MDRI. Afghanistan, Haiti, die Komoren und Togo hatten keine MDRI-berechtigten Schulden beim IWF, während Côte d'Ivoire, Guinea und der Tschad ihre MDRI-berechtigten Schulden bis zum Abschlusszeitpunkt vollständig an den IWF zurückgezahlt hatten. Deshalb erhielten diese Länder vom IWF keine Schuldenerleichterung unter der MDRI.

PROGRAMMGESTALTUNG**Flexiblere Grenzen für Staatsschulden**

Im März 2013 begann das Direktorium mit Gesprächen über eine Reform der IWF-Politik zur Konditionalität bei staatli-

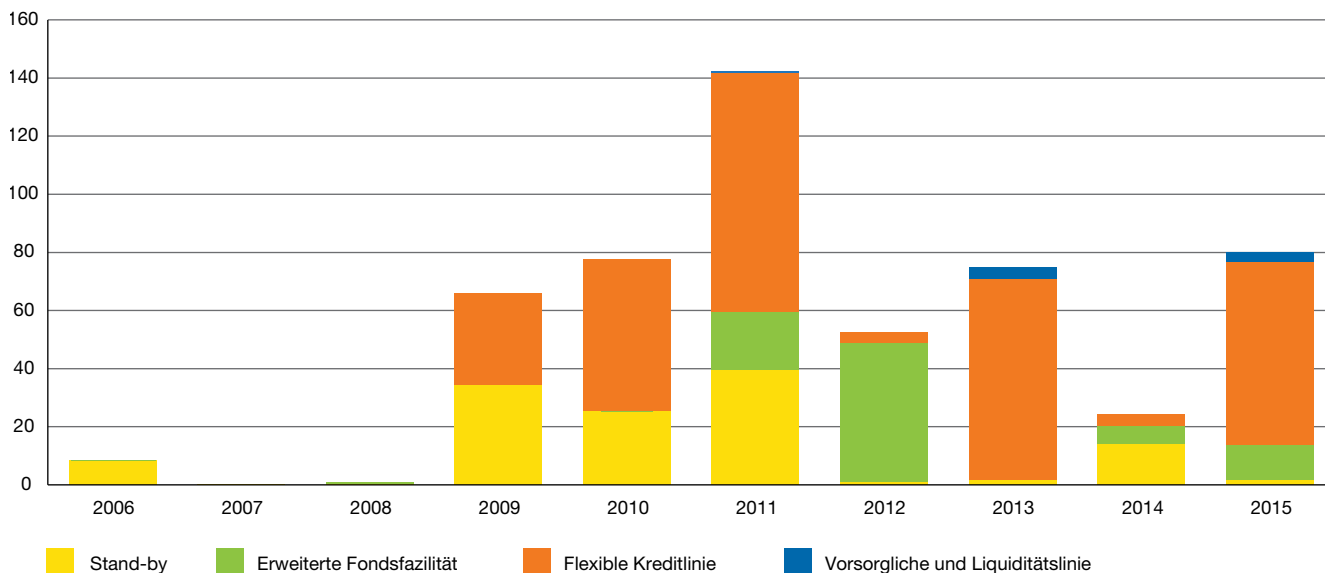
chen Auslandsschulden in fondsgestützten Programmen, die sogenannte Schuldengrenzenrichtlinie. Die Gespräche erfolgten vor dem Hintergrund von Niedrigeinkommensländern, die ihr Wachstum durch höhere Investitionen im öffentlichen Sektor ankurbeln wollten – insbesondere, um große Lücken in der Infrastruktur anzugehen – und gleichzeitig ein breiteres Spektrum an Finanzierungsmöglichkeiten und Grenzen bei der Bereitstellung traditioneller konzessionärer Kredite erlebten.

Die Reform der IWF-Politik zur Schuldenkonditionalität im Jahr 2009 war ein erster Schritt, um diesen neuen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Aber die Erfahrungen mit den Reformen von 2009 verdeutlichten den Bedarf an grundlegenden Reformen, um Ländern zu mehr Flexibilität bei der Finanzierung produktiver Investitionen zu verhelfen und gleichzeitig die Risiken der mittelfristigen Schuldentragfähigkeit einzudämmen.

Schaubild 2.1

In den Geschäftsjahren mit Ende zum 30. April 2006–15 gebilligte Vereinbarungen

(Milliarden SZR)

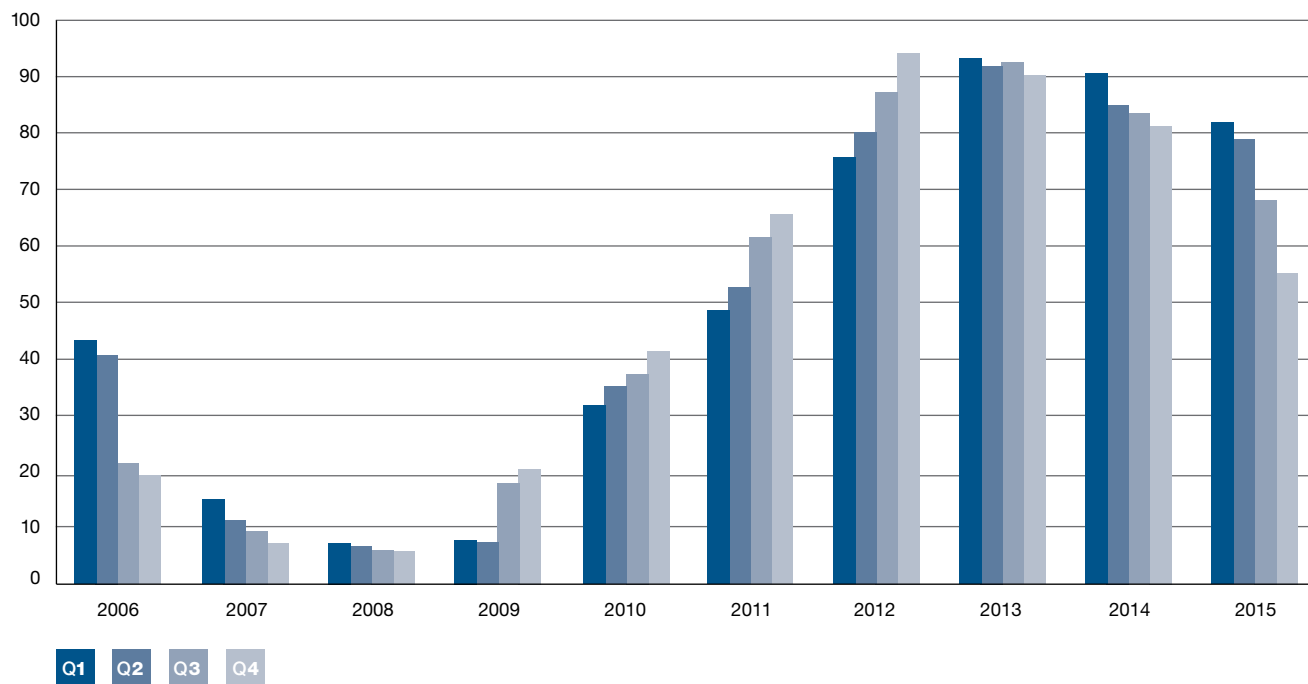


Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Schaubild 2.2

Ausstehende nicht konzessionäre Finanzierungen, GJ 2006–15

(Milliarden SZR)

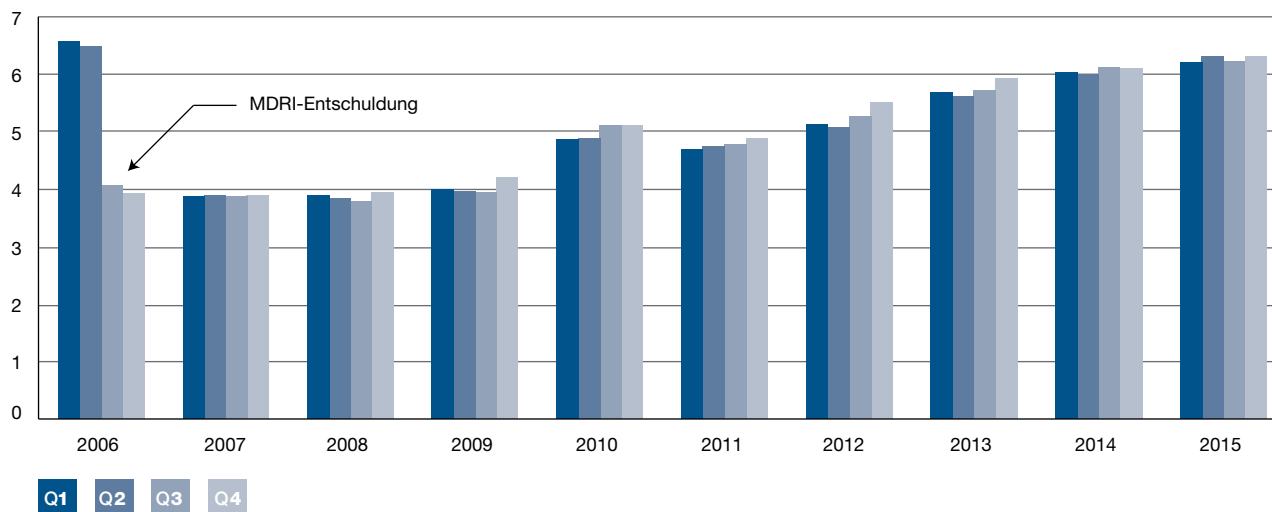


Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Schaubild 2.3

Ausstehende konzessionäre Finanzierungen, GJ 2006–15

(Milliarden SZR)



Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

Hinweis: MDRI: Multilateral Debt Relief Initiative (Multilaterale Entschuldungsinitiative).

Kasten 2.3 Unterstützung für die Erholung Tunesiens

Nach der Revolution im Januar 2011 und einer Periode mit rapidem Wachstumsrückgang verzeichnete die tunesische Wirtschaft trotz eines schwierigen politischen Übergangs und einer ungewissen internationalen Wirtschaftslage eine moderate Erholung.

In der politischen Übergangszeit zu neuen Wahlen machte das Land Fortschritte bei notwendigen Reformen für eine kurzfristige makroökonomische Stabilisierung und beim Umgang mit Herausforderungen, wie dem weitreichenden sozialen und wirtschaftlichen Gefälle und dem fragilen Bankensektor. Die erfolgreiche Abwicklung des politischen Übergangs und die Berufung einer Folgeregierung mit breiter Unterstützung durch das Parlament bieten Gelegenheit, die für diese Herausforderungen benötigten Reformen weiter voranzutreiben. Kernelemente des Regierungsprogramms:

Aufbau fiskalischer und externer Puffer mit der geeigneten Haushalts-, Geld- und Wechselkurspolitik.

Unterstützung des Wachstums durch Behebung entscheidender Schwachstellen auf dem Bankensektor und Verbesserung des Investitionsklimas durch Reformen von Steuer- und Investitionsvorschriften.

Stärkung der sozialen Sicherheitsnetze zum Schutz gefährdeter Gruppen.

Die Behörden senkten zudem regressive Energiesubventionen und schafften Raum für eine Erhöhung der Sozial- und Investitionsausgaben. Dazu gehörten vermehrte Sozialleistungen für gefährdete Haushalte und die Einführung einer Sozialabgabe für Strom, die ärmere Haushalte schützt.

Zur Unterstützung der Reformagenda billigte das Exekutivdirektorium im Juni 2013 eine 24-monatige Bereitschaftskreditvereinbarung (Stand-By Arrangement, SBA) in Höhe von rund 1,75 Mrd. US\$. Im Dezember 2014 schloss das Direktorium die fünfte Überprüfung unter der SBA ab, womit die Gesamtauszahlungen auf 1,15 Mrd. US\$ stiegen, und im Mai 2015 billigte es eine siebenmonatige Verlängerung der SBA bis 31. Dezember 2015.

Der IWF unterstützt Tunesien auch durch fachliche Beratung zu Steuerpolitik und Verwaltung der Einnahmen, zu Verbesserung der öffentlichen Finanzverwaltung, Stärkung der Aufsichtskapazität der Zentralbank und des Sicherheitenregelwerks sowie zur besseren Erstellung monetärer Statistiken.

Im Dezember 2014 befürwortete das Exekutivdirektorium die neue Richtlinie zu Staatsschuldengrenzen in fondsgestützten Programmen. In einer Pressemitteilung kam das Exekutivdirektorium überein, dass die neue Schuldengrenzenrichtlinie Ende Juni 2015 in Kraft treten solle.

Das im Direktorium erörtere Papier versuchte eine Reihe von Bedenken einzubeziehen, die von den Exekutivdirektoren und anderen Stakeholdern angesprochen wurden: 1) Objektivität gegenüber allen Mitgliedern bei der Anwendung der Richtlinie, entsprechend dem Grundsatz der Gleichbehandlung; 2) einheitliche und umfassende Deckung der Schuldengrenzen für konzessionäre und nicht konzessionäre Mittel; sowie 3) Schaffung von Anreizen für Gläubiger zur Bereitstellung und für Schuldner zur Beantragung von konzessionären Darlehen.

Die Exekutivdirektoren begrüßten die Gelegenheit zur Prüfung der Schuldenkonditionalität in fondsgestützten Programmen. Sie betonten, dass Reformen der Richtlinie ein ausgewogenes Verhältnis von Schuldentragfähigkeit einerseits und Kreditnahmevoraussetzungen für Investitionen und Wachstum andererseits schaffen sollten. Sie waren der einhelligen Meinung, dass die Deckung von Schuldengrenzen für konzessionäre und nicht konzessionäre Mittel einheitlich und umfassend sein sollte, und befürworteten den Grundsatz, dass Schuldenkonditionalität für alle Staatsschulden gelten sollte. Es bestand auch Einvernehmen darüber, dass es Anreize für Gläubiger zur Bereitstellung und für Schuldner zur Beantragung von konzessionären Darlehen geben solle.

Die Direktoren waren der Meinung, dass der Einsatz der Schuldenkonditionalität in fondsgestützten Programmen berechtigt sei, wenn ein Mitglied einer beträchtlichen Schuldenanfälligkeit ausgesetzt ist, und dass die Analyse der Schuldentragfähigkeit weiterhin die zentrale Rolle bei der Aufdeckung von Schuldenanfälligkeit spielen solle. Die allgemeinen Prinzipien, die die neue Schuldengrenzenrichtlinie leiten, sollten nach dem Dafürhalten der Direktoren transparent und objektiv angewandt werden, und die Form der eingesetzten Schuldenkonditionalität sollte den landesspezifischen Umständen und Programmzielen Rechnung tragen.

VEREINBARUNGEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Vereinbarungen zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik oder Policy Support Instruments (PSIs) bieten Niedrigeinkommensländern, die keine Finanzhilfe des IWF wünschen oder benötigen, ein flexibles Instrument, um auch

Kasten 2.4 Nullzinspolitik für Niedrigeinkommensländer

Im Dezember 2014 billigte das Exekutivdirektorium die dritte Verlängerung der außergewöhnlichen Freistellung von Zinszahlungen auf konzessionäre Mittel des IWF bis Ende 2016.

Das Exekutivdirektorium befürwortete zunächst die vorübergehende Freistellung von Zinszahlungen auf alle ausstehenden konzessionären PRGT-Kredite bis Dezember 2011 für Mitglieder, die 2009 Anrecht auf Mittel aus dem PRGT hatten. Das Direktorium billigte drei weitere Verlängerungen der außergewöhnlichen Zinsfreistellung, einmal bis Ende Dezember 2012, danach bis Ende 2014 und schließlich bis Ende 2016.

Der PRGT umfasst drei Fazilitäten: die Extended Credit Facility (Erweiterte Kreditfazilität), die flexible, mittelfristige Unterstützung gewährt, die Stand-By Credit Facility (Bereitschaftskreditfazilität) für kurzfristigen und vorsorglichen Bedarf sowie die Rapid Credit Facility (Schnelle Kreditfazilität) für Hilfe in Notsituationen.

ohne eine Kreditvereinbarung Beratung und Unterstützung durch den Fonds zu bekommen. Dieses nichtfinanzielle Instrument ist eine wertvolle Ergänzung der Kreditfazilitäten des IWF im Rahmen des PRGT. PSIs helfen Ländern bei der Ausgestaltung wirkungsvoller Wirtschaftsprogramme, die Gebern, Gläubigern und der allgemeinen Öffentlichkeit deutliche Hinweise zur Stärke der Politiken eines Mitglieds geben.

Im Juli 2014 billigte das Exekutivdirektorium eine neue PSI für Tansania mit drei Jahren Laufzeit. Der IWF hatte zuvor im April die abschließende Prüfung der Wirtschaftsleistung des Landes unter einer Vereinbarung unter der Bereitschaftskreditfazilität und einer früheren PSI zusammen mit den Artikel-IV-Konsultationen beendet. Die PSI für Tansania soll die mittelfristigen Ziele der Behörden unterstützen, darunter die Aufrechterhaltung der makroökonomischen Stabilität und Schuldentragfähigkeit sowie die Förderung von gerechterem Wachstum und Arbeitsplätzen.

Mit Stand vom April 2015 hatten die Exekutivdirektoren 17 PSIs für sieben Mitglieder gebilligt: Kap Verde, Mosambik, Nigeria, Ruanda, Senegal, Tansania und Uganda.



Kapazitäts- entwicklung

Der IWF teilt seine Erfahrung mit Beamten in Mitgliedsländern und bietet ihnen Ausbildung – die sogenannte Kapazitätsentwicklung – mit dem Ziel, Länder beim Aufbau starker Institutionen und bei der Vertiefung ihrer Kompetenzen zur Formulierung und Umsetzung solider Finanz- und makroökonomischer Politiken zu unterstützen. Kapazitätsentwicklung ist eng mit der Überwachungs- und Kreditvergabebetätigkeit des IWF verknüpft und wird von den Mitgliedsländern hoch geschätzt.

Technische Hilfe, die sogenannte Technical Assistance, und Ausbildungsmaßnahmen wurden stark ausgeweitet, um den umfangreichen Bedarf der Mitgliedsländer zu decken (siehe Wärmekarten).

Auf die Kapazitätsentwicklung entfielen ungefähr ein Viertel der Verwaltungsausgaben des IWF im GJ 2015.

Die meisten Ausgaben betrafen die Technical Assistance mit 22 Prozent, während Ausbildung mit 4 Prozent zu Buche schlug (siehe Schaubild 2.4).

Nach einer informellen Sitzung des IWF-Exekutivdirektoriums im April 2014 billigte das Direktorium im September 2014 ein neues Statement zu den Politiken und Praktiken des IWF zur Kapazitätsentwicklung. Das Statement tritt an die Stelle des Politik-Statement zur Technical Assistance des IWF von 2001 und enthält die in dem Strategiepapier zur Kapazitätsentwicklung von 2013

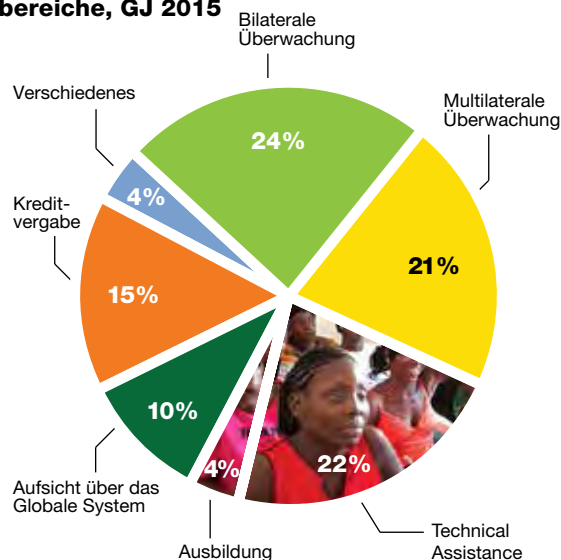
umrissenen Grundsätze, die vom Exekutivdirektorium ebenfalls gebilligt wurden.

Die starke Zunahme der geberfinanzierten Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF seit 2009 verlangsamte sich im GJ 2015, was hauptsächlich auf Engpässe in Institutionen und Ressourcen zurückzuführen ist. Die Gesamtarbeit zur Kapazitätsentwicklung (von Gebern und vom IWF finanziert) belief sich im GJ 2015 auf 242 Mio. US\$, was verglichen mit den 237 Mio. US\$ im GJ 2014 einen Anstieg um 2 Prozent bedeutet (Schaubild 2.5). Die Zunahme extern finanzierter Kapazitätsentwicklung verlangsamte sich im GJ 2015 auf 1,7 Prozent gegenüber 7,2 Prozent im GJ 2014 und 17,4 Prozent im GJ 2013.

TECHNICAL ASSISTANCE

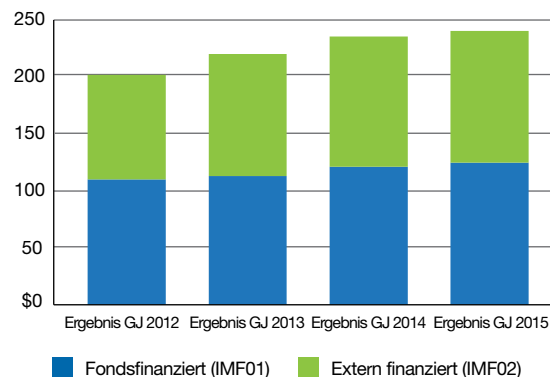
Im GJ 2015 wurde mehr technische Hilfe bereitgestellt, hauptsächlich im Afrika südlich der Sahara, in der Region Asien und Pazifikraum und in Regionen der westlichen Hemisphäre (Schaubild 2.6).

Schaubild 2.4
Kostenverteilung der wichtigsten Aufgabenbereiche, GJ 2015



Quelle: Büro für Haushalt und Planung, ACES.

Schaubild 2.5
Ausgaben für Kapazitätsentwicklung, GJ 2012–15
(Millionen US-Dollar)

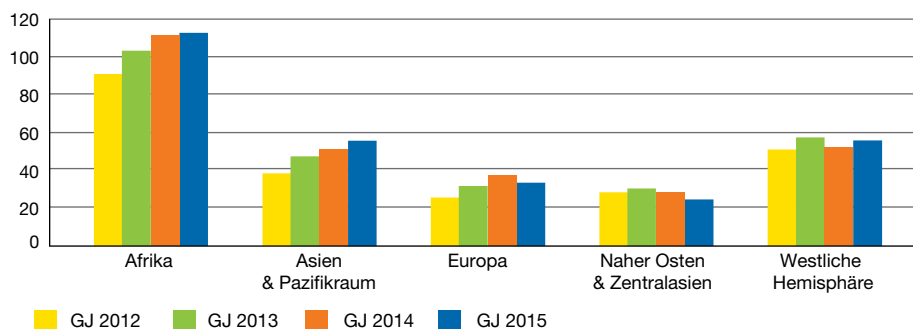


Quelle: Büro für Haushalt und Planung, ACES.

Schaubild 2.6

Bereitstellung von Technical Assistance nach Region, GJ 2012–15

(in Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)



Quelle: IMF Travel Information Management System.

Ungefähr die Hälfte der gesamten technischen Hilfe des IWF ging auch in diesem Jahr an Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen (Schaubild 2.7).

Die Länder Afrikas südlich der Sahara erhielten im GJ 2015 den Löwenanteil der technischen Hilfe, was auf die hohe Anzahl an einkommensschwachen

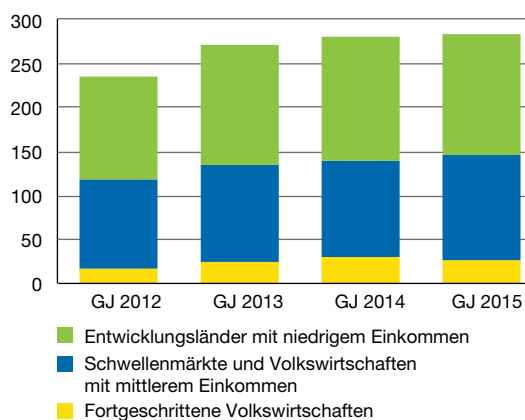
Entwicklungsländern in dieser Region zurückzuführen ist.

Die Anfragen vonseiten der Mitgliedsländer ließen Technical Assistance zu Währungs- und Finanzthemen und zu Statistikthemen in der letzten Zeit steigen (Schaubild 2.8). Fiskalische Themen sind auch weiterhin ein Kernbereich der vom IWF geleisteten technischen Hilfe. Der IWF arbeitet zudem an der Entwicklung eines Instrumentariums zur Bewertung öffentlicher Haushalte, um die analytische

Schaubild 2.7

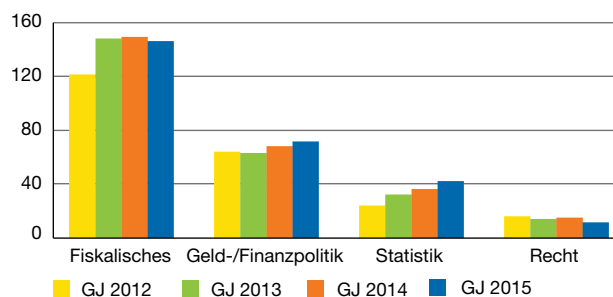
Bereitstellung von Technical Assistance nach Einkommensgruppe, GJ 2012–15

(in Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)



Quelle: IMF Travel Information Management System.

Schaubild 2.8

Bereitstellung von Technical Assistance nach Themenbereich, GJ 2012–15 (in Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)

Quelle: IMF Travel Information Management System.

Kasten 2.5 Instrumente zur Bewertung der öffentlichen Haushalte

Die standardisierten Instrumente zur Bewertung der öffentlichen Haushalte des IWF bewerten die in den Ländern verfügbaren fiskalischen Regelwerke von Institutionen und helfen bei der Benennung von Prioritäten für Fiskalreformen und Technical Assistance.

Revenue Administration Fiscal Information Tool (RA-FIT) sammelt und analysiert Steuer- und Zolldaten und legt Grundindikatoren für die Leistung der Verwaltung fest. Ein erster Bericht basierend auf den Beiträgen von 85 Ländern in der ersten Runde der Datenerhebung wurde 2014 ausgearbeitet. Über ein Online-Datenerfassungsportal wurde 2014 und 2015 eine zweite Runde zur Datenerhebung durchgeführt. Ziel der laufenden Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen ist, RA-FIT zur Standard-Plattform für die Erfassung, Analyse und Weitergabe von Daten der Einkommensverwaltung zu machen.

Revenue Administration Gap Analysis Program (RA-GAP) schätzt die Lücke zwischen aktuellen und potenziellen Eintreibungen von Einkünften. Ausführliche Schätzungen zu Mehrwertsteuerlücken wurden im Lauf des GJ 2015 von vier auf acht Länder ausgedehnt.

Tax Administration Diagnostic Assessment Tool (TADAT) ist ein Regelwerk für die standardisierte Bewertung der Leistung der Steuerverwaltung, um die Priorisierung und Abfolge von Reformen zu verbessern; das Instrument wird in enger Zusammenarbeit mit internationalen Partnern entwickelt und gesteuert. TADAT befindet sich noch in der Pilotphase, und im GJ 2015 wurden vier weitere Länderpilotprojekte erfolgreich abgeschlossen. Bevor das Regelwerk zur allgemeinen Verwendung im November 2015 veröffentlicht wird, soll es noch in etwa sieben weiteren Ländern getestet werden. Mitte Mai 2015 wurde ein Online-Kurs zur Schulung künftiger TADAT-Gutachter eingeführt.

Fiscal Transparency Evaluations (FTEs) ersetzen das fiskalische Modul der Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes. Sie bieten eine um vier Säulen gruppierte Struktur zur Bewertung der Qualität der veröffentlichten Daten mit starker Ausrichtung auf die Erkennung und Steuerung fiskalischer Risiken. Im GJ 2015 wurden fünf neue FTEs veröffentlicht, und weitere FTEs sind für das GJ 2016 geplant. Das

Regelwerk soll mit der Fertigstellung der Säule 4 zur Verwaltung von Einkünften aus Rohstoffen und des *Fiscal Transparency Manual* im GJ 2016 abgeschlossen werden.

Fiscal Analysis of Resource Industries (FARI) ist ein Modellierungsregelwerk zur Durchführung fiskalischer Analysen der Rohstoffindustrien. FARI ist ein wirkungsvolles Instrument, wenn es um Evaluierung, Vergleich und Ausgestaltung fiskalischer Methoden für die Rohstoffindustrie (RI) geht, denn es analysiert durch ausführliche Modellierung einer bestimmten fiskalischen Methode, wie jährliche Projekt-Cashflows über die Lebensdauer eines RI-Projekts zwischen Investoren und öffentlicher Hand aufgeteilt werden.

Public-Private Partnership Fiscal Risk Assessment Model (P-FRAM) ist ein Analyseinstrument zur Bewertung der potenziellen fiskalischen Kosten und Risiken aus öffentlich-privaten Partnerschaften. Es soll einen strukturierten und koordinierten Prozess zur Erhebung relevanter Daten, zur Quantifizierung der Auswirkungen auf Defizit und Schulden und zur Durchführung einer Empfindlichkeitsanalyse gegenüber Veränderungen in maßgeblichen makroökonomischen und projektspezifischen Parametern liefern.

Public Investment Management Assessment (PIMA) zielt darauf ab, die Stärke von Verwaltungspraktiken zu öffentlichen Investitionen umfassend zu bewerten. Es evaluiert, wie Institutionen ihre Entscheidungen in drei entscheidenden Stadien formen: Planung, Zuweisung und Implementierung der Investitionen. PIMAs bewerten institutionelle Stärken und Schwächen und geben praktische Empfehlungen zur Verbesserung der Institutionen zur Verwaltung von öffentlichen Investitionen. Das PIMA-Regelwerk tritt im GJ 2016 in die Pilotphase.



Grundlage für fiskalische Überwachung zu stärken, Strukturreformen im Bereich der öffentlichen Haushalte zu leiten und Prioritäten für technische Hilfe zu setzen. Derzeit werden sieben Hauptinstrumente für die Bewertung öffentlicher Haushalte eingesetzt oder geprüft (siehe Kasten 2.5).

Höhepunkte des Kapazitätsaufbaus im Bereich öffentlicher Haushalte

Der IWF reagierte rasch, um den Bedarf sowohl an längerfristiger Kapazitätsentwicklung und dringenderer technischer Hilfe in einer breit gefächerten Palette von Ländern zu erfüllen. In der **Ukraine** hat der IWF ein breit aufgestelltes Technical-Assistance-Programm etabliert, das unter anderem folgende Projekte unterstützt: Reformen zur Stärkung der langfristigen Kapazität der Behörden, solide makroökonomische und Finanzsektorpolitiken zu formulieren und umzusetzen, sowie Reformen des Rentensystems und der Energiesubventionen, Entwicklung eines Regelwerks zur Verwaltung staatlicher Unternehmen, Prüfung der Verwaltungssysteme für die öffentlichen Finanzen sowie die Bewertung von steuerpolitischen Fragen, wie die Besteuerung superreicher Einzelpersonen, Aufstellung eines institutionellen Regelwerks zur Korruptionsprävention, Sozialversicherungsbeiträge, landwirtschaftliche und

internationale Besteuerung sowie subnationale Besteuerungsvollmächte. In **Ägypten** und **Tunesien** leistete der IWF Unterstützung für die Verwaltung der öffentlichen Finanzen und für Reformen der Steuer- und Einkommensverwaltung.

Der IWF leistet Beratung in rohstoffreichen Ländern, die auf eine Verringerung der Volatilität der Einkünfte und eine Verbreiterung der Einkommensbasis abzielt.

In **Angola** gewährt der IWF technische Hilfe zur Reform der Treibstoffsubventionen und zur Modernisierung der Einkommensverwaltung. In **Tansania** richtete sich die Unterstützung des IWF auf die Ausarbeitung eines haushaltspolitischen Regelwerks zur Verwaltung von Einkünften aus der Erdgasförderung. In **Kenia** half der IWF bei der Ausgestaltung und Umsetzung der neuen fiskalischen Maßnahmen zur Verwaltung der Erdöleinkünfte. Die **Mongolei** war eines der ersten Länder, die von einem neuen Schema zu den Einkünften aus Rohstoffen profitierte, das der IWF mit dem Ziel entwickelt hatte, die Transparenz dieser Einkommensflüsse zu erhöhen und zur Mobilisierung der Inlandseinkünfte beizutragen. Dieses Schema wur-

de von der Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor (Extractive Industries Transparency Initiative, EITI), einem globalen Standard zur Förderung eines offenen und verantwortungsvollen Umgangs mit Rohstoffen, befürwortet. Im **Libanon** hielt der IWF verschiedene interaktive Workshops mit den Behörden zu steuerpolitischen Fragen für den aufstrebenden Gassektor des Landes. Der IWF half auch bei der Einführung eines neuen Verbraucherpreisindex, der deutlich verbesserte Kompilationsmethoden, darunter einen größeren Erfassungsbereich, anwendet.

In Reaktion auf die **Ebola-Epidemie in Westafrika** stellte der IWF dringend benötigte Technical Assistance vom Hauptquartier und vom Regional Technical Assistance Center (RTAC) in West Africa (AFRITAC West 2) aus bereit. Diese Hilfe umfasste auch Beratung für Liberia zur Endphase der Implementierung einer halbautonomen Einkommensbehörde und die Planung zur Einführung einer Mehrwertsteuer. Technische Hilfe aus der Ferne erhielten auch Sierra Leone mit dem Ziel, die Kapazität der Steuerbehörde zur Bewertung und Eintreibung von Einkünften aus der Rohstoffindustrie zu verbessern, und Guinea zur Aufrechterhaltung der Kapazität zur Verwaltung der öffentlichen Finanzen und zur weiteren Verbesserung der Statistiken zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Höhepunkte des Kapazitätsaufbaus im Währungs- und Finanzsektor

Im Währungs- und Finanzsektor vertiefte der IWF seine Arbeit ebenfalls und führte neue Programme zur technischen Hilfe ein, um Finanzstabilität in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu fördern. Es wurden umfassende technische Hilfsprogramme auf bilateraler und regionaler Ebene umgesetzt, um Schwachstellen im Finanzsektor zu identifizieren und anzugehen, die Regelwerke zu Regulierung und Aufsicht zu stärken, die Darlehensprogramme des IWF zu unterstützen und institutionelle Kapazitäten aufzubauen.

Zum Beispiel trug die technische Hilfe zur Bankenaufsicht in Kambodscha, Myanmar, Nepal und den Philippinen zur Einrichtung der grundlegenden Infrastruktur für Aufsicht und Regulierung bei, um die Finanzstabilität zu sichern.

Myanmar erhielt zudem Unterstützung zu Themen wie Geldwirtschaft, Devisenmärkte und Finanzmanagement der Zentralbank. Länder in



der Karibik bekamen technische Hilfe zum Thema Bankenaufsicht und Bankenabwicklung. Die technische Hilfe für Barbados, Belize, Jamaika und Suriname widmete sich der Verbesserung der Funktionstüchtigkeit ihrer inländischen Schuldenmärkte und dem Zentralbankwesen. Währungs- und Finanzsektorhilfe für fragile Länder und Länder in der Konfliktfolgezeit ging an die Demokratische Republik Kongo, Somalia und den Südsudan.

Im **Südsudan** betraf die technische Hilfe die Unterstützung der Finanz- und makroökonomischen Stabilität durch Stärkung der institutionellen Kapazität der Bank of South Sudan, und trotz Unterbrechungen aufgrund von Sicherheitsproblemen im Land ging die Arbeit an den Regelwerken weiter voran. In **Somalia** konzentrierte sich die Hilfe – mit Unterstützung eines neuen geberfinanzierten Treuhandfonds (siehe den nachfolgenden Abschnitt über die Unterstützung von Gebern) – auf den Aufbau der Kerntätigkeit der Zentralbank und den Aufbau von Kapazitäten für die Aufsicht und Überwachung des Finanzsektors. Ein über mehrere Jahre angelegtes Programm in der **Demokratischen Republik Kongo** erzielte weitere Fortschritte bei der Stärkung der Aufsicht und Regulierung des Finanzsektors und bei der Umsetzung des Modernisierungsprogramms der Zentralbank.

Höhepunkte des Kapazitätsaufbaus im Bereich Statistik

Die Tätigkeit des IWF zur Kapazitätsentwicklung im Bereich **makroökonomische Statistiken** ist in den letzten Jahren (GJ 2012–15) um 76 Prozent gestiegen. Dieses Wachstum war möglich dank enger Partnerbeziehungen zu Gebern, die es dem IWF erlaubten, auf die steigende Nachfrage nach Kapazitätsentwicklung infolge der weltweiten Finanzkrise und ihrer Auswirkungen zu reagieren.

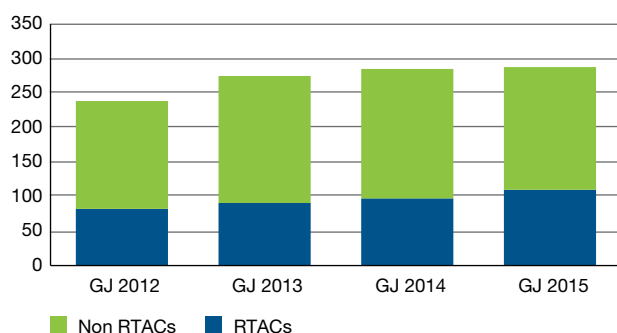
In der Region Asien und Pazifikraum begannen beispielsweise 15 Länder mit der Zusammenstellung und Weitergabe von Statistiken zu Zahlungsbilanz und Auslandsvermögensstatus (International Investment Position, IIP), die dem *Balance of Payments and International Investment Position Manual (BPM6)* entsprechen; außerdem haben 11 Länder erstmals beim IWF Statistiken zu Zahlungsbilanz oder IIP zur Veröffentlichung eingereicht. Darüber hinaus nahmen 11 Länder Asiens die Meldung jährlicher Statistiken zu öffentlichen Finanzen an den IWF auf, wobei neun von ihnen Daten mit hoher Häufigkeit melden. Sechs Länder starteten ihre Beteiligung an der vierteljährlichen Datenbank von IWF und Weltbank zu Schulden des öffentlichen Sektors.

Im Bereich Statistiken der Realwirtschaft sind folgende Ergebnisse von Bedeutung: die Umsetzung des *System of National Accounts 2008*, der jüngsten Fassung des internationalen Statistikstandards für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Ver-

Schaubild 2.9

Bereitstellung von Technical Assistance durch Regional Technical Assistance Centers (RTACs), GJ 2012–15

(in Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)



Quelle: IMF Travel Information Management System (TIMS).

einten Nationen in Belarus, Bosnien, Mazedonien, Moldawien, Montenegro und Serbien, die Erstellung vierteljährlicher volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen in Bosnien, Moldawien und Montenegro sowie Fortschritte in der Qualität von Preis- und Warenhandelsstatistiken in einigen Empfängerländern.

Die Nachfrage nach rechtlicher Unterstützung aus am Programm teilnehmenden und nicht teilnehmenden Ländern hielt im GJ 2015 an und erstreckte sich auf die Bereiche Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, Finanz- und Haushaltsgesetzgebung, Insolvenz und Justizreform. Beim Thema Steuerrecht gewannen neue Aspekte wie die rechtlichen Grundlagen für die Steuerverwaltung und die Besteuerung von Rohstoffen im GJ 2015 an Bedeutung.

RTACs sind die Stützpfeiler der praktischen und längerfristigen Unterstützung für die Umsetzung von Reformen und Anleitung der Länderbehörden zu einer Vielzahl von fiskalischen und makroökonomischen Statistiken und Finanzsektorbereichen, wie Verwaltung der öffentlichen Finanzen, Steuerverwaltung, makrofiskalische Analyse, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Bankenaufsicht und -regulierung, Geld- und Devisenwirtschaft sowie Schuldenmanagement.

Die vom IWF über RTACs gewährte Technical Assistance erreichte mit 38,3 Prozent der im GJ 2015 insgesamt bereitgestellten Unterstützung einen Höchststand (Schaubild 2.9).

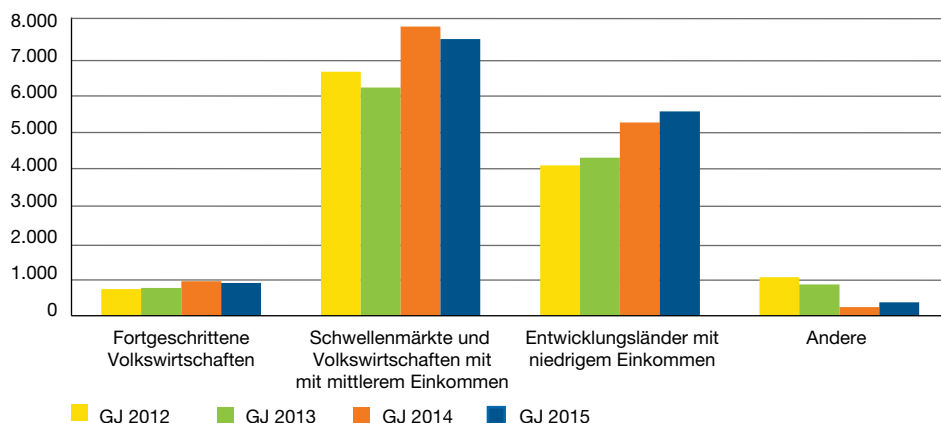
Derzeit bedienen neun Zentren Länder in Afrika, in der Karibik, in Mittelamerika, im Nahen Osten und im Pazifikraum.

AUSBILDUNG

Die Ausbildungsmaßnahmen des IWF sind integraler Bestandteil des IWF-Mandats zur Kapazitätsentwicklung und wollen makroökonomischen Entwicklungen und politischen Herausforderungen weltweit, Bedürfnissen der Mitglieder und technischen Innovationen Rechnung tragen. Im vergangenen Jahr führte das Institut für Kapazitätsentwicklung des IWF neue Themen von strategischer Bedeutung für die Mitglieder ein, wie Schuldentragfähigkeit und Reformen der Energiesubventionen. Die Lehrgänge umfassen Vorträge zur Theorie, Analyseinstrumente und praktische Workshops. Die Online-Kurse des IWF, die allen

Schaubild 2.10

Bereitstellung von ICD-Ausbildungsprogrammen nach Einkommensgruppe, GJ 2012–15 (in Teilnehmerwochen an der Ausbildung)



Quelle: Participant and Applicant Tracking System (PATS).

Personen mit einem Internetanschluss kostenfrei zur Verfügung stehen, wuchsen weiter; es gab einen neuen Kurs zur Reform der Energiesubventionen und die französische Übersetzung des Lehrgangs Financial Programming and Policies, Part 1. Die Online-Ausbildung stieg rapide um 38 Prozent auf 13 Prozent der gesamten Ausbildung des IWF im GJ 2015.

Im GJ 2015 bot der IWF seinen Mitgliedern 345 Lehrgänge, an denen 11.315 Beamte teilnahmen. Der Löwenanteil der IWF-Ausbildung entfiel mit rund 53 Prozent der gesamten Ausbildung im Geschäftsjahr auf die Schwellenmärkte (Schaubild 2.10). Was die regionale Verteilung anbelangt, erhielten Afrika südlich der Sahara, Asien und Pazifikraum sowie der Nahe Osten und Zentralasien im Lauf des Jahres das größte Volumen an IWF-Ausbildung (Schaubild 2.11).

GEBERMITTEL FÜR KAPAZITÄTSENTWICKLUNG

Gebermittel unterstützen weiterhin die Möglichkeiten des IWF zur Bereitstellung von Technical Assistance und Ausbildung für seine Mitgliedsländer. Neue Beiträge in Höhe von insgesamt 145 Mio. US\$ gingen im GJ 2015 ein, und die von Gebern finanzierten Maßnahmen beliefen sich auf

insgesamt 152 Mio. US\$. Der IWF nutzt externe Mittel für die Kapazitätsentwicklung auf verschiedenen Wegen, so etwa über RTACs, Regionale Ausbildungszentren, Thematische Treuhandfonds und bilaterale Partnerschaften.

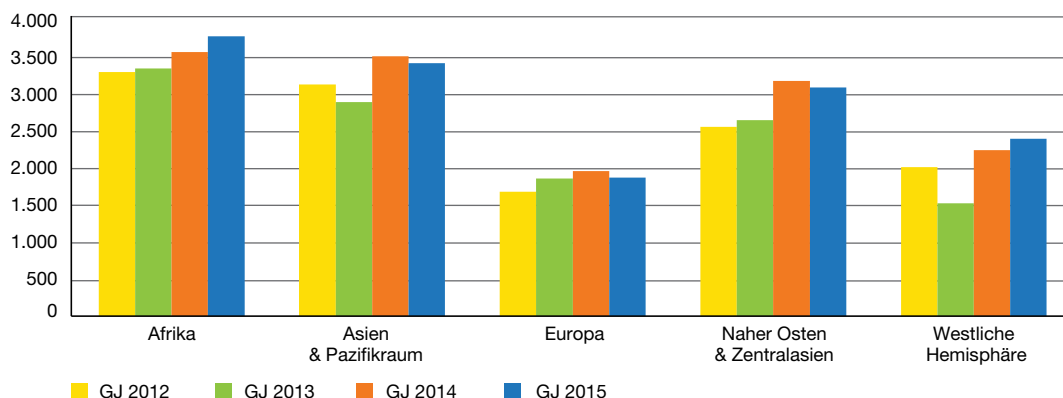
Instrumente mehrerer Geber erwiesen sich als wirksam bei der Technical Assistance und Ausbildung für Länder mit niedrigem Einkommen und Länder mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich. Das Netz aus neun RTACs im Pazifik, Nahen Osten, in Afrika, in der Karibik und in Mittelamerika bot praktische Unterstützung und Ausbildung. Mit der Unterstützung dieser Zentren erzielten die Mitgliedsländer spürbare Ergebnisse bei der Umgestaltung ihrer Wirtschafts- und Finanzinstitutionen. Thematische Treuhandfonds bieten Spezialberatung nach den neuesten Forschungsergebnissen und nutzen die globalen Erfahrungen des IWF. Es gibt derzeit zwei länderorientierte und sieben themenbezogene Thematische Treuhandfonds.

Im GJ 2015 fand die erfolgreiche Einführung des Somalia Trust Fund for Capacity Development mit einer Zusage von Gebermitteln in Höhe von 6,6 Mio. US\$ statt. Mit dem Beitrag Norwegens von 3,1 Mio. US\$ im Lauf des Jahres ist das 10,2 Mio. US\$ umfassende Programm im Treu-

Schaubild 2.11

Bereitstellung von ICD-Ausbildungsprogrammen nach Region, GJ 2012–15

(in Teilnehmerwochen an der Ausbildung)



Quelle: Participant and Applicant Tracking System (PATS).

handfonds für den Südsudan jetzt voll ausgestattet. Eine zweite Fünfjahresphase für den Treuhandfonds zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung begann im Mai 2014. Der neue Tax Administration Diagnostic Assessment Tool Trust Fund trägt zur Verbesserung der Steuerverwaltungsfunktionen in Mitgliedsländern bei.

Unabhängige Evaluierungen von fünf RTACs, des Thematischen Treuhandfonds zu Steuerpolitik und Verwaltung und des Thematischen Treuhandfonds zur Verwaltung von Rohstoffreichtum befanden, dass diese Instrumente relevante, wirksame und hochwertige Dienste zur Kapazitätsentwicklung leisten.

Der IWF weitete seine Partnerschaften mit langjährigen Gebern bei bilateral finanzierten Projekten aus. Die fünf größten Geber für den Kapazitätsaufbau des IWF sind Japan, die Europäische Union, Kanada, das Vereinigte Königreich und die Schweiz. Japan leistete als größter Geber neue Beiträge in Höhe von insgesamt 29,6 Mio. US\$ für die Finanzierung von Technical Assistance und Ausbildung, darunter zwei Stipendienprogramme.

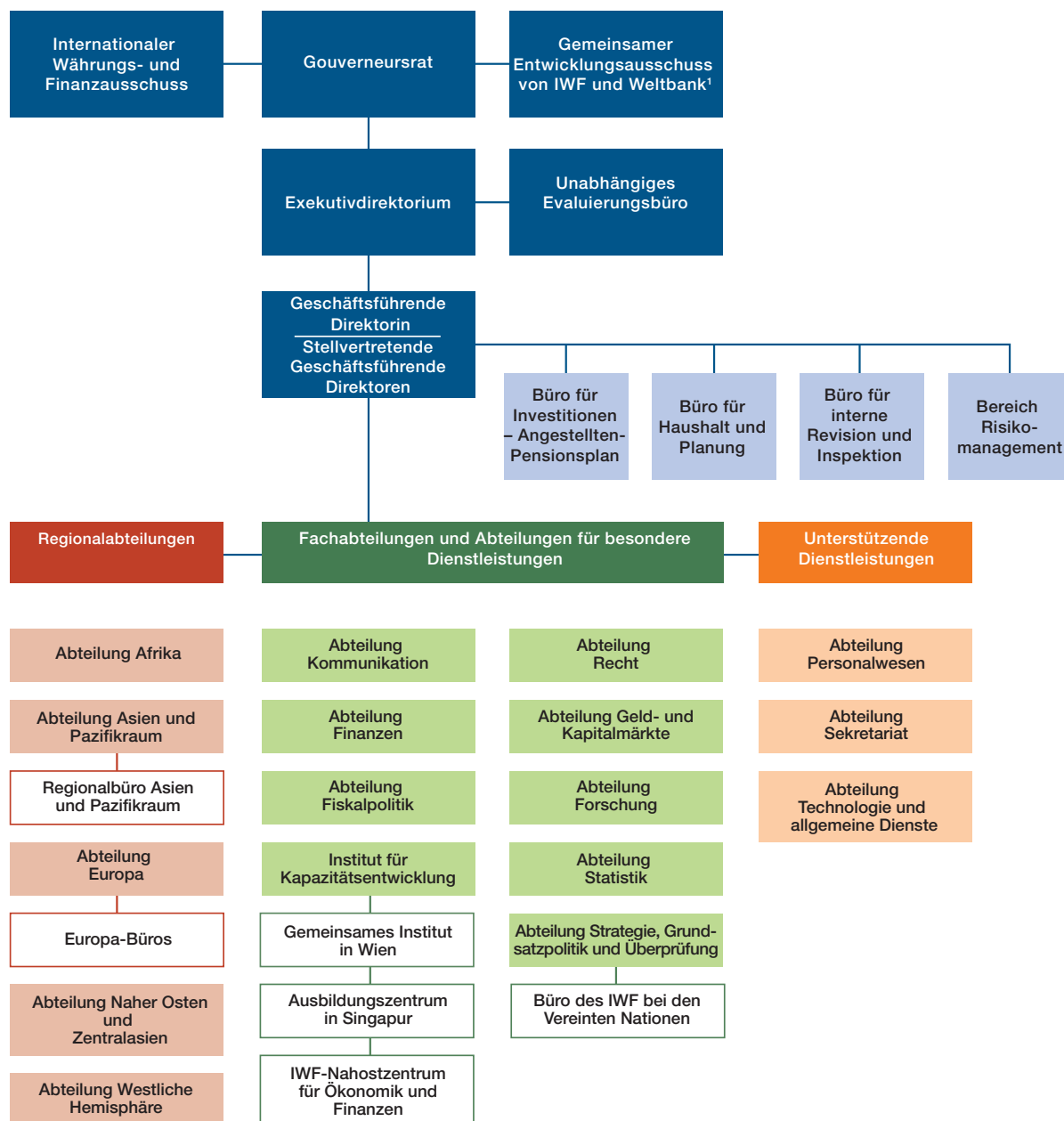
Der IWF und das Department for International Development des Vereinigten Königreichs (DFID) vereinbarten ein neues Projekt zur Verbesserung der makroökonomischen Statistiken in 44 Ländern Afrikas und des Nahen Ostens, wobei das DFID in den nächsten fünf Jahren ungefähr 9,3 Mio. US\$ zur Unterstützung der Kapazitätsentwicklung bereitstellen wird.

Die frühere Enhanced Data Dissemination Initiative war die erste Phase eines vom DFID finanzierten Statistikprojekts für Afrika, das vom IWF in den Jahren 2010 bis 2015 implementiert wurde. Es erzielte viele konkrete Ergebnisse und half zahlreichen Ländern dabei, erstmalig vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, IIP-Statistiken und Indikatoren zur Solidität der Finanzen zu erstellen, ihre volkswirtschaftliche Gesamtrechnung neu auszurichten, ihre Geldstatistiken auszuweiten, die Häufigkeit und Genauigkeit öffentlicher Finanzstatistiken zu steigern sowie die Datenweitergabe durch Veröffentli-

chung nationaler Datenzusammenfassungen und Vorabveröffentlichungskalendern auszudehnen. Außerdem wurden weitere Länder in das GDDS und in den SDDS des IWF aufgenommen.

Organigramm des IWF

Stand vom 30. April 2015



¹ Der formelle Titel lautet: Gemeinsamer Ministerausschuss der Gouverneursräte von IWF und Weltbank für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer (Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Transfer of Real Resources to Developing Countries).

Teil 3

Finanzen, Organisation und Rechenschaftspflicht

Das Exekutivdirektorium des IWF zählt 24 Mitglieder und ist verantwortlich für das Tagesgeschäft des IWF. Gemeinsam vertreten die 24 Exekutivdirektoren alle 188 Mitgliedsländer des IWF. Große Volkswirtschaften wie die Vereinigten Staaten und China haben ihren eigenen Sitz im Gremium, aber die meisten Länder sind zu Stimmrechtsgruppen zusammengeschlossen, die vier oder mehr Länder vertreten. Die größte Stimmrechtsgruppe umfasst 23 Länder.

beim IWF

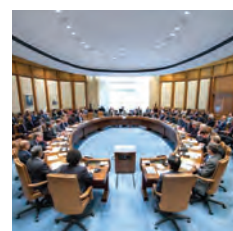


Im Lauf des GJ 2015 feierte das Exekutivdirektorium des IWF die he-

rausragende Karriere seines Doyen Shakour Shaalan, der 22 Jahre lang Bahrain, den Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, die Malediven, Oman, Syrien, die Vereinigten Arabischen Emirate sowie sein Heimatland Ägypten im Direktorium vertreten hat. Zuvor war er ab 1961 für den Stab des IWF tätig – also insgesamt 54 Jahre beim IWF. Als Exekutivdirektor leistete Herr Shaalan wichtige Beiträge zur Arbeit der Institution, insbesondere in den Bereichen Überwachung, Quoten und Stimmrecht und bei der gerechten Behandlung der einzelnen Mitglieder. 2007 wurde er zum Doyen der Exekutivdirektoren gewählt und im Oktober 2014 trat er in den Ruhestand.

formelle Direktoriumssitzungen

242



Das Direktorium kommt in der Regel mehrmals pro Woche zu Sitzungen zusammen.

Seine Arbeit basiert größtenteils auf Papieren, die von Geschäftsführung und Stab des IWF ausgearbeitet werden.

Das Direktorium erörtert ein breites Spektrum an Themen – von den jährlichen Gesundheitschecks der Volkswirtschaften in den IWF-Mitgliedsländern bis hin zu wirtschaftspolitischen Fragen, die für die Weltwirtschaft von Relevanz sind.

Direktoriumssitzungen zu Ländern

179



Das Direktorium trifft normalerweise konsensbasierte Entscheidungen; manchmal werden aber auch

formelle Abstimmungen durchgeführt. Es finden auch informelle Gespräche statt, um komplexe Politikfragen zu erörtern, die noch nicht zur Abstimmungsreife gelangt sind.

54 Jahre

Finanzen, Organisation und Rechenschaftspflicht

Im GJ 2015 bewegte sich der IWF, wie auch in den beiden Geschäftsjahren zuvor, in einem real unveränderten Haushaltsrahmen. Stärkere Ausnutzung und Umschichtung des Haushalts ermöglichten dem IWF die Erfüllung neuer Anforderungen. Das Einkommen des IWF stammt in erster Linie aus seiner Kreditvergabe- und Investmenttätigkeit. Der IWF verfügt über ein umfassendes Prüfungsregelwerk, das die sich jeweils ergänzenden, doch unterschiedlichen Aufgaben wie externe Prüfung und interne Revision sowie den externen Rechnungsprüfungsausschuss umfasst. Der IWF beschäftigt 2.611 Mitarbeiter aus 147 Ländern.

HAUSHALT UND EINKOMMEN

Mittelfristiger Haushalt

Im April 2014 billigte das Exekutivdirektorium im Zusammenhang mit dem mittelfristigen Haushalt für die Geschäftsjahre 2015-17 Nettoverwaltungs Ausgaben von insgesamt 1.027 Mio. US\$ für das GJ 2015. Darüber hinaus billigte das Direktorium eine Grenze für Bruttoausgaben in Höhe von 1.265 Mio. US\$, worin ein Vortrag von bis zu 42 Mio. US\$ unangetasteter Mittel aus dem GJ 2014 für Ausgaben im GJ 2015 enthalten ist (Tabelle 3.1). Es bewilligte auch Kapitalausgaben in Höhe von 52 Mio. US\$ für Gebäudeeinrichtungen und Informationstechnologie.

Die Arbeit des IWF konzentrierte sich im Berichtsjahr weiterhin auf die nachhaltige Unterstützung der immer noch schleppenden globalen Erholung, eine Priorität für alle Mitgliedsländer – von den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, vor allem in Europa, über die Schwellenmärkte bis hin zu einkommensschwachen Entwicklungsländern. Die tatsächlichen Nettoverwaltungs Ausgaben im GJ 2015 beliefen sich auf 1.010 Mio. US\$ und fielen damit um 17 Mio. US\$ niedriger aus als veranschlagt. Diese Budgetunterschreitung zeugt wie bereits im Vorjahr von einer besseren Ausschöpfung der verfügbaren Mittel. Da mehr Stellen im IWF besetzt wurden, stiegen die Personalausgaben; die Kosten für die Jahres- und Frühjahrstagungen stiegen zum Teil wegen der Sanierung des Gebäudes HQ1, und die Kosten für die physische und IT-Sicherheit in den Überseebüros nahmen zu.

Die veranschlagten Kapitalausgaben für Gebäudeeinrichtungen und Informationstechnologie (IT) beliefen sich auf insgesamt 136 Mio. US\$ und enthielten auch in früheren Jahren bewilligte Summen. Die IT-Ausgaben betrugen insgesamt 29 Mio. US\$ und wurden für wichtige Erneuerungen und Aufbesserungen der Infrastruktur, für Datenverwaltungsprojekte und IT-Sicherheit verwendet. Das auf mehrere Jahre ausgelegte Renovierungs- und Sanierungsvorhaben für HQ1, das eine Nutzung des Gebäudes während der laufenden Arbeiten vorsieht, schritt weiter voran.

Für den Finanzausweis werden die Verwaltungsausgaben des IWF gemäß den internationalen Standards für die Rechnungslegung (International Financial Reporting Standards, IFRS) nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung verbucht. Diese Standards verlangen die periodengerechte Buchführung und die Bewertung und Amortisierung von Kosten für Lohnnebenleistungen auf der Grundlage versicherungsmathematischer Bewertungen. Tabelle 3.2 zeigt einen ausführlichen Abgleich zwischen dem Ergebnis des Nettoverwaltungs Haushalts in Höhe von 1.010 Mio. US\$ für das GJ 2015 und den IFRS-basierten Verwaltungsausgaben von 1.262 Mio. US\$ (857 Mio. SZR), die im geprüften Finanzausweis des IWF für das Jahr genannt sind.

Im April 2015 verabschiedete das Direktorium den Haushalt für das GJ 2016 und bewilligte Verwaltungsausgaben von netto 1.052 Mio. US\$ mit einer Obergrenze für Bruttoverwaltungs Ausgaben bei 1.290 Mio. US\$, einschließlich bis zu 43 Mio. US\$ Vortrag aus unangetasteten Mitteln des GJ 2015. Dem Direktorium wurden außerdem vorläufige Haushalte für die GJ 2017 und 2018 vorgelegt. Zum vierten Mal in Folge blieb die Obergrenze für Nettoverwaltungs Ausgaben (ohne Vortrag) real unverändert gegenüber dem Vorjahr. Der Kapitalhaushalt wurde mit 42 Mio. US\$ angesetzt; davon entfallen 28 Mio. US\$ auf Investitionen im IT-Bereich und 14 Mio. US\$ auf Gebäudeprojekte. Die Aufstellung des Haushalts setzte stark auf einen wirtschaftlichen Betrieb der Organisation, damit neue wie laufende strategische Prioritäten berücksichtigt werden konnten. Die Abteilungen bemühten sich vermehrt um die Verlagerung von Ressourcen aus weniger bedeutenden Maßnahmen und um Effizienzsteigerungen, damit auch in einem flachen Haushaltsrahmen die neuen Prioritäten der Global Policy Agenda erfüllt werden können.

Tabelle 3.1

Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2014–18

(Millionen US-Dollar)

	GJ 2014		GJ 2015		GJ 2016	GJ 2017	GJ 2018
	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Haushalt	Haushalt
VERWALTUNGS-AUSGABEN							
Personal	861	829	893	862	910	934	960
Reisekosten ¹	123	117	128	112	131	125	126
Gebäude und sonstige	190	203	196	204	197	200	204
Rücklagen für Eventualfälle	12	...	7	...	10	10	10
Haushaltsausgaben insg. brutto	1.186	1.149	1.224	1.177	1.248	1.269	1.300
Einnahmen ²	-179	-160	-197	-167	-196	-200	-205
Haushaltsausgaben insgesamt netto	1.007	989	1.027	1.010	1.052	1.070	1.095
Vortrag ^{3,4}	42	...	42	...	43		
Haushaltsausgaben insgesamt, einschließlich Vortrag	1.049	989	1.069	1.010	1.094	1.070	1.095
Kapitalausgaben⁵							
Gebäudeeinrichtungen und IT	41	144	52	136	42	47	49
davon Sanierung HQ1				96			

Quelle: IWF-Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

¹ GJ 2016 enthält Reisekosten zu den Jahrestagungen im Ausland.² Einschließlich geberfinanzierter Maßnahmen, Kostenteilungsvereinbarungen mit der Weltbank, Verkauf von Publikationen, Parkgebühren und sonstiger Einnahmen.³ Vortrag unangetasteter Mittel aus dem Vorjahr nach bestehenden Regeln.⁴ Der Vortrag und der gebilligte Haushalt definieren die Grenze der Bruttoausgaben.⁵ Kapitalausgaben können im Allgemeinen über einen Zeitraum von drei Jahren verteilt werden. Ein Großbauprojekt wie die Sanierung des HQ1 ist eine Ausnahme, hier werden die Ausgaben auf fünf Jahre verteilt.

Einkommen, Gebühren, Vergütung, Lastenteilung und Überprüfung der Gebühren und Fälligkeiten des IWF

Einkommensmodell

Seit seiner Gründung erzielt der IWF den Hauptanteil seines Einkommens aus seiner Kreditvergabebetätigkeit; in den letzten Jahren hat der IWF seine Einkommensquellen

jedoch breiter gestreut. Die Reserven des IWF werden seit 2006 investiert, um zusätzliches Einkommen zu generieren. 2008 verabschiedete das Exekutivdirektorium des IWF ein neues Einkommensmodell mit einer Dotation, die mit den Gewinnen aus dem Verkauf eines begrenzten Teils der Goldbestände der Institution finanziert wird. Mit der Fünften Änderung des IWF-Übereinkommens trat im Februar 2011 ein weiteres wichtiges Element des neuen Einkom-

mensmodells in Kraft; zudem wurden die Investitionsbefugnisse des IWF erweitert, sodass der Fonds jetzt seine Investmentstrategie im Lauf der Zeit anpassen und höhere Renditen auf seine Investitionen erzielen kann.

Gebühren

Angesichts der starken Kreditvergabetätigkeit sind die Gebühren, die auf ausstehende Kredite erhoben werden, nach wie vor die Haupteinkommensquelle des IWF. Im Lauf der Zeit werden jedoch der relative Beitrag zum Einkommen des IWF aus Investmentrenditen und insbesondere der Ertrag aus den Investitionen von Geldern der Dotation steigen, die über einen Zeitraum von drei Jahren verteilt sind (die Finanzierung der strategischen Vermögensstrukturierung begann im März 2014). Der Grundgebührensatz (Zinssatz) auf nicht konzessionäre IWF-Finanzierung umfasst den SZR-Zinssatz sowie einen in Basispunkten ausgedrückten Aufschlag. Für die GJ 2015 und 2016 einigte sich das Exekutivdirektorium darauf, den Aufschlag für die Gebühr bei 100 Basispunkten zu belassen. Nach der vom Exekutivdirektorium im Dezember 2011 verabschiedeten Regel wird der Aufschlag so festgelegt, dass er die Vermittlungskosten des IWF im Zusammenhang mit der Kreditvergabe deckt und die Aufstockung seiner Reserven ermöglicht. Darüber hinaus sieht die Regel eine Gegenprüfung vor, um sicherzustellen, dass der Gebührensatz angemessen an die Marktkonditionen für langfristige Kredite angeglichen ist.

Bei großen Kreditsummen (mehr als 300 Prozent der Quote eines Mitglieds) in den Kredittranchen* und unter Erweiterten Kreditvereinbarungen werden sogenannte volumenbasierte Aufschläge von 200 Basispunkten erhoben. Der IWF

* Kredittranchen beziehen sich auf die Größe der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zur Quote des Mitglieds im IWF. Auszahlungen bis zu 25 Prozent der Quote eines Mitglieds verstehen sich als Auszahlungen unter der ersten Kredittranche und verlangen, dass die Mitglieder angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme nachweisen. Auszahlungen über 25 Prozent werden als Ziehungen der oberen Kredittranche bezeichnet. Sie erfolgen in Raten, die ausbezahlt werden, wenn der Kreditnehmer bestimmte Leistungsziele erreicht. Diese Auszahlungen erfolgen in der Regel im Zusammenhang mit Standby- oder Extended Arrangements (sowie der neuen Flexible Credit Line). Zugang zu den IWF-Mitteln außerhalb einer Vereinbarung ist selten und wird voraussichtlich auch so bleiben.

Tabelle 3.2

Im Abschlussbericht ausgewiesene Verwaltungsausgaben, GJ 2015

(in Millionen US-Dollar, wenn nicht anders angegeben)

ERGEBNIS DES VERWALTUNGSHAUSHALTS, NETTO, GJ 2015	1.010
ZEITLICHE VERSCHIEBUNGEN	
Kosten für Pensionen und Sozialleistungen nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses	247
Kapitalausgaben – Amortisierung der Ausgaben des laufenden und der vorhergehenden Jahre	46
NICHT IM VERWALTUNGSHAUSHALT ENTHALTENE BETRÄGE	
Kapitalausgaben – unmittelbar gemäß den International Financial Reporting Standards verbuchte Posten	41
Rückerstattung an das General Department (aus dem Poverty Reduction and Growth Trust, Catastrophe Containment and Relief Trust (vormals Post-Catastrophe Debt Relief Trust) und die Abteilung Sonderziehungsrechte	(82)
Im geprüften Abschlussbericht ausgewiesene Verwaltungsausgaben, insgesamt	1.262
MERKPOSTEN	
Im geprüften Abschlussbericht ausgewiesene Verwaltungsausgaben, insgesamt (Millionen SZR)	857

Quellen: IWF-Abteilung Finanzen und Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück. Die Umrechnungen basieren auf dem effektiven gewichteten durchschnittlichen Wechselkurs von US\$/SZR während des GJ 2015 von 1,47.

erhebt zudem zeitbasierte Aufschläge von 100 Basispunkten auf den Einsatz großer Kreditsummen (gleiche Grenze wie oben), die mehr als 36 Monate lang überfällig sind.

Neben den Grundgebühren und Aufschlägen erhebt der IWF auch Servicegebühren, Bereitstellungsgebühren und Sondergebühren. Auf jede Kreditziehung aus dem GRA, ausgenommen Reservetranchenziehungen, wird eine Servicegebühr von 0,5 Prozent erhoben. Auf Vereinbarungen aus dem GRA, wie etwa Standby, Vereinbarungen zur Extended oder Flexible Credit Line und zur Precautionary Liquidity Line, wird für die in jedem 12-Monatszeitraum verfügbaren Beträge eine

rückerstattungsfähige Bereitstellungsgebühr erhoben. Bereitstellungsgebühren betragen 15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge bis zu 200 Prozent der Quote, 30 Basispunkte auf zugesagte Beträge über 200 Prozent und bis zu 1.000 Prozent der Quote und 60 Basispunkte auf zugesicherte Beträge über 1.000 Prozent der Quote. Die Gebühren werden im Verhältnis zu den erfolgten Ziehungen erstattet, wenn die Ziehung unter der Vereinbarung erfolgt. Der IWF erhebt außerdem Sondergebühren auf überfällige Tilgungszahlungen und auf Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Vergütung und Zinsen

Was die Ausgabenseite anbelangt, zahlt der IWF seinen Mitgliedern Zinsen (Vergütung) auf ihre Gläubigerpositionen im GRA (sogenannte Reservetranchenpositionen). Das IWF-Übereinkommen schreibt vor, dass der Vergütungssatz nicht über dem SZR-Zinssatz und nicht unter 80 Prozent des SZR-Zinssatzes liegen darf. Der Vergütungssatz entspricht derzeit dem SZR-Zinssatz. Der IWF zahlt auch Zinsen zum SZR-Satz auf seine ausstehenden Kreditnahmen unter den bilateralen Darlehen und Wechselkaufvereinbarungen sowie den erweiterten Neuen Kreditvereinbarungen (New Arrangements to Borrow, NAB).

Lastenteilung

Die Gebühren- und Vergütungssätze werden gemäß einem Lastenteilungsmechanismus angepasst, der die Kosten überfälliger Verbindlichkeiten gleichmäßig zwischen Schuldner- und Gläubiger-Mitgliedern verteilt. Einkommensverlust aufgrund von Zinsen, die sechs oder mehr Monate überfällig sind, wird im Rahmen der Lastenteilung durch die Erhöhung des Gebührensatzes und Senkung des Vergütungssatzes ausgeglichen. Die auf diese Weise eingezogenen Beträge werden bei Begleichung der unbezahlten Gebühren zurückerstattet.

Im GJ 2015 betrugen die Anpassungen für unbezahlte vierteljährliche Zinsgebühren im Durchschnitt weniger als 1 Basispunkt. Dies ist auf das aktuelle Niveau an überfälligen

Verpflichtungen und der Kreditvergabe sowie das herrschende Niedrigzinsumfeld zurückzuführen. Der berichtigte Gebühren- und der Vergütungssatz lagen im GJ 2015 bei durchschnittlich 1,06 bzw. 0,06 Prozent.

Nettoertrag

Der Nettoertrag des IWF lag im GJ 2015 bei 1,6 Mrd. SZR, was hauptsächlich auf Einkünfte aus der hohen Kreditvergabetätigkeit und auf Einkünfte aus den im Investment Account gehaltenen Investitionen zurückzuführen ist. Nach Maßgabe der International Financial Reporting Standards (in ihrer gültigen Fassung IAS 19, Employee Benefits) enthält der Nettoertrag für das Geschäftsjahr einen Verlust von 0,5 Mrd. SZR aus der sofortigen Verbuchung aller geänderten versicherungsmathematischen Annahmen zur Bestimmung der definierten Verpflichtung des IWF zu Pensionen und Sozialleistungen.

Regel zur Festlegung des SZR-Zinssatzes

Im Oktober 2014 änderte das Exekutivdirektorium die Regel zur Festsetzung des SZR-Zinssatzes, um Probleme im Zusammenhang mit dem historischen Tiefstand des SZR-Zinssatzes anzugehen und ein Abgleiten in den Negativbereich zu verhindern. Es wurde deshalb ein Mindestsatz von 0,050 Prozent (5 Basispunkte) eingeführt, und die Rundungskonvention für die Berechnung des SZR-Zinssatzes wurde von zwei auf drei Dezimalstellen geändert. Das Exekutivdirektorium führte eine entsprechende Änderung der Rundungskonvention für den Lastenteilungsmechanismus ein und senkte seine Mindestberichtigung von 1 Basispunkt auf 0,1 Basispunkte.

Der SZR-Zinssatz bietet eine Grundlage für die Bestimmung der Zinsen, die Mitgliedern auf nichtkonzessionäre IWF-Kredite aus den allgemeinen Mitteln des IWF berechnet werden, für die Zinsen, die IWF-Mitgliedern auf ihre vergüteten Gläubigerpositionen gegenüber dem IWF (Reservetranchenpositionen) gezahlt werden, für die Zinsen, die Kreditgebern auf ihre ausstehenden Forderungen unter Kreditvereinbarungen gezahlt werden, sowie für die Zinsen, die Kreditgebern auf ihre SZR-Be-

Kasten 3.1 Sicherungsbewertungen: Politik und Maßnahmen

Wenn der IWF einem Mitgliedsland Finanzhilfe gewährt, wird eine Bewertung der Sicherungen durchgeführt. Damit soll in angemessenem Umfang festgestellt werden, ob die Zentralbank des Landes die Mittel des IWF adäquat verwaltet und verlässliche Daten bereitstellt. Sicherungsbewertungen sind diagnostische Untersuchungen der Governance- und Kontrollregelwerke von Zentralbanken und ergänzen die übrigen vom IWF eingesetzten Sicherungsmaßnahmen, wie Zugangsbegrenzung, Konditionalität, Programmgestaltung, Maßnahmen, um fehlerhaften Datenmeldungen zu begegnen, sowie Überwachung in der Folgezeit eines Programms. Sie umfassen eine Bewertung der Geschäfte der Zentralbank in fünf Bereichen: externer Prüfungsmechanismus, rechtliche Struktur und Autonomie, Finanzberichtswesen, interner Prüfungsmechanismus und internes Kontrollsystem. Mit Stand vom April 2015 wurden 272 Bewertungen durchgeführt, die 96 Zentralbanken betrafen; 13 dieser Bewertungen wurden im GJ 2015 fertiggestellt. Darüber hinaus führt der IWF weitere Maßnahmen zur Sicherung durch, solange seine Kreditmittel ausstehen; so überwacht er etwa die Umsetzung von Empfehlungen sowie andere Entwicklungen im Sicherungsregelwerk der Zentralbanken.

Ungefähr 70 Zentralbanken unterliegen derzeit der Sicherungsüberwachung.

Dank der vermehrten Ausrichtung auf die Zusammenarbeit mit maßgeblichen Stakeholdern werden Sicherungsprobleme jetzt stärker beachtet. Zwei Seminare zum Thema Sicherungspolitik und ihre Anwendung wurden am IMF Singapore Regional Training Institute und mit der Joint Partnership for Africa in Tunis abgehalten. Darüber hinaus fand im Dezember 2014 ein hochrangiges Forum zur Zentralbank-Governance in Dubai statt, zu dem Teilnehmer aus 43 Ländern Afrikas, Europas und des Nahen Ostens anreisten. Das Forum wurde gemeinsam mit dem Hawkamah Institute for Corporate Governance veranstaltet und bot eine Plattform für den regionenübergreifenden Dialog zu Herausforderungen und maßgeblichen Praktiken in Prüfungsaufsicht, Governance und Risikomanagement in Zentralbanken.

Das Exekutivdirektorium des IWF prüft die Sicherungspolitik turnusmäßig alle fünf Jahre. Die nächste Prüfung steht im Oktober 2015 an und wird sich auch der Wirksamkeit der Politik und Benennung von Bereichen mit Verbesserungsbedarf widmen.

stände gezahlt und auf ihre SZR-Zuteilungen berechnet werden. Der SZR-Zinssatz wird wöchentlich ermittelt und basiert auf einem gewichteten Durchschnitt repräsentativer Zinssätze auf kurzfristige Schuldinstrumente an den Geldmärkten der Währungen im SZR-Korb, vorbehaltlich einer Untergrenze von 0,050 Prozent.

Verlängerung der Kreditnahmevereinbarungen von 2012

Im September 2014 billigte das Exekutivdirektorium eine Verlängerung der Kreditnahmevereinbarungen von 2012 um ein Jahr. Diese Vereinbarungen sorgten in entscheidendem Maße dafür, dass der IWF über adäquate Mittel verfügt, um

den potenziellen Bedarf seiner Mitglieder beim Eintreten sogenannter Tail-Risks decken zu können.

2012 sagten eine Anzahl von Mitgliedsländern die Aufstockung der IWF-Mittel durch bilaterale Kreditvereinbarungen zu. Nachdem das Exekutivdirektorium die Modalitäten für die Kreditvereinbarungen 2012 verabschiedet hatte, billigte es 35 Vereinbarungen im Gesamtwert von 396 Mrd. US\$ (282 Mrd. SZR); 33 dieser Vereinbarungen über insgesamt 381 Mrd. US\$ (271 Mrd. SZR) sind derzeit wirksam. Die Kreditvereinbarungen von 2012 wurden als zweite Verteidigungslinie nach den Mitteln aus Quoten und NAB konzipiert, bis jetzt aber noch nicht für die Mittelvergabe in Anspruch genommen. Jede Vereinbarung hat zunächst

eine Laufzeit von zwei Jahren und kann bis zu zweimal um jeweils ein Jahr verlängert werden.

Nach dieser Entscheidung, die auf Konsultationen mit den Kreditgebern folgte, wurde die anfängliche Laufzeit der Vereinbarungen von zwei Jahren um ein Jahr verlängert.

Rückstände gegenüber dem IWF

Überfällige Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF fielen von 1.295,5 Mio. SZR Ende April 2014 auf 1.290,8 Mio. SZR Ende April 2015 (Tabelle 3.3). Auf den Sudan entfielen rund 76 Prozent der verbleibenden Rückstände, während Somalia und Simbabwe mit 18 bzw. 6 Prozent zu Buche schlugen. Alle Rückstände gegenüber dem IWF mit Stand vom Ende April 2015 waren längerfristig (mehr als sechs Monate überfällig); ein Drittel entfiel auf überfällige Tilgung, die restlichen zwei Drittel auf überfällige Gebühren und Zinsen. Mehr als vier Fünftel betrafen Rückstände gegenüber dem GRA, der Rest gegenüber dem Treuhandfonds und dem PRGT. Simbabwe ist das einzige Land mit langfristigen Rückständen gegenüber dem PRGT. Dank der SZR-Zuweisungen im August/September 2009 wurden alle langfristigen Fälle in der SZR-Abteilung pünktlich bedient.

Unter der verstärkten kooperativen IWF-Strategie gegen Zahlungsrückstände werden Korrekturmaßnahmen ergriffen, um die langfristigen Rückstände anzugehen. Ende des Geschäftsjahres waren Somalia und der Sudan weiterhin nicht berechtigt, Mitteln aus dem GRA zu nutzen. Simbabwe darf erst dann Mittel aus dem GRA in Anspruch nehmen, wenn seine Rückstände gegenüber dem PRGT vollständig beglichen sind. Eine Erklärung mangelnder Kooperationsbereitschaft, die teilweise Aussetzung der technischen Hilfe und die Streichung von der Liste PRGT-berechtigter Länder bleiben als Korrekturmaßnahmen im Zusammenhang mit Simbawbes Rückständen gegenüber dem PRGT weiterhin bestehen.

Am 30. Juni und 13. Juli 2015 kam Griechenland seinen fälligen Rückkaufverpflichtungen in Höhe von 1.232 Mio. SZR bzw. 360 Mio. SZR nicht nach. Solange die überfälligen Verpflichtungen ausstanden, war es Griechenland nicht



Kasten 3.2 Fortschritte bei der Gebäuderenovierung von HQ1

Die Renovierungsarbeiten am älteren der beiden Gebäude am Hauptquartier des IWF (HQ1) im Geschäftsviertel von Washington, DC dauerten im GJ 2015 an. Im Rahmen des Sanierungsvorhabens werden die Gebäudesysteme, die das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht haben, ersetzt oder erneuert. Die Erneuerung ermöglicht eine effizientere Energienutzung und einen nachhaltigen Gebäudebetrieb, lässt mehr Tageslicht in das Gebäude eindringen und fördert die institutionelle Zusammenarbeit durch moderne Gestaltung der Arbeitsbereiche und Besprechungsräume.

Die Renovierung begann am 1. Mai 2013 und konzentrierte sich anfangs auf die unteren Stockwerke und öffentlichen Bereiche. Im GJ 2015 kehrte der Stab nach erfolgter Renovierung in die Büros in einigen unterirdischen Bereichen zurück, und die Arbeiten wurden im Erdgeschoss und den drei darüber liegenden Stockwerken fortgesetzt. Die Sanierung erwies sich aufgrund der unvorhergesehenen und komplexen technischen Gegebenheiten und unerwarteter weiterer Asbestfunde mitunter als schwierig. Die Entfernung des Materials aus den anderen Stockwerken im Einklang mit einschlägigen Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften wird zusätzliche Zeit in Anspruch nehmen.

Das Projekt strebt die Zertifizierung nach LEED (Leadership in Energy and Environmental Design) an und folgt einer „grünen“ Gebäudegestaltung und Bauweisen, die weniger Auswirkungen auf die Umwelt haben und das Fundament für kontinuierlich nachhaltige Betriebs- und Wartungsabläufe legen.

gestattet, weitere Mittel vom IWF zu bekommen. Auf alle Verpflichtungen fielen weiterhin Gebühren an. Griechenland beglich seine überfälligen Verpflichtungen am 20. Juli 2015.

Tabelle 3.3 Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens 6 Monate überfällig sind, nach Art, Stand 30. April 2015

(Millionen SZR)

	Insgesamt	Allgemeine Abteilung (einschl. Struktur- anpassungs- fazilität)	Trust Fund	Poverty Reduction and Growth Trust
Simbabwe	79,9	-	-	79,9
Somalia	235,7	227,4	8,3	-
Sudan	975,2	893,1	82,1	-
Insgesamt	1.290,8	1.120,5	90,4	79,9

Quelle: IWF-Abteilung Finanzen.

Prüfungsverfahren

Die Prüfungsverfahren des IWF bestehen aus einer externen Prüfungsgesellschaft, einer internen Revisionsfunktion und einem unabhängigen externen Rechnungsprüfungsausschuss (External Audit Committee, EAC), der nach der Satzung des Internationalen Währungsfonds die allgemeine Aufsicht über die Jahresprüfung führt.

Externer Rechnungsprüfungsausschuss

Der EAC hat drei Mitglieder, die vom Exekutivdirektorium ausgewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt werden. Die Mitglieder dienen in zeitlicher Staffe- lung jeweils drei Jahre und sind unabhängig vom IWF. Sie sind Staatsangehörige verschiedener Mitgliedsländer und müssen die notwendigen Sachkenntnisse und Qualifi- kationen zur Ausübung der Aufsicht über die jährliche Prüfung besitzen. In der Regel bringen die Mitglieder des EAC reiche Erfahrung in internationalen Wirtschafts- prüfungsunternehmen, im öffentlichen Sektor oder im Universitätsbereich mit.

Der EAC bestimmt eines seiner Mitglieder zum Vorsit- zenden, legt seine Verfahren selbst fest und ist bei der Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung unabhän-

gig von der Geschäftsführung des IWF. Er kommt jedes Jahr in Washington, DC zusam- men, normalerweise im Januar oder Februar, um die Planung für die jährliche Rechnungs- prüfung zu beaufsichtigen, im Juni nach Abschluss der Rechnungsprüfung und im Juli, um dem Exekutivdirektorium Bericht zu erstatten. Der IWF-Stab und die externen Wirtschaftsprüfer halten das ganze Jahr über Rücksprache mit den Mitgliedern des EAC. Die Mitglieder des EAC im Jahr 2015 waren Gonzalo Ramos (Vorsitz), Generalsekretär des Public Interest Oversight Board, Daniel Loeto, Wirtschaftsprüfer und Chief Accoun- tant der Bank of Botswana, sowie Mary Barth, Professorin für Rechnungswesen an der Stanford University.

Externe Prüfungsgesellschaft

Die externe Prüfungsgesellschaft wird vom Exekutivdi- rektorium in Rücksprache mit dem EAC gewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt. Sie ist verant- wortlich für die Durchführung der externen Jahresprüfung und die Ausstellung des Bestätigungsvermerks über die Finanzausweise des IWF, einschließlich der gemäß Artikel V Abschnitt 2 Buchstabe b des IWF-Übereinkommens ver- walteten Konten und des Angestelltenpensionsplans. Nach Abschluss der jährlichen Prüfung informiert der EAC das Exekutivdirektorium über die Ergebnisse der Prüfung und übermittelt den Bericht der externen Prüfungsgesellschaft über die Geschäftsführende Direktorin und das Exekutivdi- rektorium an den Gouverneursrat zur Kenntnisnahme.

Die externe Prüfungsgesellschaft wird normalerweise über einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt, der um bis zu weitere fünf Jahre verlängert werden kann. Nach der zehnjährigen Tätigkeit von Deloitte & Touche LLP für den IWF war ein Wechsel vorgeschrieben, und so wurde im

November 2014 PricewaterhouseCoopers (PwC) als externe Prüfungsgesellschaft bestellt. Die externe Prüfungsgesellschaft darf mit Ausnahme einer Sperrliste unzulässiger Dienstleistungen und vorbehaltlich solider Sicherungsmechanismen, die die Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer gewährleisten helfen, in gewissem Umfang Beratungsleistungen erbringen. Eingebunden in diese Sicherungsmechanismen sind der Externe Rechnungsprüfungsausschuss des IWF und bei Beratungsgebühren über einer gewissen Grenze das Exekutivdirektorium.

Büro für interne Revision und Inspektion

Die interne Revisionsfunktion obliegt dem Büro für interne Revision und Inspektion Office of Internal Audit and Inspection, OIA), das unabhängig Untersuchungen über die Wirksamkeit der Verfahren des IWF bei Risiko- steuerung, Kontrolle und Governance durchführt. Die Revisionstätigkeit des OIA umfasst den IWF-Stab, das Exekutivdirektorium, die Büros der Geschäftsführenden Direktoren sowie das Unabhängige Evaluierungsbüro und dessen Mitarbeiter. Im Einklang mit bewährten Praktiken berichtet das OIA an die Geschäftsführung des IWF und den EAC, womit seine Objektivität und Unabhängigkeit gewährleistet bleiben.

Im Berichtsjahr schloss das OIA Prüfungs- und Beratungsaufträge ab, die dazu dienten, die Angemessenheit von Kontrollen und Verfahren zu bewerten, um Gefahren auf dem Weg zur Verwirklichung der Gesamtziele und Abteilungsziele des IWF zu mindern. Die Prüfarbeit bezog sich im Bereich Finanzen auf die Angemessenheit der Kontrollmechanismen, um die Finanzaktiva und Konten des IWF zu schützen und zu verwalten, auf den Bereich IT, um die Angemessenheit des IT-Managements und die Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen zu bewerten, und auf das operative Geschäft, um die Arbeitsabläufe und damit zusammenhängenden Kontrollmechanismen zur Stützung der Kernaufgaben des IWF zu bewerten.

Am 9. Juni 2014 wurde eine Einheit zum Risikomanagement (Risk Management Unit, RMU) eingerichtet, die an die Stelle des Beratungsausschusses zum Risikomanagement (Advisory Committee on Risk Management, ACRM)

trat. Zuvor diente das OIA als Sekretariat für den ACRM. In dieser Kapazität koordinierte das OIA die Erstellung eines jährlichen Risikomanagementberichts an das Direktorium und unterstützte informelle Briefings des Direktoriums zum Risikomanagement. Der letzte diesbezügliche Bericht des OIA erschien am 20. Juni 2014. Im März 2015 stellte die RMU dem Exekutivdirektorium einen ersten Vorschlag für ein Regelwerk zum Risikomanagement vor, der in einer informellen Sitzung erörtert wurde. Weitere Arbeiten in diesem Bereich werden im GJ 2016 folgen.

Das Direktorium wird zweimal im Jahr durch einen Tätigkeitsbericht über die Arbeit des OIA informiert; im Bericht enthalten sind Daten zu den Prüfergebnissen und der Status der Prüfeempfehlungen. Das letzte informelle Briefing zu diesen Angelegenheiten während des Berichtsjahres fand im Januar 2015 statt.

PERSONALPOLITIK UND ORGANISATION

Personalwesen

Um wirkungsvolle Arbeit in der Weltwirtschaft leisten zu können, muss der IWF hochqualifizierte internationale Fachleute anwerben und an sich binden. Im Berichtsjahr führte der IWF ein neues Beschäftigungsregelwerk ein, das bei den Einstellungsregeln für neue Stabsmitglieder und Vertragsmitarbeiter Flexibilität und Gleichbehandlung sicherstellen soll, und überarbeitete die Zielwerte für eine hinsichtlich geografischer Verteilung und Geschlecht vielfältige Belegschaft.

Die Belegschaft

Zum 30. April 2015 zählte der IWF 2.156 Fach- und Führungskräfte sowie 455 Stabsmitarbeiter auf Verwaltungsebene. Eine Aufstellung der leitenden Mitarbeiter und das Organigramm des IWF sind auf den Seiten 88 und 66 zu sehen.

Die Anwerbung von insgesamt 174 neuen Stabsmitarbeitern im Jahr 2014 entsprach ungefähr den Vorjahreszahlen (176). Der IWF braucht Wirtschaftswissenschaftler mit weitreichender Erfahrung in Analyse und Politikgestaltung. 2014 stellte er über das Economist Program (EP) 27 Absolventen von führenden Universitäten und 56 erfahrene Ökonomen ein, die in der Mitte ihrer beruflichen Laufbahn stehen. Zwei Drittel dieser Neueinstellungen sind Makro-Ökonomen, die übrigen Fachleute für Fiskalpolitik und den Finanzsektor. 2014 wurden 490 Mitarbeiter mit befristeten Verträgen eingestellt – ein Anstieg von 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Entsprechend dem Ziel, die Ökonomen besser zu unterstützen, wurden 56 Forschungsassistenten eingestellt, die ein Drittel aller Vertragsmitarbeiter in unterstützenden Funktionen ausmachen.

2014 nahmen sechs Mitarbeiter aus drei Ländern am Entsendungsprogramm Externally Financed Appointee (EFA) teil. Dieses extern finanzierte Mitarbeiterprogramm wurde eingeführt, um bis zu 15 Beamten aus den Mitgliedsländern zwei Jahre Arbeitserfahrung beim IWF zu bieten. Die Kosten werden von den Mitgliedsländern über einen Treuhandfonds mit mehreren Gebern getragen.

Vielfalt und Inklusion

Der IWF unternimmt große Anstrengungen, um eine hinsichtlich geografischer Verteilung, Geschlecht und Bildungshintergrund vielfältige Belegschaft zu haben, was nach wie vor mit gewissen Herausforderungen verbunden ist. Ende April 2015 waren von den 188 Mitgliedsländern des IWF 147 unter den Mitarbeitern vertreten. Die Webtabellen 3.1–3.3 zeigen die Aufteilung des IWF-Stabs nach geografischer Region, Geschlecht und Ländertyp.

Die Neueinstellung von Staatsangehörigen aus unterrepräsentierten Regionen lag 2014 bei 43 Prozent aller externen Neueinstellungen auf Fachkräfte-Stufe. Mehr als die Hälfte der Mitarbeiter aus dem EP 2014 stammte aus unterrepräsentierten Regionen. Der Frauenanteil im EP lag unverändert bei 36 Prozent, bei den neu eingestellten Mitarbeitern in der Mitte ihrer beruflichen Laufbahn bei 25 Prozent.

Im Jahresverlauf wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die kulturelle und demografische Inklusion im Arbeitsumfeld zu verbessern. Der Ausbildungslehrplan wurde um eine Bewertung der kulturübergreifenden Kompetenz ergänzt, und es wurde ein Gruppenprogramm speziell für Fachleute aus unterrepräsentierten Regionen eingeführt.

Der Bericht zu Vielfalt und Inklusion von 2014 setzte neue Richtwerte in Bezug auf Region und Geschlecht für 2020. Diese Richtwerte konzentrieren sich auf die Bereiche, in denen Fortschritte dringend notwendig sind: Fachleute aus Afrika südlich der Sahara, aus dem Nahen Osten und Zentralasien sowie Ostasien und weibliche Führungskräfte. Angesichts der beträchtlichen Fortschritte und des starken Personalangebots aus Übergangsländern wurden die Richtwerte für diese Länder abgeschafft. Für 2015 sind die weitere Integration von Vielfalt und Inklusion in die Personalpolitik sowie strenge Rechenschaftslegung in Bezug auf die neuen Richtwerten für 2020 geplant.

Struktur und Bezüge der Geschäftsführung

2014 wurde erstmals einem Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktor die Rolle des Verwaltungsvorstands (Chief Administrative Officer, CAO) übertragen, um einen stärkeren Fokus auf die interne Leitung des operativen Geschäfts und der Verwaltung zu legen.

Die Vergütung der Geschäftsführung wird regelmäßig durch das Exekutivdirektorium überprüft; das Gehalt der Geschäftsführenden Direktorin wird vom Gouverneurs-

rat gebilligt. Auf der Basis des Verbraucherpreisindex für Washington, DC werden jährliche Anpassungen vorgenommen. Unter Berücksichtigung der Verantwortlichkeiten der jeweiligen Position stellte sich die Gehaltsstruktur der Geschäftsführung mit Stand vom 1. Juli 2014 wie folgt dar:

Geschäftsführende Direktorin:	492.690 US\$
Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor:	428.410 US\$
Stellvertretende Geschäftsführende Direktoren:	408.020 US\$

Veränderungen in der Geschäftsführung

Am 14. Januar 2015 teilte der ehemalige Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Naoyuki Shinohara der Geschäftsführenden Direktorin des IWF Christine Lagarde seine Absicht mit, am Ende dieser Amtsperiode den IWF zu verlassen und nach Japan zurückzukehren. Sein letzter Arbeitstag für den IWF war der 28. Februar 2015.

Am 18. März 2014 informierte die Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin Nemat „Minouche“ Shafik Frau Lagarde über ihre Absicht, vom Währungsfonds zur Bank of England zu wechseln, wo sie am 1. August 2014 die Position der Stellvertretenden Gouverneurin mit dem Aufgabenbereich Märkte und Bankwesen antrat.

Carla Grasso übernahm das Amt der Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktorin und des Verwaltungsvorstands des IWF am 2. Februar 2015. Frau Grasso besitzt die Staatsbürgerschaft von Brasilien und Italien. Vor ihrer Tätigkeit für den IWF arbeitete sie 14 Jahre lang für Vale S.A., eine der größten Bergbaugesellschaften der Welt, und war dort von 2001 bis 2011 als Vice President für Personalwesen und Unternehmensdienste zuständig. Davor war Frau Grasso von 1994 bis 1997 im brasilianischen Sozialversicherungsamt angestellt und bekleidete verschiedene Positionen als Beraterin

und Koordinatorin im Sozial-, Finanz- und Planungsministerium sowie im Präsidentialamt von Brasilien.

Mitsuhiro Furusawa übernahm das Amt des Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktors des IWF am 2. März 2015. Unmittelbar vor seiner Fondstätigkeit war er Sonderberater des japanischen Premierministers Shinzo Abe und Sonderberater des Finanzministers. In den letzten Jahren hatte Herr Furusawa das Amt des Vizefinanzministers für internationale Angelegenheiten (2013–14) inne und war Generaldirektor des Financial Bureau (2012–13) und Leitender Stellvertretender Generaldirektor des International Bureau (2009–10). Für die japanische Regierung war er auch in Übersee tätig, so als Exekutivdirektor des IWF (2010–12), Finanzminister bei der japanischen Botschaft in den USA (2007–09) und als Finanzberater der japanischen Botschaft in Frankreich (1997–99).

Wahl des neuen IMFC-Vorsitzenden

Die Mitglieder des IMFC, des politischen Beratungsausschusses des IWF, wählten den Gouverneur des Banco de México Agustín Carstens mit Wirkung vom 23. März 2015 für drei Jahre zum Vorsitzenden des Ausschusses. Herr Carstens ist Nachfolger von Tharman Shanmugaratnam, dem Stellvertretenden Premierminister und Finanzminister von Singapur, dessen Amtszeit am 22. März 2015 endete.

Herr Carstens ist seit Januar 2010 Gouverneur der Zentralbank von Mexiko. Von Dezember 2006 bis Dezember 2009 diente er als Finanzminister Mexikos; von 2007 bis 2009 hatte er den Vorsitz des gemeinsamen Entwicklungsausschusses von IWF und Weltbank inne. Von August 2003 bis Oktober 2006 war Herr Carstens Stellvertretender Geschäftsführender Direktor



des IWF und von 1999–2000 war er als Exekutivdirektor im IWF-Direktorium vertreten. In seiner mehr als zwei Jahrzehnte umspannenden Laufbahn bekleidete er auch den Posten des stellvertretenden Finanzministers von

Mexiko (2000–03) sowie verschiedene Posten in der Zentralbank des Landes.

Der IMFC setzt sich aus Finanzministern und Zentralbankgouverneuren zusammen; er ist das wichtigste Beratungsgremium des Gouverneursrats des IWF und berät über die zentralen Politikfragen des IWF. Der Ausschuss zählt 24 Mitglieder, die der Zusammensetzung des IWF-Exekutivdirektoriums entsprechen. Jedes Mitgliedsland, das einen Exekutivdirektor ernennt, und jede Ländergruppe, die einen Exekutivdirektor wählt, bestellt ebenfalls ein Ausschussmitglied. Der IMFC kommt normalerweise zweimal jährlich anlässlich der Frühjahrs- und Herbsttagung von IWF und Weltbank zusammen.

RECHENSCHAFTSPFLICHT

Unabhängiges Evaluierungsbüro

Das IEO wurde 2001 eingerichtet, damit unabhängige und objektive Bewertungen der Politik und Tätigkeit des IWF durchgeführt werden können. Nach seinem Mandat ist das IEO völlig eigenständig von der Geschäftsführung des IWF und arbeitet unabhängig vom Exekutivdirektorium. Seine Aufgabe ist es, die Lernkultur innerhalb des Währungsfonds und die Glaubwürdigkeit des IWF nach außen zu stärken sowie die Governance und Aufsicht der Institution zu unterstützen.

Direktoriumsprüfungen der IEO-Berichte

Im November 2014 gab das IEO einen Bericht mit dem Titel „IMF Response to the Financial and Economic Crisis“ (IWF-Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise) heraus. Der Bericht bewertete die Maßnahmen des IWF, die zur Eindämmung der weltweiten Finanzkrise von 2008 und Steuerung der globalen Erholung beitragen, den einzelnen Volkswirtschaften im Umgang mit den Folgen helfen und dazu dienen sollten, künftige Risiken frühzeitig zu erkennen und davor zu warnen. Der Bericht ergab, dass der IWF eine wichtige Rolle bei der weltweiten Reak-

tion auf die Krise spielte, die Politikberatung des Stabes flexibel und anpassungsfähig war und die IWF-gestützten Programme viele Lehren aus früheren Krisen aufgegriffen hatten; mit einem neu strukturierten Kreditinstrumentarium, gestützt durch Bemühungen zur Mobilisierung von Ressourcen, die die Mittel des IWF vervierfachten, half der IWF seinen Mitgliedern beim Umgang mit den Folgen der Krise.

Allerdings, so der Bericht, ist die vereinbarte Verdoppelung der Quoten immer noch nicht in Kraft getreten, sodass der IWF für mehr als zwei Drittel seiner Gesamtkreditkapazität von Kreditnahmevereinbarungen abhängig ist. Dem Bericht zufolge fiel die Überwachungsleistung des IWF gemischt aus; obwohl die Forderungen des IWF nach globalen Konjunkturpaketen in den Jahren 2008–09 zeitnah und einflussreich waren, erwies sich seine Befürwortung, in den Jahren 2010–11 auf Konsolidierung umzustellen, in einigen der größten fortgeschrittenen Volkswirtschaften als verfrüht.

Das Exekutivdirektorium und die Geschäftsführung des IWF unterstützten weithin die meisten Empfehlungen des IEO-Berichts. Das IEO empfahl die Sicherstellung ausreichender Mittel für den IWF, damit er zur Beilegung künftiger Krisen beitragen kann, sowie bessere Strukturvereinbarungen mit anderen Organisationen und die weitere Integration und Konsolidierung von Risiko- und Anfälligkeitsanalysen.

Im Juli 2014 gab das IEO einen Bericht mit dem Titel „Recurring Issues from a Decade of Evaluation: Lessons for the IMF“ heraus (Wiederkehrende Problemstellungen in zehn Jahren Evaluierung: Lehren für den IWF). Der Bericht konzentrierte sich auf die fünf häufigsten Problemstellungen, die das IEO in seinen Bewertungen ausgemacht hatte: Silokultur in der Organisation, Beachtung von Risiken und Ungewissheit, Zusammenhänge auf Länder- und Institutionsebene, Objektivität sowie Leitung und Aufsicht des Exekutivdirektoriums. Nach Worten des

Kasten 3.3 Informationsarbeit für neue Impulsgeber der Politik

Die globale Finanzkrise und ihre Folgen unterstrichen die Bedeutung für einen Dialog mit einem breiten Spektrum an Stakeholdern, wie Organisationen der Zivilgesellschaft, der Jugend, Gewerkschaften und Parlamentariern, um die Politikberatung des IWF zu erläutern und Feedback dazu einzuholen.

Das Civil Society Fellowship Programm ist nun in seinem achten Jahr und sponsert die Teilnahme von rund 40 **Organisationen der Zivilgesellschaft** aus Entwicklungsländern an der Frühjahrs- und Jahrestagung. Am Rande der Tagungen organisierten IWF, Weltbank und Organisationen der Zivilgesellschaft etwa 100 Sitzungen zu einer breiten Palette an politischen Themen wie Schuldentragfähigkeit, Ungleichheit, Klimawandel und Geschlechterfragen. Der IWF hielt auch informelle Gespräche mit der Zivilgesellschaft zu wichtigen politischen Fragen, wie die Reaktion des IWF auf die Ebola-Epidemie und die Umstrukturierung von Staatsschulden. Die Zivilgesellschaft war auch eingeladen, sich im Rahmen öffentlicher Konsultationen zum Fiscal Transparency Code des IWF zu äußern sowie zur Integration von nationalen Armutsbekämpfungsstrategien in fondsgestützte Programme in einkommensschwachen Entwicklungsländern.

Der IWF intensivierte seinen Dialog mit der **Jugend** – die nächste Generation von Politikern und Staats- und Regierungschefs – im Rahmen der Jahrestagung, bei der es für Studenten Einführungsseminare zum IWF gab, durch Besuche der IWF-Geschäftsführung in Universitäten und Jugendveranstaltungen mit leitenden Mitarbeitern. Der Erste Stellvertretende Geschäftsführer hatte den Vorsitz über Versammlungen mit Studenten an Universitäten in

Chile, Mexiko und Peru, die die Jahrestagung 2015 in Peru in den Blickpunkt rückten. Desgleichen brachte ein Aufsatzwettbewerb des IWF für Jugendliche in Lateinamerika acht Gewinner zur Jahrestagung 2014, bei der es auch ein Jugendseminar zu inklusivem Wachstum und Unternehmerschaft gab.

Angesichts der massiven Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise auf die Beschäftigung setzte der IWF seinen Dialog mit Arbeitsorganisationen auf mehreren Ebenen fort. Der Währungsfonds veranstaltete am Hauptquartier das alle zwei Jahre stattfindende hochkarätige Treffen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und führte formelle und informelle Gespräche mit **Arbeitsorganisationen** zu Beschäftigung und Wachstum, Wohlstandsgefälle und Tarifrunden.

Darüber hinaus steht der IWF in Kontakt zu **Parlamentariern** – einer Gruppe, die im wirtschaftlichen Entscheidungsfindungsprozess ihrer Länder eine wichtige Rolle spielt. Dies geschieht hauptsächlich über das „Parliamentary Network on the World Bank and the International Monetary Fund“, aber auch durch gezielte Seminare in den Ländern und Regionen zu Themen wie Rohstoffwirtschaft, Strukturreformen und Wohlstandsgefälle (z.B. in Bangladesch und Peru). Die Weltkonferenz des Parlamentarischen Netzwerks wurde in diesem Jahr gemeinsam mit dem IWF veranstaltet und von rund 200 Parlamentariern aus mehr als 80 Nationen besucht. Kernthemen waren die Entwicklungsagenda 2015, Gesundheitssysteme, Gleichstellung der Geschlechter, Beschäftigung und Wachstum sowie ökologische Herausforderungen.

Berichts hatten Exekutivdirektorium und Geschäftsführung zwar Schritte zur Lösung der Probleme in allen fünf Bereichen unternommen, aber die Herausforderungen

blieben und würden vermutlich noch weiter fortbestehen, da diese wiederkehrenden Probleme bis zu einem gewissen Grad IWF-immanent seien. Exekutivdirektoren wie

Geschäftsführung befürworteten allgemein die Empfehlungen des Berichts und betonten, dass die Bestrebungen zur Lösung dieser Probleme im Sinne einer stärkeren Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit des IWF weitergeführt werden sollten.

Überprüfung früherer Evaluierungen durch das IEO

Das IEO gab im GJ 2015 zwei Berichte heraus, in denen frühere IEO-Evaluierungen neu geprüft wurden. Den Anstoß für diese Serie bildeten Anfragen vonseiten der Exekutivdirektoren und Behörden der Mitgliedsländer zum Status von Problemen, die in früheren Evaluierungen angesprochen worden waren. Die externe Evaluierung des IEO von 2013 fand ebenfalls überzeugende Argumente für eine Neubehandlung einiger dieser Probleme.

Diese aktualisierten Evaluierungen sind kurze Bestandsaufnahmen und von geringerem Umfang als volle IEO-Evaluierungen, besitzen aber größere Reichweite als die vom IWF-Stab ausgearbeiteten Periodischen Überwachungsberichte (Periodic Monitoring Reports, PMR). Die Aktualisierungen fassen die ursprüngliche Evaluierung durch das IEO zusammen, beschreiben wichtige Entwicklungen, die seit der Evaluierung stattgefunden haben (darunter die Umsetzung der IEO-Empfehlungen), und benennen noch bestehende sowie neue Probleme im Zusammenhang mit dem Evaluierungsthema, die weitere Aufmerksamkeit verlangen.

Die beiden Überarbeitungen des GJ 2015 widmeten sich drei früheren Evaluierungen: Eine Arbeit befasste sich mit den IEO-Berichten „Report on the Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs) and the Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF)“ (2004) und „The IMF and Aid to Sub-Saharan Africa“ (2007); die andere aktualisierte die Hauptfragen der Evaluierung von 2005 „The IMF’s Approach to Capital Account Liberalization“. Die Originalberichte

und Aktualisierungen können auf der IEO-Website eingesehen werden.

Arbeitsprogramm des IEO

Im Berichtsjahr lancierte das IEO eine neue Evaluierung zum Thema „The IMF and the Euro Area Crisis“ (Der IWF und die Krise im Euroraum). Das IEO arbeitet zudem am Abschluss von „Learning from Experience: An IEO Assessment of Self-Evaluation Systems“ (Aus der Erfahrung lernen: eine IEO-Bewertung von Selbstevaluierungssystemen) sowie an „Statistics for Global Economic and Financial Stability: The Role of the IMF“ (Statistiken für globale Wirtschafts- und Finanzstabilität: die Rolle des IWF). Das IEO gab im Januar 2015 eine Notiz zu möglichen Evaluierungsthemen über einen mittelfristigen Zeithorizont heraus und hielt auf dieser Grundlage Rücksprache mit den Exekutivdirektoren und anderen Stakeholdern zu möglichen künftigen Evaluierungsthemen.

Umsetzung der vom Direktorium befürworteten IEO-Empfehlungen

Der sechste PMR zum Status der Implementierungspläne in Reaktion auf die vom Direktorium befürworteten IEO-Empfehlungen wurde vom Exekutivdirektorium im August 2014 gebilligt. Dabei handelte es sich um den ersten PMR, der vom Büro für interne Revision und Inspektion erstellt wurde und damit dem von externen Gutachtern des IEO vorgeschlagenen und vom Direktorium im Februar 2013 gebilligten Verfahren folgte. Der Bericht prüfte den Status der Management-Implementationspläne (MIP) für vier IEO-Evaluierungen aus den Jahren 2011–13 und lieferte aktuelle Fortschrittsdaten zu relevanten Fragen im Zusammenhang mit früheren MIP, die seit 2007 beschlossen worden waren.

In seiner Erörterung des PMR stellte der Evaluierungsausschuss des Exekutivdirektoriums Verbesserungen gegenüber früheren Berichten fest; er merkte aber an, dass ein stärkerer Fokus darauf gelegt werden könnte, festzustellen, ob die von der Geschäftsführung vorgeschlagenen Implementierungsmaßnahmen wirklich dazu beigetragen haben, die hoch gesteckten Ziele der vom Direktorium befürworteten Empfehlungen zu erreichen. Im GJ 2015 wurden vom IWF keine neuen MIP herausgegeben.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND EINBINDUNG EXTERNER STAKEHOLDER

Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit verfolgt der IWF zweierlei Ziele: Zum einen will er externen Stimmen Gehör schenken, um ihre Bedenken und Sichtweisen besser zu verstehen und dadurch die Relevanz und Qualität der wirtschaftspolitischen Beratung durch den IWF zu verbessern; zum anderen soll der Außenwelt zu einem tieferen Verständnis der Ziele und der Arbeit des IWF verholfen werden. Zu den spezifischen Gruppen, für die der IWF Informationsarbeit leistet, gehören Organisationen der Zivilgesellschaft und führende Persönlichkeiten der Jugendarbeit, Gewerkschaften, Parlamentarier, Wissenschaftler, Denkfabriken und die Medien. Social Media, Videos und Podcasts werden in den letzten Jahren vermehrt zur Öffentlichkeitsarbeit des IWF herangezogen.

Die Abteilung Communications des IWF trägt die Hauptverantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit des IWF und seine Beziehungen zu externen Stakeholdern. In dem Maße, in dem die Richtlinien der Institution sich gewandelt haben – zum Beispiel die verstärkte Ausrichtung auf Unterstützung der Armutsbekämpfung in einkommensschwachen Entwicklungsländern durch einen partizipatorischen Ansatz und die Betonung von Transparenz und guter Governance –, sind die Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit auch zu einem integralen Bestandteil der Länderarbeit des IWF geworden.

Öffentlichkeitsarbeit von Geschäftsführung und leitenden Mitarbeitern des IWF

Mit der zunehmenden Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit des IWF angesichts der Krise und ihrer Folgen wurde die Geschäftsführung stärker in diese Bestrebungen involviert. Die Öffentlichkeitsarbeit aufseiten der Geschäftsführung und leitender IWF-Mitarbeiter bietet eine Gelegenheit, die Strategie und die wichtigsten politischen Prioritäten für die Mitglieder im Allgemeinen darzulegen und Unterstützung für Politiker zu gewinnen, die schwierige nationale Reformen durchsetzen müssen, die sowohl interne wie globale Vorteile mit sich bringen. Sie bietet auch die Möglichkeit, mehr über Probleme zu erfahren, die wichtige Stakeholder in den Mitgliedsländern betreffen, so auch nichttraditionelle Stimmrechtsgruppen, mit dem Ziel, die Analyse und wirtschaftspolitische Beratung des IWF zu stärken, und die Verpflichtung des IWF zu bekräftigen, seinen Mitgliedern benötigte Unterstützung zu gewähren, insbesondere gegenüber den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern.

Die Geschäftsführende Direktorin, die Stellvertretenden Geschäftsführer und die leitenden Mitarbeiter des IWF bereisen alle fünf Erdteile, wo sie sich mit Behörden und wichtigen Partnern in den Mitgliedsländern besprechen und zahlreiche Gelegenheiten zur Förderung der Informationsziele des IWF wahrnehmen.

Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum

Als Fenster des IWF in die Region Asien und Pazifik, deren Bedeutung in der Weltwirtschaft weiterhin zunimmt, überwacht das Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum (Regional Office for Asia and the Pacific, OAP) Wirtschafts- und Finanzentwicklungen, um der IWF-Überwachung eine stärker regional geprägte Perspektive zu verleihen. Es sieht seine Aufgabe darin, die Region mit der Rolle des

IWF und seinen Grundsätzen vertraut zu machen sowie den Fonds über regionale Perspektiven zu wichtigen Fragen zu unterrichten. In dieser Funktion arbeitete das OAP weiterhin an der bilateralen Überwachung in Japan und der Mongolei und erhöhte die regionale Überwachung durch die aktive Beteiligung von OAP-Mitarbeitern an Foren in Asien, so etwa ASEAN+3 (Verband Südostasiatischer Nationen plus China, Japan und Korea) und APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation).

Mit dem Japan-IMF Scholarship Program for Asia, dem Japan-IMF Macroeconomic Seminar for Asia und anderen makroökonomischen Seminaren trägt das OAP zur Kapazitätsentwicklung in der Region bei. Höhepunkte im Berichtsjahr waren ein Seminar im Juni 2014 zu fiskalpolitischen Regeln und unabhängigen Überwachungsorganen (fiscal councils) in der Region Asien und Pazifik und ein Seminar im Oktober 2014 zum Thema Modernisierung der geldpolitischen Regelwerke in Schwellenländern der nächsten Generation, das gemeinsam von der Bank Indonesia und der IWF-Abteilung Geld- und Kapitalmärkte für Zentralbanker der Region veranstaltet wurde.

Des Weiteren leistet das OAP Informationsarbeit in Japan wie auch in der übrigen Region und trägt durch die Organisation von Konferenzen und Veranstaltungen zu aktuellen Politikfragen im Brennpunkt der IWF-Arbeit zum Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern Asiens bei. Eine gemeinsam mit der Bank of Korea im November 2014 ausgerichtete Konferenz konzentrierte sich auf den makroökonomischen Ausgleich im Hinblick auf nachhaltiges Wachstum, und eine im März 2015 gemeinsam mit der Universität Hitotsubashi in Tokio veranstaltete Konferenz erörterte Herausforderungen im Zusammenhang mit Ungleichheit und mögliche Politikreaktionen. Ein Schwerpunkt lag dabei auf den Auswirkungen einer fiskalischen Umverteilung.

Regionalbüro in Paris und Brüssel

Das Europabüro des IWF (IMF Europe Office) in Paris und Brüssel dient als Verbindungsglied zu den Institutionen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern

sowie zu internationalen Organisationen und zur Zivilgesellschaft in Europa. Institutionen wie die Europäische Kommission, die EZB, der Europäische Stabilitätsmechanismus, das Europaparlament, der Wirtschafts- und Finanzausschuss und die Eurogroup Working Group erörtern gemeinsam mit dem Europabüro politische Fragen über den Euroraum und die EU sowie die gemeinsamen Länderprogramme von EU und IWF. Es vertritt zudem den IWF bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD).

Im Allgemeinen fördert es den Dialog über globale Wirtschaftsfragen mit Institutionen der EU, internationalen Organisationen und Regierungen sowie der Zivilgesellschaft in Europa. Es kommt häufig mit Vertretern von Industrieverbänden, Gewerkschaften, der akademischen Forschung und des Finanzsektors zusammen. Es unterstützt zudem die Tätigkeit des IWF in Europa, so bei wirtschaftlicher Überwachung, IWF-gestützten Programmen und technischer Hilfe, und hilft bei der Koordination der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit in der Region.

QUOTEN UND GOVERNANCE

Quotenreform des IWF

Quotenzeichnungen bilden den Kern der Finanzmittel des IWF. Jedem Mitgliedsland des IWF wird eine Quote zugeteilt, die im Allgemeinen auf seiner relativen Position in der Weltwirtschaft beruht. Die Quote eines Mitgliedslands bestimmt die Höchstzulassung an Mitteln an den IWF und dessen Stimmengewicht, außerdem beeinflusst die Quote den Zugang zu IWF-Finanzierungen.

2010 billigte der Gouverneursrat, das höchste Entscheidungsgremium des IWF, ein Paket mit weitreichenden Reformen zu Quoten und Governance des IWF („Reformen von 2010“), das insbesondere die folgenden Maßnahmen enthielt:

Fertigstellung der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung mit einer erstmaligen Verdoppelung der Quoten und einer wichtigen Neuausrichtung der Quo-

tenanteile—eine Verlagerung um mehr als 6 Prozent von überrepräsentierten auf unterrepräsentierte Mitglieder und eine Quotenverlagerung um mehr als 6 Prozent auf dynamische Schwellenmärkte und Entwicklungsländer bei gleichzeitigem Schutz von Quotenanteilen und Stimmengewicht der ärmsten Mitglieder.

Ein Änderungsvorschlag zum IWF-Übereinkommen (Board Reform Amendment, Änderung zur Direktoriumsreform), der eine Umstellung auf ein repräsentativeres, vollständig gewähltes Exekutivdirektorium erlauben würde.

Eine Bitte an das Exekutivdirektorium, den Fertigstellungstermin der Fünfzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung auf Januar 2014 vorzuverlegen und Abschluss einer umfassenden Prüfung der Quotenformel bis Januar 2013.

Die Mitglieder hatten zugesagt, sich um den Abschluss ihres internen Genehmigungsverfahrens für diese Reformen bis zum Jahrestreffen des Gouverneursrats im Oktober 2012 zu bemühen. Allerdings sind Board Reform Amendment und die Quotenerhöhungen gemäß der Vierzehnten Quotenüberprüfung immer noch nicht wirksam, weil die Reformen von einzelnen Mitgliedern, darunter auch die USA, noch nicht ratifiziert wurden. Die Arbeit an der Fünfzehnten Quotenüberprüfung wurde deshalb ausgesetzt.

Vor diesem Hintergrund und auf Antrag des IMFC hielt das Exekutivdirektorium am 14. Januar 2015 eine informelle Besprechung zu Optionen für das weitere Vorgehen, das auf der bisherigen Arbeit aufbauen sollte.

Am 28. Januar informierte das Exekutivdirektorium den Gouverneursrat über den Status der Reformen von 2010 und die Fünfzehnte Allgemeine Quotenüberprüfung. Der Bericht des Exekutivdirektoriums an den Gouverneursrat enthielt auch einen Vorschlag für eine Resolution, die am 18. Februar 2015 vom Gouverneursrat angenommen wurde. Die Resolution drückte tiefes Bedauern darüber aus, dass die Quotenerhöhungen aus der Vierzehnten Überprüfung und das Board Reform Amendment noch nicht in Kraft getreten sind und die Fünfzehnte Allgemeine

Quotenüberprüfung noch nicht abgeschlossen wurde. Die Resolution unterstrich auch die Bedeutung und Dringlichkeit der Reformen von 2010 für die Glaubwürdigkeit, Legitimität und Wirksamkeit des IWF und bekräftigte das Versprechen zu ihrer frühestmöglichen Umsetzung; gleichzeitig drängte sie die restlichen Mitglieder, die die Quotenerhöhungen der Vierzehnten Überprüfung und das Board Reform Amendment noch nicht akzeptiert hatten, dies unverzüglich zu tun.

Die Resolution forderte auch die Fertigstellung der Fünfzehnten Quotenüberprüfung bis 15. Dezember 2015, was dem durch das IWF-Übereinkommen vorgegebenen Zeitplan entspricht. Darüber hinaus wurde das Exekutivdirektorium um zügige Arbeit gebeten und aufgefordert, so bald wie möglich Zwischenlösungen zu den Kernbereichen der Reformen von 2010 auszuarbeiten. Der Gouverneursrat sollte so in die Lage versetzt werden, Maßnahmen zu vereinbaren, die einen wichtigen Fortschritt auf dem Weg zu den Reformzielen von 2010 bis 30. Juni 2015 bedeuten. Die Resolution unterstrich, dass diese vorübergehenden Lösungen in keiner Weise als Ersatz für die Reformen von 2010 zu betrachten sind, denen nach wie vor oberste Priorität zukommt.

Am 27. März 2015 kam das Exekutivdirektorium zu einer zweiten informellen Besprechung möglicher Übergangslösungen zusammen, die eine Grundlage für die Gespräche von IMFC und G20 zu diesem Thema bei der Frühjahrstagung 2015 bildeten.

Am 18. April 2015 gab der IMFC an der Frühjahrstagung des IWF ein Kommuniké mit folgendem Statement heraus:

Wir sind tiefenttäuscht über die anhaltenden Verzögerungen bei der Umsetzung der Quoten- und Governance-reformen des IWF von 2010. Angesichts der Bedeutung dieser Reformen für die Glaubwürdigkeit, Legitimität und Wirksamkeit des IWF bekräftigen wir hiermit, dass ihre frühestmögliche Implementierung unsere oberste Priorität bleibt. Wir fordern die USA mit Nachdruck auf, die Reformen von 2010 so bald wie möglich zu ratifizieren. In Anbetracht

der Reformziele 2010 bitten wir das Exekutivdirektorium des IWF, eine Zwischenlösung zu erarbeiten, die die Quotenanteile so bald und so weit wie möglich auf das in der Vierzehnten Überprüfung vereinbarte Niveau bringt. Wir werden die Vierzehnte Überprüfung als Arbeitsgrundlage für die Fünfzehnte Allgemeine Quotenüberprüfung, einschließlich einer neuen Quotenformel, heranziehen. Wir bemühen uns weiterhin um die Aufrechterhaltung eines starken, gut ausgestatteten und quotenbasierten IWF.

Wahl des Exekutivdirektoriums 2014

Nach der Wahl für die derzeit 19 gewählten Sitze traten die neu gewählten Exekutivdirektoren des IWF im November 2014 ihre Amtszeit an. Im Direktorium sind jetzt acht neue Exekutivdirektoren und eine Anzahl an neuen stellvertretenden Exekutivdirektoren vertreten, die ihre Ämter bis 31. Oktober 2016 ausüben werden.

Zum ersten Mal seit 1970 beteiligten sich alle berechtigten Mitglieder an der Wahl (die fünf Mitglieder, die Exekutivdirektoren ernennen – Deutschland, Frankreich, Japan, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten – sind nicht wahlberechtigt). Gegenwärtig sind zum ersten Mal seit mehr als vierzig Jahren alle Mitgliedsländer des IWF im Exekutivdirektorium vertreten.

Für die Wahl richtete das Direktorium einen Ausschuss ein, der Regeln für die Durchführung der Wahl empfehlen sollte; berücksichtigt wurde auch die schwebende Siebte Änderung des IWF-Übereinkommens für den Fall, dass die Änderung während der Wahl ratifiziert werden würde. Der Ausschuss folgte der Arbeit des Wahlausschusses von 2012, der neue Stimmengrenzen für Mehrländergruppen empfohlen hatte, um ein Gleichgewicht zwischen der Bildung von Stimmrechtsgruppen aus Mitgliedsländern und einem wünschenswerten Gleichgewicht des Stimmengewichts im Exekutivdirektorium zu reflektieren. Das Exekutivdirektorium und der Gouverneursrat billigten die Empfehlungen des Ausschusses.

Die nächste turnusmäßige Wahl der Exekutivdirektoren findet im Oktober 2016 statt.

Nauru beantragt Mitgliedschaft

Am 9. Mai 2014 meldete der IWF, dass die Regierung der Republik Nauru einen Antrag auf Mitgliedschaft im IWF gestellt hat. Gemäß dem üblichen Verfahren wird der Antrag vom Exekutivdirektorium des IWF begutachtet, das dann eine Empfehlung an den Gouverneursrat des IWF in Form eines Mitgliederbeschlusses abgibt. Diese Empfehlung umfasst die Quote im IWF, die Form der Bezahlung der Zeichnung sowie andere übliche Konditionen für die Mitgliedschaft. Nach Annahme des Mitgliederbeschlusses durch den Gouverneursrat darf das beantragende Land Mitglied werden, sobald es die nach seinen Gesetzen notwendigen rechtlichen Schritte unternommen hat, um das IWF-Übereinkommen zu unterzeichnen und die Pflichten eines Mitglieds im IWF zu erfüllen.

TRANSPARENZ

Überprüfung der Kommunikationsstrategie

Wie die meisten modernen Organisationen nutzt der IWF die Kommunikation als strategisches Mittel, um seine Wirksamkeit zu stärken. Dies geschieht durch den proaktiven Dialog mit verschiedenen Stakeholdern, um die Politik und Arbeitsweise des Währungsfonds besser zu erklären, durch die Beteiligung am und Beiträge zum intellektuellen Diskurs über wichtige Wirtschaftsfragen und durch das gegenseitige Lernen von IWF und seinen Mitgliedern weltweit. Dieser Kommunikationsaufgabe wurde in der Dreijahresprüfung der Überwachung von 2011 und in einer Bewertung von 2013 durch das Unabhängige Evaluierungsbüro Rechnung getragen, wonach der IWF von seinen Mitgliedern jetzt als offener, als besserer Zuhörer und reaktionsfreudiger wahrgenommen wird.

Im Juli 2014 erörterte das Exekutivdirektorium eine Überprüfung der Kommunikationsstrategie des IWF. Sie folgte dem vom Direktorium 2007 aufgestellten Regelwerk zur Kommunikation des IWF, dessen Schwerpunkte ein tieferes Verständnis der Fondspolitik, eine bessere Einbettung der Kommunikation in das Tagesgeschäft, stärker-

re Wirkung von Kommunikationsprodukten und das Ansprechen verschiedener Zielgruppen durch vermehrte Öffentlichkeitsarbeit waren.

Das Papier von 2014 stellte verschiedene wichtige Kommunikationsprobleme heraus. Erstens müssen weitere Schritte unternommen werden, um in einer Welt, in der die Nachfrage nach Dienstleistungen des Währungsfonds weiter steigt, für klare und stimmige Kommunikation zu sorgen. Zweitens muss mehr getan werden, um die Wirkung der IWF-Kommunikation zu bewerten, was in die künftige Arbeit einfließen kann. Und drittens muss die Arbeit mit neuen Medien – einschließlich sozialer Medien – strategisch und umsichtig verfolgt werden.

In der Erörterung der Prüfung von 2014 waren die Exekutivdirektoren der Ansicht, dass das Regelwerk zur Kommunikationsstrategie in seiner vom Exekutivdirektorium 2007 gebilligten Form im Allgemeinen nach wie vor angemessen sei. Sie merkten an, dass die Gesamtstrategie dem IWF eine effektive und flexible Kommunikation erlaube.

Die Direktoren begrüßten weitere Bemühungen zur Stärkung und Anpassung der IWF-Kommunikation im Hinblick auf ein tieferes öffentliches Verständnis der Arbeit und Politikberatung des IWF. Es herrschte Einvernehmen darüber, dass Klarheit und Konsistenz für eine wirkungsvolle Kommunikation entscheidend sind, und die Direktoren begrüßten Schritte zu einer deutlicheren Differenzierung zwischen der offiziellen Fondspolitik und den Ansichten des Stabes. Die Direktoren unterstützten auch Pläne zur Durchführung von Bewertungen zur Wirksamkeit der IWF-Kommunikation, aus denen Lehren für die weitere Kommunikation des IWF gezogen werden könnten.

Nach Ansicht der Direktoren trug der zunehmende Einsatz neuer Technologien beim IWF – einschließlich sozialer Medien – zur Stärkung der Kommunikation zu wichtigen Veranstaltungen und Produkten bei. Sie betonten, dass für jede Ausweitung der Arbeit mit sozialen Medien Umsicht und strategisches Vorgehen mit angemessener Aufsicht, adäquater Schulung und passenden Mitteln notwendig seien.

Exekutivdirektoren und ihre Stellvertreter (Stand 30. April 2015)

Ernannt

Mark Sobel Vereinigte Staaten
Unbesetzt

Mikio Kajikawa Japan
Isao Hishikawa

Hubert Temmeyer Deutschland
Steffen Meyer

Hervé de Villeroché Frankreich
Thibault Guyon

Steve Field Vereinigtes Königreich
Chris Yeates

Gewählt

Menno Snel Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien,
Willy Kiekens Georgien, Israel, Kroatien, Luxemburg, ehemalige
Oleksandr Petryk jugoslawische Republik Mazedonien, Moldawien,
Montenegro, Niederlande, Rumänien, Ukraine, Zypern

Fernando Jiménez Latorre Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien,
Carlos Hurtado López Mexiko, Spanien, Bolivarische Republik Venezuela
María Angélica Arbeláez

Carlo Cottarelli Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, San Marino
Thanos Catsambas

Wimboh Santoso Brunei Darussalam, Republik Fidschi, Indonesien, Kambodscha,
Pornvipa Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar,
Tangcharoenmonkong Nepal, Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam

JIN Zhongxia China
SUN Ping

Barry Sterland Australien, Kiribati, Korea, Marshall-Inseln, Mikronesien,
KwangHae Choi Mongolei, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen,
Vicki Plater Samoa, Seychellen, Tuvalu, Usbekistan, Vanuatu

Serge Dupont Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica,
Michael McGrath Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis,
St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen

Audun Groenn <i>Pernilla Meyersson</i>	Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden
Chileshe Mpundu Kapwepwe <i>Maxwell M. Mkwezalamba</i>	Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Gambia, Kenia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, Südafrika, Sudan, Republik Südsudan, Swasiland, Tansania, Uganda
Hazem Beblawi <i>Sami Geadah</i>	Ägypten, Bahrain, Irak, Republik Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Arabische Republik Syrien, Vereinigte Arabische Emirate
Ibrahim Halil Çanakci <i>Christian Just</i> <i>Szilárd Benk</i>	Belarus, Kosovo, Österreich, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn
Rakesh Mohan <i>Kosgallana Durage Ranasinghe</i>	Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka
Fahad I. Alshathri <i>Hesham Alogeel</i>	Saudi-Arabien
Daniel Heller <i>Dominik Radziwill</i>	Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan
Paulo Nogueira Batista, Jr. <i>Ivan Luís de Oliveira Lima</i> <i>Pedro Fachada</i>	Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kap Verde, Nicaragua, Panama, Suriname, Timor-Leste, Trinidad und Tobago
Aleksei Mozhin <i>Lev Palei</i>	Russische Föderation
Mohammad Jafar Mojarrad <i>Mohammed Daïri</i>	Islamische Republik Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran, Marokko, Pakistan, Tunesien
Sergio Chodos <i>Oscar A. Hendrick</i>	Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay
Nguéto Tiraina Yambaye <i>Mamadou Woury Diallo</i> <i>Mohamed Lemine Raghani</i>	Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik

Leitende Mitarbeiter (Stand 30. April 2015)

REGIONALABTEILUNGEN

Antoinette Monsio Sayeh	Direktorin, Abteilung Afrika
Chang Yong Rhee	Direktor, Abteilung Asien und Pazifikraum
Poul Thomsen	Direktor, Abteilung Europa
Masood Ahmed	Direktor, Abteilung Naher Osten und Zentralasien
Alejandro Werner	Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

FACHABTEILUNGEN

Gerard T. Rice	Direktor, Abteilung Kommunikation
Andrew J. Tweedie	Direktor, Abteilung Finanzen
Vitor Gaspar	Direktor, Abteilung Fiskalpolitik
Sharmini A. Coorey	Direktorin, Institut für Kapazitätsentwicklung
Sean Hagan	Chefsyndikus und Direktor, Abteilung Recht
José Viñals	Finanzrat und Direktor, Abteilung Geld- und Kapitalmärkte
Olivier J. Blanchard	Wirtschaftlicher Berater und Direktor, Abteilung Forschung
Louis Marc Ducharme	Direktor, Abteilung Statistik
Siddharth Tiwari	Direktor, Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Überprüfung

INFORMATION UND LIAISON

Odd Per Brekk	Direktor, Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum
Axel Bertuch-Samuels	Sonderbeauftragter bei den Vereinten Nationen
Jeffrey Franks	Direktor Europa-Büros / leitender Gesandter bei der EU

UNTERSTÜTZENDE DIENSTLEISTUNGEN

Mark W. Plant	Direktor, Abteilung Personalwesen
Jianhai Lin	Sekretär des Fonds
Frank Harnischfeger	Direktor, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste
Susan Swart	Chief Information Officer und Stellvertretende Direktorin, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

BÜROS

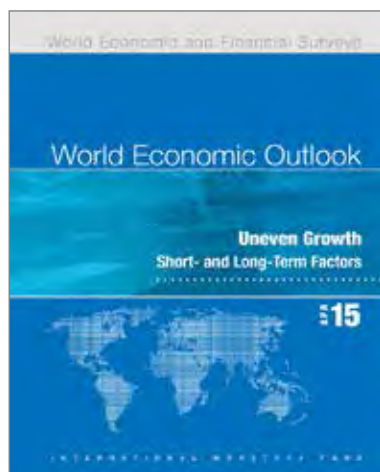
Daniel A. Citrin	Direktor, Büro für Haushalt und Planung
Clare Brady	Direktorin, Büro für interne Revision und Inspektion
Moises Schwartz	Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro

World Economic

Outlook

Downloads im GJ 2015
+ 2,2 Mio. Seitenaufrufe

950.000



Global Financial

Stability Report

Downloads im GJ 2015
+ 362.000 Seitenaufrufe

142.700



Fiscal Monitor

Downloads im GJ 2015
+ 108.000 Seitenaufrufe

46.000



Finance & Development

Seitenaufrufe im GJ 2015
+ 121.000 Downloads

2,1 Mio.



Teil 4 Rückblick / Blick in die Zukunft

In den letzten Jahren machte der IWF die sozialen Medien zu einem integralen Bestandteil seiner Kommunikationsarbeit und kann nun auf eine starke Gefolgschaft auf den verschiedensten Plattformen verweisen.

imf.org Aufrufe durchschnittlich im Monat im GJ 2015

5,3 Mio.



Follower auf **Weibo**

5,9Mio.



weibo

Neben dem chinesischen Microblogging-Dienst Weibo hat die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde 112.000 Follower auf Facebook und 275.000 Follower auf Twitter.

IMFdirect

(Blog) Aufrufe im GJ 2015

707.000



Rückblick

Dieses Jahr war entscheidend für die Überarbeitung der weltweiten Entwicklungsagenda. Darüber hinaus konnten wir zwei wichtige Jubiläen begehen – den 70. Gründungstag der Institutionen von Bretton Woods und 25 Jahre seit dem Fall der Berliner Mauer. Dieser Teil des Jahresberichts beleuchtet die großen Ereignisse und Trends, die die einzelnen Regionen der Welt prägen, sowie die Arbeit des IWF zur Unterstützung seiner Mitglieder in diesen Bereichen, darunter die Arbeit im Vorfeld der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Peru.



Der Weg nach Lima: Die Jahrestagung des IWF 2015

Lateinamerika

In den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts legte Lateinamerika eine beachtliche Vitalität an den Tag, erlebte es doch starkes Wachstum und einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung, die Millionen von Menschen neue Chancen eröffneten. Jetzt, da das Wachstum sich verlangsamt, sieht sich die Region jedoch ernststen Herausforderungen gegenüber. Eine zentrale Aufgabe ist die Aufstellung von Politiken, die kontinuierlichen Fortschritt mit umfassendem Wachstum vor dem Hintergrund einer regionalen Abkühlung und Veränderungen in der Weltwirtschaft sicherstellen.

Diese Kombination aus Fortschritt und Herausforderung bildet den Rahmen für die Jahrestagung von IWF und Weltbank im

Oktober 2015 in Lima, Peru. Auf der Jahrestagung werden die Errungenschaften Lateinamerikas im letzten Jahrzehnt herausgestellt – insbesondere im Gastland Peru, das auf seine eigene Erfolgsgeschichte verweisen kann.

Die Jahrestagung findet erstmals seit der Jahrestagung 1967 in Rio de Janeiro wieder auf lateinamerikanischem Boden statt; zuvor wurde nur eine weitere Jahrestagung in Lateinamerika ausgetragen: 1952 in Mexiko Stadt. Für den IWF bedeutet Lima daher eine wichtige Phase in seiner Beziehung zur Region. Zur Jahrestagung werden rund 13.000 Teilnehmer erwartet.

Langsames Wachstum für Lateinamerika

Der *Regional Economic Outlook* (REO) für die Westliche Hemisphäre projizierte in seiner Ausgabe vom April 2015, dass das Wachstum in Lateinamerika und in der Karibik im fünften Jahr in Folge zurückgehen werde, was zum Teil auf globale Entwicklungen, aber auch auf die jüngsten Abwärtstrends der Rohstoffpreise zurückzuführen ist. Das Wachs-

Etappen auf dem Weg nach Lima

Dezember 2014 Chile

Konferenz in Santiago de Chile zu Wachstum und Wohlstand in Lateinamerika, gefolgt von der Herausgabe des *Regional Economic Outlook*

Mai 2015 Kolumbien

Konferenz in Bogotá mit dem Titel „Latin America: Challenges in a Rapidly Changing Global Environment“

Mai 2015 Brasilien

Besuch der Geschäftsführenden Direktorin des IWF in Brasília und Rio de Janeiro

Juni 2015 USA

Hochrangige IWF-Konferenz zu Lateinamerika mit dem Titel „Rising Challenges to Growth and Stability in a Shifting Global Environment“ in Washington, DC.



tum in der Region fällt unterschiedlich aus, sind doch Südamerika und Rohstoffexportländer stärker betroffen als Volkswirtschaften mit engeren Beziehungen zu den USA oder Länder mit stärkerem Wachstumspotenzial. Der REO stellte eine zentrale Priorität für die Regierungen heraus: die Anhebung von Investitionen, Produktivität und gesamtwirtschaftlichem Wachstumspotenzial. Er nannte Verbesserungen im Geschäftsumfeld, in Infrastruktur und Bildung als Schlüssel zur Förderung von vielfältigeren, widerstandsfähigeren und umfassenderen Volkswirtschaften. Eine weitere Priorität ist die Wahrung von Stabilität angesichts von schwächerem Wachstum und Anfälligkeiten bei Banken wie Unternehmen.

Bei einer hochkarätig besetzten Konferenz im Dezember 2014 zu „Challenges for Securing Growth and Shared Prosperity in Latin America“ (Herausforderungen für die Sicherung von Wachstum und gemeinsamem Wohlstand in Lateinamerika) in Santiago de Chile unterstrichen die Redner

den Fortschritt auf dem Weg zu umfassendem Wachstum: Vor nur einem Jahrzehnt war der Anteil der Menschen, die in Armut lebten, zweieinhalb Mal so groß wie in der Mittelschicht, und heute sind beide Bevölkerungsanteile etwa gleich groß. Weitere Fortschritte werden wegen langsamen Wachstums und schlechteren Aussichten schwieriger zu erreichen sein.

Anpassung an ein schwieriges globales Umfeld

Die Konferenz von Santiago war ein wichtiger Punkt auf einer Agenda von Veranstaltungen, die sich im Vorfeld zur Jahrestagung in Peru den Problemen Lateinamerikas widmen. Diese Agenda namens „Weg nach Lima“ soll das Verständnis der Öffentlichkeit über die Schwierigkeiten beim Erreichen von nachhaltigem Wachstum, höherer Beschäftigung und weiterer Senkung von Armut und Wohlstandsgefälle vertiefen. Der Weg nach Lima soll auch die Notwendigkeit einer Anpassung an ein schwieriges globales Wirtschaftsumfeld behandeln. ■



Förderung von Wachstum in Lateinamerika und der Karibik

Im vergangenen Jahr veranstaltete der IWF **zwei hochrangige Konferenzen in Chile und Jamaika**, deren Kernthemen die Strategien zur Anhebung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials und Sicherung nachhaltigen Wachstums waren. In den letzten 15 Jahren gewannen die meisten Länder in Lateinamerika und der Karibik an Stärke und erzielten beträchtliche Fortschritte bei der Bekämpfung von Armut und Wohlstandsgefälle. Das Wachstum fiel in den letzten Jahren jedoch enttäuschend aus und säte Zweifel über die Fortsetzung wirtschaftlicher und sozialer Errungenschaften. Die beiden Konferenzen erörterten Optionen zur Anhebung des gesamtwirtschaftlichen

Juni 2015

Peru

Gemeinsame Konferenz von IWF und Weltbank zum Thema finanzielle Inklusion in Lima

Juli 2015

El Salvador

13. Mittelamerikakonferenz des IWF in San Salvador

September 2015

St. Kitts und Nevis

Fünfte Karibikkonferenz des IWF in Frigate Bay

September 2015

Peru

Konferenz zum Thema „Managing Macroeconomic Success and Challenges“ in Lima



(Wachstum, Forts.)

Produktionspotenzials, Verbesserung wirtschaftlicher Chancen, Senkung der Energiekosten, Verbesserung des Geschäftsumfelds und Ausweitung der finanziellen Einbindung. Angesichts der rasch zunehmenden Bedürfnisse einer wachsenden Mittelschicht nahmen die Experten auch eine genauere Untersuchung der Prioritäten bei den öffentlichen Ausgaben und, in Lateinamerika, der notwendigen Verbreiterung der Steuerbasis vor.

Die wichtigsten Ergebnisse aus den beiden Konferenzen:

- In der Karibik sind viele Länder extrem abhängig von Ölimporten zur Stromgewinnung und für den Verkehr. Effizienzsteigerungen können durch engere Zusammenarbeit zwischen privatem und öffentlichem Sektor bei der Erzeugung und Verteilung von Elektrizität

und bei der Erschließung erneuerbarer Energiequellen erzielt werden. Es sind jedoch staatliche Reformen des regulatorischen Rahmens notwendig, um den Privatsektor zur Mitwirkung anzuregen, und es müssen neue Wege gefunden werden, um das Wohlstandsgefälle anzugehen, ohne Preisverzerrungen zu schaffen.

- Klare und konsequente Regeln werden helfen, private Investitionen anzulocken. Die Vielfalt an Steueranreizen, die in vielen Karibikstaaten geboten werden, führten zu einem zunehmend komplexen Steuersystem und einer Erosion der Steuerbasis. Länder sollten ihre Besteuerungsstrategien neu bewerten, um konkurrierende Ziele wie Unterstützung von Wachstum und Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen besser verwirklichen zu können.

- Sowohl in der Karibik als auch in Lateinamerika fördert breiter Zugang zu Finanzdienstleistungen

Wachstum und mehr Einkommensgleichheit. Es sind der öffentliche und der private Sektor gefordert, wenn dieser Zugang verbessert werden soll. Besondere Beachtung verdient jedoch die Wahrung der Finanzstabilität, denn Instabilität hat katastrophale Folgen für die ärmsten Bevölkerungsschichten.

- Schließlich müssen sich viele Volkswirtschaften Lateinamerikas mit Ressourcenengpässen und einer Mittelschicht befassen, die den fehlenden Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Mangel an wirtschaftlichen Chancen beklagt. Konferenzteilnehmer in Chile erörterten die Notwendigkeit tiefergreifender Strukturreformen, die die Verfügbarkeit und Qualität öffentlicher Dienstleistungen erhöhen und das Bildungswesen verbessern können.

- > Bessere Ergebnisse kosten mehr Geld, das durch eine Verbreiterung der Steuerbasis und die

Eingliederung von Gruppen mit hohem Einkommen in die öffentlichen Besteuerungs- und Sozialleistungssysteme beschafft werden könnte.

- > Zudem muss an der Aufrüstung der Infrastruktur und Stärkung der regionalen Zusammenarbeit in traditionellen und weniger konventionellen Bereichen wie Arbeit, Sicherheit, Energie, Umwelt und Wettbewerb gearbeitet werden.

Ein umfassenderer strategischer Ansatz würde die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen in Schwellenländern mit mittlerem Einkommen ausweiten helfen und das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial steigern, womit wiederum das Fundament für eine dauerhafte Senkung der Armut gelegt werden könnte. ■





Die demografische Dividende Afrikas nutzen

Afrika

Rückläufige Kindersterblichkeit und Fortpflanzungsraten werden im Lauf der nächsten 20 Jahre dafür sorgen, dass die Länder Afrikas südlich der Sahara den Hauptanteil an neuen Arbeitskräften weltweit stellen werden.

Bis 2035 wird die Zahl an erwerbsfähigen Afrikanern (zwischen 15 und 64 Jahren) aus Ländern südlich der Sahara höher sein als die Erwerbsbevölkerung der restlichen Welt insgesamt.

Dieser Trend hat erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft Afrikas südlich der Sahara wie auch für die Weltwirtschaft.

Diese Entwicklung floss in eine zentrale Analyse der bevorste-

henden Veränderungen in der Erwerbsbevölkerung Afrikas südlich der Sahara ein, die im *Regional Economic Outlook* (REO) vom April 2015 für Afrika südlich des Saharagürtels veröffentlicht wurde. Die Studie beschreibt auch eine potenzielle „demografische Dividende“ für Afrika südlich der Sahara, deren Größe davon abhängen wird, wie schnell die Fortpflanzungsraten sinken und wie stark die begleitende Politik ausfällt. Die Region weist seit einigen Jahren das zweitschnellste Wachstum weltweit auf, aus dem wirtschaftliche Vorteile erwachsen könnten. Die Weltwirtschaft profitiert ebenfalls, wenn die Erwerbsbevölkerung in Afrika südlich der Sahara in einer Zeit, in der die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in anderen Erdteilen zurückgeht, in die globalen Lieferketten eingebunden wird.

Politische Herausforderung: Schaffung von Arbeitsplätzen

Die politische Herausforderung ist allerdings immens: Afrika südlich der Sahara muss in extrem hohem Tempo und über längere Zeit hochproduktive Arbeitsplätze schaffen, wenn die wachsende Erwerbsbevölkerung beschäftigt werden soll – ungefähr 18 Millionen neue Jobs pro Jahr bis 2035. Zwar gibt die Wirtschaftsleistung der letzten 15 Jahre in Afrika südlich der Sahara – zum Teil angeregt durch starke Politikmaßnahmen – Anlass zu Optimismus, dass diese Herausforderung gemeistert werden kann, ein Misserfolg jedoch hätte fatale Folgen.

Die REO-Analyse verweist auf die Notwendigkeit von politischen Maßnahmen, die eine schrittweise Umschichtung der Arbeit fördern, und zwar weg vom informellen Sektor, der derzeit rund 90 Prozent der 400 Millionen Jobs in Niedrigeinkommensländern Afrikas südlich der Sahara ausmacht, hin zu formeller Beschäftigung in nicht landwirtschaftlichen Berufen. Investitionen in Humankapital – einschließlich Gesundheits-



(Dividende, Forts.)

wesen und Bildung – sind in den Anfangsphasen entscheidend, um die Umstellung zu beschleunigen. Die Region hat beträchtliche Fortschritte erzielt und den Zugang zu Grundschulausbildung verbessert, doch der Zugang zu weiterführenden Schulen sowie die Qualität der Ausbildung insgesamt müssen verbessert werden.

Reformprioritäten in Afrika südlich der Sahara

Die politischen Herausforderungen zur Erhöhung der Beschäftigung spiegeln die gesamte Bandbreite der Reformprioritäten in Afrika südlich der Sahara wider, darunter Förderung der Entwicklung des Privatsektors mit Betonung von Haushaltsunternehmen, Steigerung der Agrarproduktion und Investitionen in Infrastruktur. Politiken, die die Entwicklung arbeitsintensiver Sektoren fördern, die dem globalen Wettbewerb standhalten

können, werden ebenso gebraucht wie Politiken zur Förderung von Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Entwicklungsförderung für den Finanzsektor, damit Einsparungen wirksam in Investitionen umgemünzt werden können, kann ihrerseits zu mehr Beschäftigung und Wachstum beitragen.

Eine stärkere Öffnung des Handels würde ebenfalls zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen, da Afrika südlich der Sahara dadurch von Technologietransfers und Integration in globale Wertschöpfungsketten profitieren könnte. Die Ausweitung des intraregionalen Handels und der regionalen Märkte könnte stärkere Anreize für die inländische Produktion schaffen, insbesondere in der arbeitsaufwendigen Fertigung, und mehr Investitionen anlocken. ■

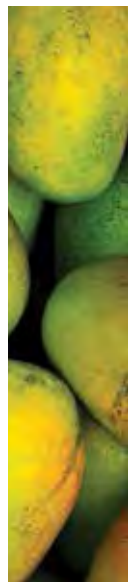


Panafrikanische Banken: Chancen und Herausforderungen für grenzüberschreitende Aufsicht

Nachdem Afrika südlich der Sahara sich in den letzten Jahren zur Region mit dem zweitschnellsten Wachstum weltweit entwickelt hat, kommt der wirtschaftlichen Integration zunehmende Bedeutung als Wachstumsfaktor zu.

Handel und Investitionen stehen zwar oft im Mittelpunkt des Interesses, doch das Aufkommen panafrikanischer Banken ist ein weiterer wichtiger Trend.

Die IWF-Abteilungen Afrika sowie Geld- und Kapitalmärkte arbeiteten 2014 gemeinsam an einem bedeutenden



Forschungsprojekt, das die Expansion des panafrikanischen Bankenwesens und die damit einhergehenden Chancen und Herausforderungen untersuchte. Die Forschungsarbeit wurde dem Exekutivdirektorium vorgelegt und später als Abteilungs-papier veröffentlicht. Sie wurde in zusammengefasster Form auch in *Finance & Development* in der Ausgabe vom Juni 2014 vorgestellt.

Die panafrikanischen Geldinstitute, die früher überwiegend auf ihren Heimatmärkten tätig waren, flechten jetzt grenzüberschreitende Netze und überholen die europäischen und amerikanischen Banken, die traditionell die afrikanische Bankenszene beherrschten. Sie fördern damit nicht nur die Integration, sondern verleihen der Vertiefung und Eingliederung der Finanzmärkte Schwung und tragen somit zu mehr Wettbewerb und Innovation bei.

Die panafrikanischen Banken haben ihren Ursprung hauptsächlich in den größten

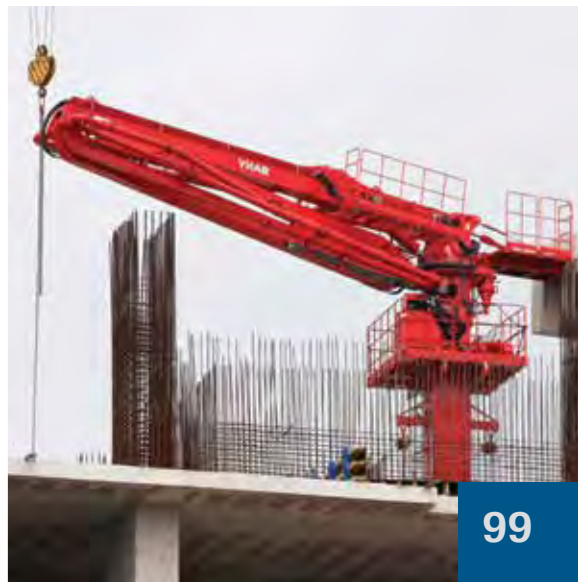
Volkswirtschaften Afrikas wie Marokko, Nigeria und Südafrika oder in wichtigen Ländern einer Region, wie etwa Kenia in Ostafrika. Eine wichtige panafrikanische Institution jedoch, die Ecobank, hat ihren Hauptsitz in Togo; sie wurde Mitte der 1980er-Jahre mit Unterstützung der 15 Nationen umfassenden Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten gegründet. Obwohl die Ecobank gemessen an ihren Vermögenswerten nicht die größte unter den panafrikanischen Banken ist, übertrifft sie alle in Bezug auf die geografische Reichweite ihres Netzes.

Die rasche Expansion der panafrikanischen Banken bringt Herausforderungen für die Aufsicht mit sich, könnten sie doch zu einer Erhöhung der systemischen Risiken führen, wenn sie sich selbst überlassen werden.

Diese Bankengruppen bedeuten zunehmende Anforderungen an die Regulierungs- und Aufsichtsbehörden in den Heimatländern, die sicherstellen müssen, dass die Aufsicht der Bankengruppe in ihren Rechtsräumen auf konsolidierter Basis erfolgt. Die Aufsichtskapazität ist in den meisten Teilen Afrikas ohnehin bereits schwierig und mit unzureichenden Mitteln ausgestattet. Durch die Bankennetze steigt die Bedeutung von Transparenz und Offenlegung, guter Governance, starker prudenzieller Aufsicht und eines rechtlichen und regulatorischen Regelwerks, das wirksame und umfassende Aufsicht bietet, sowie die Notwendigkeit, sich auf Krisenmanagement einzustellen. In den meisten Bereichen werden Fortschritte erzielt, aber die Bemühungen zur Ausweitung der Aufsicht auf Bank-Holdinggesellschaften ist in einigen Fällen vonnöten.

Es wurde mit der Zusammenarbeit zur grenzüberschreitenden Aufsicht begonnen, entscheidend ist allerdings, dass die Zusammenarbeit vertieft wird.

Regionale Währungsunionen wie die Westafrikanische Währungsunion stehen vor besonderen Herausforderungen, wenn es um die Schnittstellen der Verantwortung zwischen regionalen und nationalen Behörden geht. Für die zügige Verfolgung der Reformagenda wird umfassende technische Hilfe benötigt. Der IWF ist bereit, innerhalb seiner Aufgabenbereiche weiterhin Unterstützung zu gewähren und Kontakte zu anderen Anbietern zu knüpfen, wenn dies einem umfassenden Programm zur Wahrung der Finanzstabilität dienlich ist. ■





Chinas Neuaustrich- tung

Asien

Die konjunkturelle Abkühlung Chinas 2014–15, die einem allgemeineren Trend in Schwellenmärkten entspricht, war in der gesamten Weltwirtschaft zu spüren. Das langsamere Wachstum war Teil eines Vorhabens zur Neuaustrichtung seitens der chinesischen Regierung, und diese Verlagerung rückte in den Mittelpunkt der weltweiten Aufmerksamkeit und wurde zu einem Element der Risikobewertung durch den IWF.

Analyse und Politikberatung für die IWF-Mitglieder berücksichtigten den Trend, insbesondere durch die verschiedenen Überwachungsmaßnahmen. Diese Tätigkeit fand denn auch ihren Niederschlag in der

Arbeit des Exekutivdirektoriums, dessen Gespräche und öffentlichen Statements starke Wahrnehmung des von China neu eingeschlagenen Kurses zeigten.

Das rasche Wachstums Chinas – die Volkswirtschaft des Landes ist jetzt, gemessen an der Kaufkraftparität, die größte der Welt – war in den letzten Jahren ein wichtiger Motor für die Weltwirtschaft, insbesondere seit der weltweiten Finanzkrise. Ein Großteil der aktuellen Abkühlung – das Wachstum sank von 7,7 Prozent im Jahr 2013 und 10,2 Prozent im Jahr 2011 auf 7,4 Prozent im Jahr 2014 – folgte einer temporeichen Expansion über eine ganze Generation hinweg und spiegelte die rückläufigen Dividenden aus früheren Reformen wider. Aber hohes Investitionsniveau und Kreditwachstum schufen Anfälligkeiten.

Eine umfassende Blaupause für Reformen, die anlässlich einer Sitzung hochrangiger Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas 2013 verkündet wurden, leitete eine Verlagerung der Prioritäten hin zu höherem Verbrauch, umfassendem Wachstum und nachhaltiger Umweltpolitik ein.

Die Politikberatung des IWF

Die Reformagenda entspricht im Großen und Ganzen der vom IWF geleisteten Politikberatung, einschließlich der Empfehlungen des Exekutivdirektoriums. In seiner Bewertung der Artikel-IV-Konsultation mit China 2014 begrüßte



das Direktorium die Reformen; seiner Ansicht nach bestünde die Herausforderung nun darin, „die Gangart zu wechseln, die entstandenen Schwachstellen abzubauen und nachhaltigeres Wachstum zu verfolgen“.

Die externen Auswirkungen der Konjunkturabkühlung Chinas wurden im *World Economic Outlook* vom April 2015 und im *Global Financial Stability Report* erörtert; sie standen auch im Mittelpunkt des *Spillover Report* 2014 und waren zentrales Thema der Diskussion über intraregionale Übertragungseffekte. *Regional Economic Outlooks* befassten sich ebenfalls mit den Auswirkungen Chinas.

Artikel-IV-Konsultationen einiger anderer Länder widmeten den Auswirkungen des langsameren Wachstums in China in Bezug auf geringeren Handel und finanzielle Verknüpfungen ebenfalls be-

trächtliche Aufmerksamkeit. Risikobewertungsschemata in Stabsberichten zu Ländern in ganz Asien verwiesen gezielt auf die möglichen Auswirkungen der Abkühlung. Die Bewertungen verschiedener Artikel-IV-Berichte durch das Exekutivdirektorium erörterten die langsamere Entwicklung der chinesischen Wirtschaft im Zusammenhang mit anderen Ländern.

Einfluss auf Rohstoffmärkte

Die Rohstoffmärkte spüren die Auswirkungen der wirtschaftlichen Abkühlung Chinas ebenfalls.

Die Preise für viele Rohstoffe sind gesunken, was allerdings auch auf eine schwächere globale Nachfrage und neue Angebotsquellen zurückzuführen ist.

Nicht nur die Preise für Erdöl fielen im vergangenen Jahr einmal um mehr als 50 Prozent. Die Länder Afrikas südlich der Sahara erlebten zum Beispiel drastische Preisrückgänge bei Erdgas (45 Prozent), Eisenerz (34 Prozent), Baumwolle (23 Prozent), Kupfer (15 Prozent) und Platin (17 Prozent).

Trotz der kurzfristigen globalen Auswirkungen verfolgt die Führung Chinas einen Wirtschaftsweg, der sich auf ein nachhaltigeres Wachstumsmodell konzentriert. Eine umfassende Blaupause von Reformen, die anlässlich einer hochrangig besetzten Sitzung der Kommunistischen Partei Chinas 2013 verkündet wurden, leitete eine Verlagerung der Prioritäten hin zu einem ausgewogeneren und nachhaltigeren Wachstumsmodell ein, das auch umfassender und umweltfreundlicher ausfallen soll. ■





Islamisches Finanzwesen und der IWF

Naher Osten und Zentralasien

Das islamische Finanzwesen betrifft derzeit noch einen kleinen Teil der globalen Finanzmärkte, ist aber rasch im Wachsen begriffen. Das Bankensegment des Marktes weitet seine Präsenz in vielen Mitgliedsländern des IWF aus und erhält Systemrelevanz in einigen Volkswirtschaften Asiens und des Nahen Ostens. Gleichzeitig wächst die weltweite Emission von Sukuk – dem islamischen Äquivalent zu Anleihen – und umfasst nun ein breites Spektrum an Emittenten und Investoren.

Islamisches Finanzwesen kann in mindestens drei Bereichen wichtige Beiträge leisten und war deshalb das Thema einer Staff Discussion Note (SDN) vom April 2015. Erstens verspricht es die Förderung stärkerer Finanz-

einbindung, insbesondere von großen, unterversorgten muslimischen Bevölkerungsgruppen. Zweitens bedeutet seine Ausrichtung auf durch Aktiva besicherte Kredite und Risikoverteilung, dass es kleine und mittelständische Betriebe sowie Investitionen in die Infrastruktur unterstützen könnte. Schließlich legen die Risikoverteilung und das Spekulationsverbot nahe, dass das islamische Finanzwesen im Prinzip weniger systemische Risiken birgt als das herkömmliche Finanzwesen.

Regulierung und Aufsicht

Der IWF befasst sich seit Langem mit den Auswirkungen des islamischen Finanzwesens auf die Finanz- und makroökonomische Stabilität und arbeitet mit Mitgliedsländern zusammen in den Bereichen politische Beratung und Kapazitätsentwicklung, insbesondere in Bezug auf Regulierung und Aufsicht und die Erschließung interner Märkte für Sukuk. Der IWF

spielte auch eine entscheidende Rolle bei der Einrichtung des Islamic Financial Services Board, einer internationalen, Standard setzenden Organisation, die die Solidität und Stabilität der islamischen Finanzdienstleistungsbranche durch Herausgabe globaler prudenzieller Standards und Leitprinzipien für die Branche fördert und festigt.

Der IWF unternahm 2014–15 mehrere Schritte zur Vertiefung seines Verständnisses des islamischen Finanzwesens und zur Förderung eines allgemeineren Verständnisses. Im Oktober 2014 veranstaltete eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe ihr erstes Treffen mit einer externen Beratergruppe, die gebildet wurde, um in den Bereichen Wissensaustausch, Kapazitätsentwicklung und Informationsarbeit zur Erkennung politischer Herausforderungen für die islamische Finanzbranche und zur Koordinierung mit spezialisierten und regionalen Institutionen beizutragen.



Workshop in Kuwait

Im Februar 2015 veranstaltete der IWF einen regionalen Workshop in Kuwait zum Thema „Risk-Based Supervision in Institutions Offering Islamic Services“ (Risikobasierte Aufsicht in islamischen Dienstleistungsinstitutionen). Am Workshop, der vom Middle East Center for Economics and Finance und dem Regional Technical Assistance Center für den Nahen Osten veranstaltet wurde, nahmen leitende Beamte der Bankenaufsichtsabteilungen in Ländern der Arabischen Liga teil. Der Workshop bot Anleitung und Ausbildung zu den Methoden und Ansätzen zur Implementierung risikobasierter Aufsicht in Institutionen, die islamische Finanzdienstleistungen anbieten.

Damit das islamische Finanzwesen sein Potenzial voll entfalten kann, sind mehrere Aufgaben zu lösen. Wie in der SDN umrissen, wurden Standards entwickelt, aber

die Regelwerke zu Aufsicht und Regulierung in vielen Rechtsräumen sind noch nicht auf die besonderen Risiken der Branche zugeschnitten. Regulierungsbehörden verfügen nicht immer über die Kapazität (oder Bereitschaft), um die Einhaltung der islamischen Gesetze oder Scharia sicherzustellen, was die Gleichförmigkeit des Ansatzes innerhalb bestimmter Grenzen oder im grenzüberschreitenden Verkehr unterhöhlt. Eine spezielle regulatorische Herausforderung stellen die Investmentkonten mit Gewinnbeteiligung bei islamischen Banken dar, die in einer für die Finanzstabilität verträglichen Weise behandelt werden müssen. Darüber hinaus wird die Implementierung von Basel III Schwierigkeiten bereiten, obwohl die Kapitalausstattung der islamischen Banken offensichtlich gut ist. Schließlich sind auch Sicherheitsnetze und Regelwerke zur Abwicklung noch nicht voll entwickelt. ■



Bewertung der Konzentrationsrisiken von Banken im Arabischen Golf

Wichtige regionale Arbeiten des IWF finden außerhalb der Artikel-IV-Konsultationen statt. Ein Beispiel hierfür war das Stabspapier „Assessing Concentration Risks in GCC Banks“, das während der Jahrestagung der Finanzminister und Zentralbankgouverneure des Kooperationsrats der arabischen Golfstaaten (GCC) im Oktober 2014 vorgelegt wurde.

Das Papier, das vom Stab der IWF-Abteilungen Naher Osten und Zentralasien sowie Geld- und Kapitalmärkte ausgearbeitet worden war, befasste sich mit Konzentrationsrisiken – wenn zu viel Geld an bestimmte Kategorien von Kreditnehmern ausgeliehen wird – in den Kreditportfolios der Banken in Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Ara-



(Banken, Forts.)

bien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Gute Kapitalausstattung, aber schlecht gestreute Kreditportfolios

Dem Papier zufolge sind die Banken in GCC-Ländern generell gut mit Kapital ausgestattet. Allerdings erweist sich aufgrund der Struktur der Volkswirtschaften in diesen Ländern – deren Nicht-Ölsektoren von den Entwicklungen auf dem Ölsektor abhängig sind – die Diversifizierung der Kreditportfolios als schwierig, weshalb die Banken Konzentrationsrisiken ausgesetzt sind, die eine eingehendere Begutachtung erfordern.

Die im Papier durchgeführte Analyse arbeitete mit Verfahren zur modellhaften Darstellung von Kreditrisiken, um die

angesichts der herausgestellten Risiken benötigten Kapitalpuffer abzuschätzen. Die Ergebnisse legen nahe, dass das von den Banken der Region gehaltene Kapital im Allgemeinen für einen Ausgleich der Konzentrationsrisiken ausreicht. Dennoch empfahl das Papier als ein Hauptziel die Aufrechterhaltung bestehender starker Kapitalpuffer und die Stärkung der Kapazität aufseiten der Aufsichtsbehörden, damit sie das Entstehen von Konzentrationsrisiken in den Portfolios der Banken überwachen können.

Wege zur Stärkung der GCC-Banken

Das Papier zeigte auch Bereiche auf, in denen Regulierung und Aufsicht von Banken sowie Informationsweitergabe in den GCC gestärkt werden könnten. Die Empfehlungen lauten unter anderem:

- Stresstests sollten so kalibriert werden, dass sie die bestehende und sich entwickelnde Natur der Verknüpfungen und Konzentration von

Risikopositionen voll erfassen. Regulierungsbehörden brauchen stärkere rechtliche Vollmachten, um Daten zu den letztendlichen wirtschaftlichen Eigentümern zusammenzutragen, damit sie die aus den Verknüpfungen entstandenen Risiken der Banken besser beaufsichtigen können.

- Zur besseren Überwachung der Bankrisiken sollten die Zentralbanken in den GCC ihre Risikopositionen gegenüber einem einzelnen Kreditnehmer oder einer eng verknüpften Gruppe von Kreditnehmern auf einen konservativen Höchstwert beschränken und gemeinsame Grenzen für große Risikopositionen einführen.

- Erhöhte Verfügbarkeit von Daten und weitere Offenlegungen sind vonnöten, um die Risiken besser bewerten zu können.

- Dieser Ansatz zur Analyse des Finanzsektors könnte für die Mitglieder des IWF im Allgemeinen nachempfunden werden: Der Stab

setzt Analyseinstrumente zur Begutachtung der besonderen Umstände von Banken, anderen Finanzinstitutionen und Regierungsorganen ein, um die Finanzstabilität stärker in den Mittelpunkt zu rücken. ■





Rückblick auf 25 Jahre historischer Veränderungen in Europa

Ost- und Mitteleuropa

2014 war für Europa ein wichtiges Jubiläumsjahr: 25 Jahre seit dem Fall der Berliner Mauer und der Beginn einer historischen Wandlung in Ost- und Mitteleuropa. Die Wiedereingliederung der ehemaligen kommunistischen Staaten in die Weltwirtschaft – und ihr Beitritt zum IWF – brachte in den meisten Fällen eine starke Verbesserung des Lebensstandards mit sich.

Die IWF-Abteilung Europa beging das Jubiläum mit einem Special Report mit dem Titel „25 Years of Transition: Post-Communist Europe and the IMF“ (25 Jahre Übergang: Das postkommunistische Europa und der IWF), der im Oktober 2014 erschien. Der Sonderbericht fasste die Übergangsphasen zusammen und betrachtete

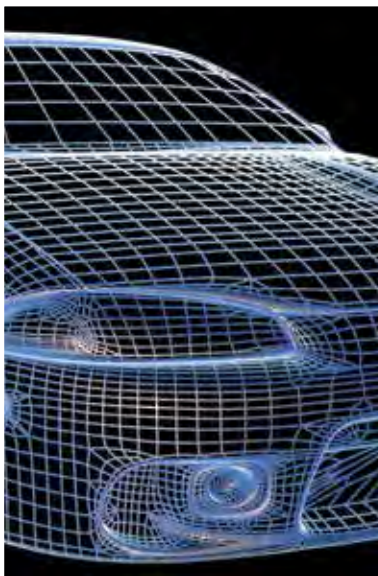
die Herausforderungen der kommenden Jahre.

Der Aufbau marktorientierter Volkswirtschaften war schwierig und langwierig.

Die Liberalisierung von Handel und Preisen erfolgte rasch, aber Eigeninteressen behinderten nicht selten die Umsetzung institutioneller Reformen. So kam es aufgrund großer Unterschiede bei der Umsetzung politischer Maßnahmen nach der Übergangszeit zu uneinheitlichen Ergebnissen. Alle Länder litten unter hoher Inflation und starker Rezession, als die Preise liberalisiert und alte Verknüpfungen der Wirtschaft aufgelöst wurden.

Im Gegensatz dazu wurde Anfang und Mitte der 2000er-Jahre starkes Wachstum verzeichnet. Als die makroökonomische Stabilität gesichert und maßgebliche marktba-sierte Regelwerke größtenteils aufgestellt waren, erlebte die Region große Kapitalzuflüsse. Dies wurde unterstützt von einem wohlwollenden globalen Umfeld und zunehmendem Vertrauen in das rasche Zusammenwachsen mit Westeuropa – insbesondere für die Länder, die in dieser Zeit der Europäischen Union (EU) beitraten.

Die zunehmende Beteiligung ausländischer Banken (entweder direkt oder durch Tochtergesellschaften und Zweigstellen) an der Kreditver-gabetätigkeit in den Ländern Mittel- und Osteuropas brachte dringend benötigte Glaubwürdigkeit und technisches Fachwissen und ließ die Kreditwirtschaft in der Region aufleben – manchmal jedoch übermäßig stark, was zu internen Ungleichgewichten führte. Die daraus folgenden Schwachstellen wurden offensichtlich,



(25 Jahre, Forts.)

als die globale Krise und die Krise des Euroraums Ende des ersten Jahrzehnts eintraten und die Volkswirtschaften im Übergang stark trafen.

Im Gefolge dieser Krisen leiteten die Länder beträchtliche Maßnahmen zur Konsolidierung ihrer Haushalte ein; doch einige Länder kämpfen weiterhin damit, Wettbewerbsfähigkeit und fiskalische Tragfähigkeit vor dem Hintergrund einer schleppenden weltweiten Erholung und anhaltender Strukturschwächen wiederherzustellen. Jüngste Analysen zeigen die Auswirkung des größeren Gefälles in der Region: die stärker fortgeschrittenen Länder wie das Baltikum und einige Länder Mitteleuropas haben jetzt mehr mit den Volkswirtschaften Westeuropas gemein als mit einigen ehemals kommunistischen Ländern. Doch selbst in leistungsstärkeren Volkswirtschaften ging das Tempo der Annäherung an ein Pro-Kopf-Einkommen auf EU-Niveau erheblich zurück. Darüber hinaus verlangsamte

sich im Lauf der Jahre der allgemeine Schwung der Reformen, was in einigen Ländern die Gefahr einer Umkehrung bedeuten könnte.

Zur Wiederbelebung des Annäherungsprozesses und zur Verbesserung der Belastbarkeit der Volkswirtschaften im Übergang ist eine stärkere Hinwendung zu marktbasierter Politik vonnöten. Zwei allgemeine Prioritäten sind besonders wichtig: Erstens müssen einige Länder ihre Aufmerksamkeit erneut auf die Finanz- und makroökonomische Stabilität richten. Dies könnte bedeuten, hartnäckige Defizite und steigende Schulden einzudämmen oder die Zunahme fauler Kredite im Bankensystem zu bekämpfen. Zweitens sollten Tempo und Tiefe der Strukturreformen in Bereichen wie Geschäfts- und Investitionsklima, Zugang zu Krediten, Priorisierung der öffentlichen Ausgaben und Steuerverwaltung sowie Arbeitsmärkte erhöht werden. ■

Kasten 4.1 Politisches Forum der neuen EU-Mitgliedsstaaten

Als Europa den 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer feierte, wurde ein zweiter wichtiger Meilenstein erreicht: Zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) der ersten Gruppe von Ländern Mittel- und Osteuropas. Anlässlich dieses Jubiläums veranstaltete der IWF sein erstes politisches Forum für neue Mitgliedsstaaten als Plattform, um Politikfragen von allgemeinem Interesse zu erörtern.

Das Forum versammelte hochrangige Vertreter aus sechs Ländern, die Mitglieder der EU sind, aber noch nicht dem Euroraum angehören: Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, die Tschechische Republik und Ungarn. Ebenfalls vertreten waren die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission. Der Bericht über das Forum – Teil einer Reihe von Cluster Consultations des IWF – wurde in einer informellen Sitzung mit dem Exekutivdirektorium des IWF besprochen.

Der Forumsbericht konzentrierte sich auf vier Themen: Einführung des Euro, Beitritt zur Bankenunion vor der Einführung des Euro, das fiskalische Regelwerk und die Rentenreform der EU sowie die bestmögliche Nutzung des EU-Binnenmarkts und der EU-Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt.





Cluster Report Baltikum

Eine Innovation, die aus der Dreijahresprüfung der Überwachung von 2011 hervorging, ist die Einführung sogenannter „Cluster Reports“, also von Gruppenberichten zur integrierten Bewertung logischer Gruppierungen von Volkswirtschaften. Diese Bewertungen, die die Artikel-IV-Konsultationen mit jedem Mitglied der Gruppe ergänzen, sollen die Arbeit des IWF zu Verknüpfungen stärken und damit die Lücke zwischen den Bewertungen in den Artikel-IV-Konsultationen mit den Mitgliedern und der multilateralen Überwachung globaler Wirtschaftstrends schließen.

Die Cluster Reports bewerten Übertragungseffekte in einer Gruppe von untereinander verknüpften Ländern, indem sie die Risiken untersuchen,

die von gemeinsamen Schocks ausgehen, und die Herausforderungen einer gemeinsamen Politik und, wo relevant, die möglichen Vorteile einer koordinierten Politik herausstellen.

Einer der 2014 verfassten Pilotberichte bewertete die Länder des Baltikums – die Republik Estland, die Republik Lettland und die Republik Litauen – zu ihren Handels- und Finanzverknüpfungen mit den Ländern Nordeuropas. Sie stehen auch vor gemeinsamen Herausforderungen.

In seiner Bewertung des Berichts bemerkte das Exekutivdirektorium, dass es zwar kein spezielles „Modell Baltikum“ gebe, aber alle drei Länder hätten im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte beeindruckende Fortschritte bei der Annäherung ihres Einkommens an Westeuropa erzielt. Ihr politischer Ansatz basierte auf allgemein umsichtigen makroökonomischen Politiken, kleinem Staatsapparat und einem relativ freundlichen Investitionsklima.

Die Direktoren betonten die starke wirtschaftliche Integration des Baltikums mit Westeuropa im Allgemeinen und mit ihren nordeuropäischen Nachbarn im Besonderen durch das Bankenwesen, ausländische Direktinvestitionen und Handel.

Die Direktoren unterstrichen, dass es in Zukunft schwieriger werden könnte, die „kreditlose Erholung“ im Baltikum aufrechtzuerhalten.

Sie lobten die starke wirtschaftliche Erholung von der weltweiten Finanzkrise, merkten aber auch an, dass sie von einer rückläufigen Kreditvergabe an den Privatsektor begleitet worden war. Dies ist im Konjunkturzyklus zwar nicht ungewöhnlich, aber eine anhaltend schwache Bereitstellung von Krediten könnte Investitionen und Wachstum belasten. ■



Blick in die Zukunft



Nachhaltige Entwicklung finanzieren

Ein entscheidendes Jahr

Seit der Verabschiedung der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen im Jahr 2000 haben die meisten Entwicklungsländer wichtige Fortschritte in Bezug auf starkes Wachstum und Armutsbekämpfung gemacht. Die Fortschritte fielen allerdings unterschiedlich aus, und in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten waren die Ergebnisse am schwächsten. Jetzt heißt es, auf den überzeugenden Ergebnissen der letzten 15 Jahre aufzubauen und Hindernisse auf dem Weg zu nachhaltigem Wachstum und Inklusion abzubauen – vor allem in Ländern, die noch viel aufzuholen haben.

Die internationale Gemeinschaft ist dieses Jahr aufgefordert, eine gemeinsame Vorstellung von den Entwicklungszielen bis 2030 und darüber hinaus sowie einen Aktionsplan zu verabschieden, der diese Vorstellung Wirklichkeit werden lässt. Die Verwirklichung dieser nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDG), die wirtschaftliche, soziale und ökologische Themen aufgreifen, verlangen nach einer Partnerschaft zwischen fortgeschrittenen Wirtschaftsna-tionen und Entwicklungsländern sowie internationalen Institutionen. Insbesondere ist dafür zu sorgen, dass die richtigen Politikmaßnahmen etabliert sind und ausreichend private und öffentliche Mittel mobilisiert werden, damit die SDG erreicht werden können.

Der Internationale Währungsfonds mit seiner weltweiten Mitgliedschaft und seinem Mandat zu bilateraler und multi-lateraler Tätigkeit ist einzigartig positioniert, um hier seinen Beitrag zu leisten. Die Geschäftsführende Direktorin umriss die Ziele des IWF bei der Frühjahrssitzung 2015 des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses (IMFC) in einem Papier mit dem Titel „Financing Sustainable Development: Key Policy Issues and the Role of the IMF“ (Nachhaltige Entwicklung finanzieren: politische Kernfragen und die Rolle des IWF). Das Papier wurde mit dem Exekutivdirektorium im Rahmen einer in-formellen Sitzung im April vor dem Treffen des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses erörtert.

Die Arbeit des IWF zur Entwicklungsagenda 2015 orientiert sich an der Agenda der drei wichtigen UN-Konferenzen in diesem Jahr:

Financing for Development (im Juli in Addis Abeba) zur Entwicklung einer gemeinsamen Perspektive zu den Politikmaßnahmen, die der Erzeugung der Mittel dienen sollen, die für die Verwirklichung der SDG notwendig sind.

UN Summit on the SDGs (im September in New York): auf dem UN-Gipfel sollen die SDG förmlich verabschiedet werden.

UN-Konferenz zum Klimawandel (im Dezember in Paris), die eine globale Einigung zu den nationalen Zielen zur Senkung der Kohlenstoffemissionen herbeiführen soll.

Der IWF will für diese wichtige Entwicklungsagenda die folgenden Beiträge leisten, die die Geschäftsführende Direktorin in ihrem Statement gegenüber dem IMFC umrissen hatte:

Suche nach Möglichkeiten, die Entwicklungsländern verstärkten Zugang zu den Mitteln des IWF gewähren und ihnen damit bei der Verfolgung ihrer Wachstumsziele einen besseren Umgang mit ihrem Zahlungsbilanzbedarf erlauben.

Vermehrte Unterstützung bei Diagnose und Kapazitätsaufbau für Länder, die mit höheren Investitionen Lücken in ihrer Infrastruktur schließen wollen.

Stärkere Ausrichtung der operativen Arbeit auf Gleichheit, Inklusion, Geschlechter- und Klimafragen unter Heranziehung laufender Analysen und Arbeiten anderer Institutionen.

Genauere Ausrichtung auf und Bereitstellung von Mitteln für die Arbeit zu fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten.

Selektive Expansion der Bestrebungen zum Kapazitätsaufbau in den Bereichen Einkommensmobilisierung, Energiebesteuerung und Finanzmarktentwicklung. ■

Laufende Arbeit im Bereich der öffentlichen Haushalte

Im GJ 2015 wurde im Bereich Fiskalpolitik wichtige Arbeit geleistet, die zur Berücksichtigung von Politikpapieren durch das Exekutivdirektorium im GJ 2016 führen wird. Im Mittelpunkt der Direktoriumsgespräche werden besonders zwei Papiere der Abteilung Fiskalpolitik stehen:

Fiskalpolitik und langfristiges Wachstum: Dies ist eines der Kernthemen der Global Policy Agenda des IWF (siehe Teil 1), die sich auf Strategien zur Anhebung des Wirtschaftswachstums unter allen Mitgliedern des IWF in der Folge der weltweiten Finanzkrise von 2008 konzentriert. Ein im GJ 2015 ausgearbeitetes Papier benennt die Hauptkanäle, über die die Fiskalpolitik mittel- bis langfristiges Wachstum beeinflussen kann. Aufbauend auf der umfangreichen technischen Hilfe des IWF zu Fiskalreformen, weitreichender Literatur und einem mehrgliedrigen Analyseansatz filtert es praktische Lektionen für Politiker heraus.

Öffentliche Investitionen effizienter gestalten: Das Papier fußt auf früheren Analysearbeiten zu Fragen öffentlicher Investitionen, so auch auf dem *World Economic Outlook* vom Oktober 2014, und untersucht, wie Länder die Effizienz öffentlicher Investitionen verbessern und die Wirkung öffentlicher Investitionen für das Wachstum erhöhen können. Die wichtigsten Ergebnisse des Papiers im Überblick: (1) wie wirksam öffentliche Investitionen für die Wirtschaft sind, hängt in entscheidendem Maße von ihrer Effizienz ab, und im öffentlichen Investmentprozess ist Mangel an Effizienz keine Seltenheit; (2) wenn es gelingt, die „Effizienzlücke“ der öffentlichen Investitionen zu schließen, sind die wirtschaftlichen Dividenden beträchtlich; (3) die Stärkung bestimmter wichtiger Institutionen, die die Planung, Zuteilung und Implementierung öffentlicher Investitionen beeinflussen, könnten die Effizienzlücke weitestgehend schließen, aber jedes Land hat seine eigenen Reformprioritäten. ■

Anmerkungen

TEIL 1 – ÜBERSICHT

Kalender des Exekutivdirektoriums: <http://www.imf.org/external/np/sec/bc/eng/index.aspx>

Die Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin:

- Oktober 2014: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/100314.pdf>
- April 2015: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/041315.pdf>

Triennial Surveillance Review (Dreijahresprüfung der Überwachung): <http://www.imf.org/external/np/spr/triennial/2014/index.htm>

Aktionsplan zur Stärkung der Überwachung: <http://www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4924>

World Economic Outlook (Weltwirtschaftsausblick):

- Oktober 2014: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2014/02/>
- April 2015: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2015/01/>

Regional Economic Reports: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/reorepts.aspx>

Global Financial Stability Report (Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems): <http://www.imf.org/external/pubs/ft/gfsr/index.htm>

- April 2015: <http://www.imf.org/External/Pubs/FT/GFSR/2015/01/index.htm>

Fiscal Monitor: <http://www.imf.org/external/ns/cs.aspx?id=262>

- April 2015: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fm/2015/01/fmindex.htm>

„Seven Questions about the Recent Oil Price Slump,“ *iMFDirect* blog: <http://blog-imfdirect.imf.org/2014/12/22/seven-questions-about-the-recent-oil-price-slump/>

IWF-Reaktion auf die Ebola-Krise: <http://www.imf.org/external/np/fad/ebola/index.htm>

IMF Establishes a Catastrophe Containment and Relief Trust to Enhance Support for Eligible Low Income Countries Hit by Public Health Disasters, Pressemitteilung Nr. 15/53: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1553.htm>

Proposal to Enhance Fund Support for Low-Income Countries Hit by Public Health Disasters—Decisions: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/013015.pdf>

Ukraine—Request for Extended Arrangement under the Extended Fund Facility and Cancellation of Stand-By Arrangement—Stabsbericht; Pressemitteilung; Statement des Exekutivdirektors für die Ukraine: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr1569.pdf>

IMF Completes Fifth Review under Extended Fund Facility Arrangement for Greece and Approves €3.41 Billion Disbursement, Pressemitteilung Nr. 14/254: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14254.htm>

„Inequality and Unsustainable Growth: Two Sides of the Same Coin?“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2011/sdn1108.pdf>

„Redistribution, Inequality, and Growth“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2014/sdn1402.pdf>

„Income Inequality and Fiscal Policy“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2012/sdn1208.pdf>

„Fiscal Policy and Income Inequality“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/012314.pdf>

„Jobs and Growth: Analytical and Operational Considerations for the IMF“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/031413.pdf>

Triennial Surveillance Review (Dreijahresprüfung der Überwachung): <http://www.imf.org/external/np/spr/triennial/2014/index.htm>

Regional Economic Outlook: Sub-Saharan Africa—Fostering Durable and Inclusive Growth, April 2014: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2014/afr/eng/sreo0414.htm>

Konferenz „Africa Rising“, Maputo, Mosambik: <http://africa-rising.org/>

Building the Future—Jobs, Growth, and Fairness in the Arab World, Amman, Jordan: <http://www.imf.org/external/np/seminars/eng/2014/act/index.htm>

„The Economic Power of Women’s Empowerment“: <http://www.imf.org/external/np/speeches/2014/091214.htm>

„Can Women Save Japan?": <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2012/wp12248.pdf>

„Fair Play: More Equal Laws Boost Female Labor Force Participation": <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2015/sdn1502.pdf>

IMFx – Kostenlose Online-Kurse des Internationalen Währungsfonds: <https://www.edx.org/school/imfx>

Financial Programming and Policies, Part 1: Macroeconomic Accounts and Analysis: <https://www.edx.org/course/financial-programming-policies-part-1-imfx-fpp-1x-0>

Französische Fassung: <https://www.edx.org/course/programmation-et-politiques-financieres-imfx-ppf-1x>

Schuldentragfähigkeitsanalyse (Englisch): <https://www.edx.org/course/debt-sustainability-analysis-imfx-dsax>

Reform der Energiesubventionen (Englisch): <https://www.edx.org/course/energy-subsidy-reform-imfx-esrx-0>

Energy Subsidy Reform: Lessons and Implications:
<http://www.imfbookstore.org/ProdDetails.asp?ID=ESRLIEA&PG=1&Type=BL>

IMF eLibrary online data portal: <http://data.imf.org/?sk=7CB6619C-CF87-48DC-9443-2973E161ABEB>

TEIL 2 – UNSERE ARBEIT: DIE „GROSSEN DREI“

Volkswirtschaftliche Überwachung

„2014 Triennial Surveillance Review—Stakeholders' Perspectives on IMF Surveillance": <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/073014a.pdf>

„2014 Triennial Surveillance Review—Review of IMF Surveillance Products": <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/073014b.pdf>

„2014 Triennial Surveillance Review—Analytical Background Studies": <http://www.imf.org/external/np/spr/triennial/2014/index.htm>

„2014 Triennial Surveillance Review—External Study—Report on Interviews": <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/073014c.pdf>

„2014 Triennial Surveillance Review—Report of the External Advisory Group": <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/073014j.pdf>

IMF Executive Board Reviews Surveillance: Supporting Sustainable Growth in a Post-Crisis Interconnected World, Pressemitteilung Nr. 14/454: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14454.htm>

„2014 Triennial Surveillance Review—Managing Director's Action Plan for Strengthening Surveillance": <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/112114.pdf>

„Staff Guidance Note on Macroprudential Policy": <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/110614.pdf>

„Key Aspects of Macroprudential Policy": <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/061013b.pdf>

„Review of the Financial Sector Assessment Program: Further Adaptation to the Post Crisis Era": <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/081814.pdf>

IMF Executive Board Concludes Review of the Financial Sector Assessment Program, Pressemitteilung Nr. 14/447: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14447.htm>

„Third Pilot External Sector Report": <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/062614.pdf>

„IMF Multilateral Policy Issues Report—2014 Spillover Report": <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/062514.pdf>

„Macroeconomic Developments in Low-Income Developing Countries": <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/091814.pdf>

Global Housing Watch: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2014/NEW061114A.htm>

„Housing Bubbles: An Ounce of Prevention is Worth a Pound of Cure", Blog iMFDirect: <http://blog-imfdirect.imf.org/2015/01/07/housing-bubbles-an-ounce-of-prevention-is-worth-a-pound-of-cure/>

Konferenz zu Wohnungsmärkten, Finanzstabilität und Wachstum von IIMB und IWF: <http://www.imf.org/external/np/seminars/eng/2014/housing/>

Konferenz über Wohnungsmärkte und die Makroökonomie: http://www.bundesbank.de/Redaktion/EN/Termine/Research_centre/2014/2014_06_05_eltville.html

„Review of the Role of Trade in the Work of the Fund": <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/020215.pdf>

IMF Executive Board Discusses Implementation Plan Following IEO Evaluation of IMF Involvement in International Trade Policy Issues, Öffentliche Informationsmitteilung (Public Information Notice, PIN) Nr. 10/35: <http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2010/pn1035.htm>

Umsetzungsplan in Reaktion auf die vom Direktorium befürworteten Empfehlungen aus der IEO-Evaluierung der IWF-Tätigkeit zu Fragen der internationalen Handelspolitik (Englisch): <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2009/111209.pdf>

IMF Involvement in International Trade Policy Issues: <http://www.imo-imf.org/ieo/pages/CompletedEvaluation109.aspx>

IMF Executive Board Reviews the Role of Trade in the Fund's Work, Pressemitteilung Nr. 15/132: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15132.htm>

„From Banking to Sovereign Stress: Implications for Public Debt“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/122214.pdf>

„Cross-Border Bank Resolution: Recent Developments“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/060214.pdf>

„Sovereign Debt Restructuring—Recent Developments and Implications for the IMF's Legal and Policy Framework“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/042613.pdf>

„The IMF's Lending Framework and Sovereign Debt—Preliminary Considerations“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/052214.pdf>

IMF Executive Board Discusses the Fund's Lending Framework and Sovereign Debt, Pressemitteilung Nr. 14/294: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14294.htm>

„Strengthening the Contractual Framework to Address Collective Action Problems in Sovereign Debt Restructuring“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/090214.pdf>

IMF Executive Board Discusses Strengthening the Contractual Framework in Sovereign Debt Restructuring, Press Release No. 14/459: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14459.htm>

„Spillovers in International Corporate Taxation“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/050914.pdf>

„Assessing Reserve Adequacy“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2011/021411b.pdf>

„Assessing Reserve Adequacy—Further Considerations“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/111313d.pdf>

„Assessing Reserve Adequacy—Specific Proposals“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/121914.pdf>

IMF Executive Board Discusses Reserve Adequacy Assessment, Pressemitteilung Nr. 15/176: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15176.htm>

Internationale Reserven – Bedenken des IWF und Länderperspektiven (Englisch) http://www.imo-imf.org/ieo/files/completedevaluations/IR_Main_Report.pdf

„Update on the Fiscal Transparency Initiative“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/061614.pdf>

Manual on Fiscal Transparency: <https://www.imf.org/external/np/fad/trans/manual.htm>

Guide on Resource Revenue Transparency: <http://www.imf.org/external/np/fad/trans/guide.htm>

„Macroeconomic Issues In Small States And Implications For Fund Engagement“: IMF Executive Board Concludes Macroeconomic Issues in Small States and Implications for Fund Engagement, Public Information Notice (PIN) Nr. 13/39: <http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1339.htm>

„Staff Guidance Note on the IMF's Engagement with Small Developing States“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/032414.pdf>

IMF Pledges Continued Commitment to Partner with Small Island Developing States in their Pursuit of Sustainable Economic Development, Pressemitteilung Nr. 14/412: <http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2013/pn1339.htm>

Datenstandards und Kodizes: <http://www.imf.org/external/data.htm>

Kreditvergabe

IMF Executive Board Approves US\$154 million Stand-By Arrangement for Georgia, Pressemitteilung Nr. 14/377: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14377.htm>

IMF Executive Board Approves US\$113.2 Million Stand-By Arrangement and US\$75.4 Million Stand-By Credit Facility for Honduras, Pressemitteilung Nr. 14/545: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14545.htm>

IMF Executive Board Approves US\$497.1 Million Stand-by Arrangement and US\$191.2 Million Stand-By Credit Facility for Kenya, Pressemitteilung Nr. 15/29: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1529.htm>

IMF Executive Board Approves €1.2 Billion Stand-By Arrangement for Serbia, Pressemitteilung Nr. 15/67: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1567.htm>

IMF Executive Board Approves US\$6.2 Billion Arrangement for Morocco under the Precautionary Liquidity Line, Pressemitteilung Nr. 12/287: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12287.htm>

IMF Executive Board Approves New Two-Year US\$70 Billion Flexible Credit Line Arrangement with Mexico, Pressemitteilung Nr. 14/543: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14543.htm>

IMF Executive Board Approves New Two-Year US\$23 Billion Flexible Credit Line Arrangement for the Republic of Poland, Pressemitteilung Nr. 15/05: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1505.htm>

IMF Executive Board Approves US\$17.6 Million Extended Fund Facility Arrangement for Seychelles, Pressemitteilung Nr. 14/262: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14262.htm>

IMF Executive Board Approves 4-Year US\$17.5 Billion Extended Fund Facility for Ukraine, US\$5 Billion for Immediate Disbursement, Pressemitteilung Nr. 15/107: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15107.htm>

IMF Executive Board Approves US\$130 Million in Immediate Assistance to Guinea, Liberia, and Sierra Leone in Response to the Ebola Outbreak, Pressemitteilung Nr. 14/441: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14441.htm>

IMF Establishes a Catastrophe Containment and Relief Trust to Enhance Support for Eligible Low-Income Countries Hit by Public Health Disasters, Pressemitteilung Nr. 15/53: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1553.htm>

IMF Executive Board Approves US\$114.63 Million in Financing and Debt Relief for Sierra Leone, Pressemitteilung Nr. 15/86: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1586.htm>

IMF Executive Board Approves US\$45.6 Million Disbursement under the Rapid Credit Facility and US\$36.5 Million in Debt Relief under the Catastrophe Containment and Relief Trust for Liberia, Pressemitteilung Nr. 15/69: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1569.htm>

IMF Executive Board Approves US\$29.8 Million in Debt Relief Under the Catastrophe Containment and Relief Trust for Guinea, Pressemitteilung Nr. 15/137: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15137.htm>

IMF Executive Board Approves New US\$122.4 Million ECF Arrangement for Chad, Pressemitteilung Nr. 14/381: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14381.htm>

IMF Approves US\$918 Million ECF Arrangement to Help Ghana Boost Growth, Jobs, and Stability, Pressemitteilung Nr. 15/159: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15159.htm>

IMF Executive Board Approves 3-Year US\$21.7 Million Extended Credit Facility Arrangement for Grenada and Concludes 2014 Article IV Consultation, Pressemitteilung Nr. 14/310: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14310.htm>

IMF Executive Board Approves US\$92.4 Million Extended Credit Facility to Support the Kyrgyz Republic, Pressemitteilung Nr. 15/165: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15165.htm>

IMF Executive Board Approves a 3-Year, US\$552.9 Million Extended Credit Facility Arrangement with Yemen, Pressemitteilung Nr. 14/408: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14408.htm>

IMF Executive Board Completes Sixth Review under Burundi's ECF Arrangement, Augments Access and Approves US\$6.9 Million Disbursement, Pressemitteilung Nr. 15/134: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15134.htm>

IMF Executive Board Completes Sixth Review under the ECF Arrangement for Côte d'Ivoire, Approves US\$94.7 Million Disbursement, and Augments Access and Extends the Arrangement, Pressemitteilung Nr. 14/554: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14554.htm>

IMF Executive Board Completes Fifth Review Under ECF Arrangement for Guinea, Extends Arrangement, and Approves US\$63.6 Million Augmentation, Pressemitteilung Nr. 15/49: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1549.htm>

IMF Executive Board Approves US\$7.63 Million Disbursement Under the Rapid Credit Facility for the Central African Republic, Pressemitteilung Nr. 15/129: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15129.htm>

IMF Executive Board Approves US\$12.9 Million Disbursement Under the Rapid Credit Facility for the Central African Republic, Pressemitteilung Nr. 14/226: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14226.htm>

IMF Executive Board Approves US\$10.8 Million Disbursement Under the Rapid Credit Facility for The Gambia, Pressemitteilung Nr. 15/155: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15155.htm>

IMF Executive Board Approves US\$ 5.24 million Disbursement Under the Rapid Credit Facility for Guinea-Bissau, Pressemitteilung Nr. 14/495: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14495.htm>

IMF Executive Board Approves US\$ 47.1 Million Disbursement Under the Rapid Credit Facility for Madagascar, Pressemitteilung Nr. 14/287: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14287.htm>

IMF Executive Board Approves US\$ 6.4 Million Disbursement under the Rapid Credit Facility And the Rapid Financing Instrument for St. Vincent and the Grenadines, Pressemitteilung Nr. 14/383: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14383.htm>

IMF Executive Board Completes Sixth and Seventh Reviews Under the SBA for Bosnia and Herzegovina, Approves € 95.7 Million Augmentation of the SBA and € 191.4 Million Disbursement, Pressemitteilung Nr. 14/320: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14320.htm>

IMF Executive Board Discusses Reform of the Policy on Public Debt Limits in Fund-Supported Programs, Pressemitteilung Nr. 14/591: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14591.htm>

„Reform of the Policy on Public Debt Limits in Fund-Supported Programs“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/111414.pdf>

IMF Executive Board Approves Extension of Interest Waiver for Low-Income Countries Through end-2016, Pressemitteilung Nr. 14/602: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14602.htm>

IMF Executive Board Approves Three-Year Policy Support Instrument for Tanzania, Pressemitteilung Nr. 14/350: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14350.htm>

Kapazitätsentwicklung

„IMF Policies and Practices on Capacity Development“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/082614.pdf>

IMF Launches Somalia Trust Fund for Capacity Development, Pressemitteilung Nr. 15/102: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr15102.htm>

TEIL 3 – FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT

IMF Executive Board Approves FY2015–FY2017 Medium-Term Budget, Pressemitteilung Nr. 14/201: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14201.htm>

IMF Executive Board Adopts New Rule for Basic Rate of Charge on IMF's GRA Lending, Pressemitteilung Nr. 11/485: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11485.htm>

IMF Executive Board Modifies Rule for Setting SDR Interest Rate, Pressemitteilung Nr. 14/484: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14484.htm>

IMF Executive Board Approves One-year Extension of the 2012 Borrowing Agreements, Pressemitteilung Nr. 14/417: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14417.htm>

IMF Executive Board Discusses 2014 Report on Diversity and Inclusion, Pressemitteilung Nr. 14/556: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14556.htm>

„Review of the Fund's Income Position for FY 2014 and FY 2015–2016“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/040714b.pdf>

IMF Executive Board Reviews Fund's Income Position and Sets Margin for Lending Rate for Financial Years 2015–16, Pressemitteilung Nr. 14/231: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14231.htm>

Factsheet—Protecting IMF Resources: Safeguards Assessments of Central Banks: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/safe.htm>

Deputy Managing Director Naoyuki Shinohara to Leave IMF, Pressemitteilung Nr. 15/03: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1503.htm>

IMF Deputy Managing Director Nemat Shafik Announces Her Departure, Pressemitteilung Nr. 14/106: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14106.htm>

IMF Managing Director Christine Lagarde Proposes Appointment of Carla Grasso as Deputy Managing Director and Chief Administrative Officer, Pressemitteilung Nr. 15/04: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1504.htm>

IMF Managing Director Christine Lagarde Proposes Appointment of Mitsuhiro Furusawa as Deputy Managing Director, Pressemitteilung Nr. 15/33: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1533.htm>

IMFC Selects Agustín Carstens as New Chairman, Pressemitteilung Nr. 15/65: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1565.htm>

IMF Response to the Financial and Economic Crisis: <http://www.imo-imf.org/imo/pages/CompletedEvaluation227.aspx>

IMF Management and Staff Welcome Independent Evaluation Office's Report on the IMF Response to the Financial and Economic Crisis, Pressemitteilung Nr. 14/494: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14494.htm>

Recurring Issues from a Decade of Evaluation: Lessons for the IMF: <http://www.imo-imf.org/imo/pages/CompletedEvaluation214.aspx>

IMF Independent Evaluation Office (Unabhängiges Evaluierungsbüro des IWF): <http://www.imo-imf.org/imo/pages/ieohome.aspx>

IMF Executive Board Reports to the Board of Governors on the 2010 Reforms and Fifteenth General Review of Quotas, Pressemitteilung Nr. 14/22: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr1422.htm>

Communiqué of the Thirty-First Meeting of the IMFC: <http://www.imf.org/external/np/cm/2015/041815.htm>

Nauru Applies for IMF Membership, Pressemitteilung Nr. 14/216: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14216.htm>

„2011 Triennial Surveillance Review“: <http://www.imf.org/external/np/spr/triennial/2011/>

„Review of the IMF's Communications Strategy“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/063014.pdf>

IMF Executive Board Discusses the IMF's Communication Strategy, Public Information Notice (PIN) Nr. 07/74: <http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0774.htm>

TEIL 4 – RÜCKBLICK / BLICK IN DIE ZUKUNFT

Rückblick

Regional Economic Outlook: Sub-Saharan Africa—Navigating Headwinds, April 2015: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2015/afr/eng/index.htm>

„Pan-African Banks: Opportunities and Challenges for Cross-Border Oversight“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/dp/2015/afr1503.pdf>

„IMF Country Report No. 14/235—People's Republic of China“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2014/cr14235.pdf>

Regional Economic Outlook Special Report—“25 Years of Transition: Post-Communist Europe and the IMF”: http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2014/eur/eng/pdf/erei_sr_102414.pdf

„Central and Eastern Europe: New Member States (NMS) Policy Forum, 2014; Staff Report on Cluster Consultations—Common Policy Frameworks and Challenges“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr1597.pdf>

„Baltic Cluster Report: 2014 Cluster Consultation—Staff Report; Press Release; and Statement by the Executive Director for the Baltic Countries“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2014/cr14116.pdf>

IMF Executive Board Discusses Baltic Cluster Report on the Republics of Estonia, Latvia, and Lithuania, Pressemitteilung Nr. 14/203: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14203.htm>

Regional Economic Outlook—Western Hemisphere: Northern Spring, Southern Chills, April 2015: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2015/whd/eng/pdf/wreo0415.pdf>

„Santiago Conference—Latin American Conference Discusses Ideas to Promote Growth“, *IMF Survey*: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2014/NEW121214A.htm>

„Islamic Finance: Opportunities, Challenges, and Policy Options“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2015/sdn1505.pdf>

Externe Beratergruppe des IWF zum islamischen Finanzwesen: <http://www.imf.org/external/themes/islamicfinance/eagmembers.htm>

IMF's Middle East Center for Economics and Finance (CEF) and the Middle East Regional Technical Assistance Center (METAC) conclude Workshop on Risk-Based Supervision in Institutions Offering Islamic Financial Services, Pressemitteilung Nr. 15/36: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1536.htm>

„Assessing Concentration Risks in GCC Banks“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/102514.pdf>

Blick in die Zukunft

Financing Sustainable Development—Key Policy Issues and the Role of the IMF: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2015/041515.pdf>

Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin (Englisch) <http://www.imf.org/external/ns/cs.aspx?id=318>

AKRONYME UND ABKÜRZUNGEN

APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation	IFRS	International Financial Reporting Standards
BEPS	Base Erosion and Profit Shifting (Erosion der Steuerbasis und Gewinnverlagerung)	IMFC	International Monetary and Financial Committee (Internationaler Währungs- und Finanzausschuss)
BIP	Bruttoinlandsprodukt	LIDC	Low-income developing country (Entwicklungsland mit niedrigem Einkommen)
CCRT	Catastrophe Containment and Relief Trust (Treuhandsfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung)	MDRI	Multilateral Debt Relief Initiative (Multilaterale Entschuldungsinitiative)
DGI	Data Gaps Initiative (Datenlückeninitiative)	MOOC	Massive open online course (Massiver offener Online-Kurs)
EAC	External Audit Committee (Externer Rechnungsprüfungsausschuss)	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
EFF	Extended Fund Facility (Erweiterte Fondsfazilität)	OIA	Office of Internal Audit and Inspection (Büro für interne Revision und Inspektion)
EU	Europäische Union	OPEC	Organisation der Erdöl exportierenden Länder
EWE	Early Warning Exercise (Frühwarnübung)	PLL	Precautionary and Liquidity Line (Vorsorgliche und Liquiditätslinie)
FCL	Flexible Credit Line	PRGT	Poverty Reduction and Growth Trust (Treuhandsfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum)
FM	<i>Fiscal Monitor</i>	PSI	Policy Support Instrument (Instrument zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik)
FMCG	G20 Finance Ministers and Central Bank Governors (Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20)	RCF	Rapid Credit Facility (Schnellkreditfazilität)
FSAP	Financial Sector Assessment Program (Programm zur Bewertung des Finanzsektors)	REO	<i>Regional Economic Outlook</i>
FSB	Financial Stability Board (Rat für Finanzstabilität)	RFI	Rapid Financing Instrument (Schnellfinanzierungsinstrument)
GJ	Geschäftsjahr	RTAC	Regional Technical Assistance Center (Regionales Zentrum für technische Hilfe)
G20	Gruppe der Zwanzig	SBA	Stand-By Arrangement (Bereitschaftskreditvereinbarung)
GDDS	General Data Dissemination System (Allgemeines Datenweitergabesystem)	SDDS	Special Data Dissemination Standard (Spezieller Datenweitergabestandard)
GFSR	<i>Global Financial Stability Report</i>	SZR	Sonderziehungsrecht
GPA	Global Policy Agenda	TSR	Triennial Surveillance Review (Dreijahresprüfung der Überwachung)
GRA	General Resources Account (Konto für allgemeine Ressourcen)	WEO	<i>World Economic Outlook</i>
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries (hochverschuldete arme Länder)		
ICD	Institute for Capacity Development (Institut für Kapazitätsentwicklung)		
IEO	Independent Evaluation Office (Unabhängiges Evaluierungsbüro)		

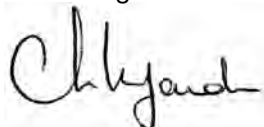
Begleitschreiben an den Gouverneursrat

31. Juli 2015

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Gemäß Artikel XII, Paragraph 7, Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Paragraph 10 der Satzung des IWF habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2015 abgelaufene Geschäftsjahr zu übergeben. Laut Paragraph 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF für das Geschäftsjahr mit Ende zum 30. April 2016 in Teil 3 vorgelegt. Die geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung und der vom IWF verwalteten Konten für das am 30. April 2015 abgelaufene Geschäftsjahr werden gemeinsam mit den diesbezüglichen Berichten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Anhang VI vorgestellt, der auf der CD-ROM des Berichts sowie auf der Website des IWF unter www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2015/ eingesehen werden kann. Die externe Rechnungsprüfung und die Rechnungslegungsprozesse wurden nach Maßgabe von Paragraph 20 Buchstabe c der IWF-Satzung vom externen Rechnungsprüfungsausschuss geprüft, dem derzeit die Herren Ramos (Vorsitz) und Loeto sowie Frau Barth angehören.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Christine Lagarde

Geschäftsführende Direktorin und Vorsitzende des Exekutivdirektoriums

Das 70-jährige Bestehen des IWF

2014 beging der IWF den 70. Jahrestag seiner Gründung im Rahmen der Konferenz von Bretton Woods. Die Institution hielt während des Jahres Rückschau, blickte aber auch nach vorn: Wie kann der Währungsfonds die eng verknüpfte Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts am besten unterstützen? Und wie wird er sich künftigen Änderungen anpassen?

Bei der Gründung des IWF 1944 stand die Welt vor außergewöhnlich schwierigen Entscheidungen. Die Weltwirtschaftskrise hatte zu einem Weltkrieg geführt, der noch Monate andauern sollte. Die Herausforderungen beim Wiederaufbau einer neuen internationalen Ordnung waren gewaltig.

Im Lauf der folgenden Jahrzehnte half der IWF beim Wiederaufbau Europas. Er unterstützte neue Staaten, als Kolonialreiche ihren Rückzug antraten, und beim Fall der Sowjetunion. Der Währungsfonds half Lateinamerika und Asien durch Krisen und arbeitete eng mit den neuen Schwellenmärkten zusammen, die in diesem Jahrtausend ihre Identität fanden. Seit 2008 arbeitet der IWF eng mit all seinen Mitgliedsländern an der

Überwindung der jüngsten weltweiten Finanzkrise.

Im Jahresverlauf widmete der IWF die September-Ausgabe 2014 seiner vierteljährlich erscheinenden Publikation Finance & Development dem Jahrestag von Bretton Woods; sie trug den Titel „Past Forward: The Future of Global Economics“ (Rückschau und Ausblick: die Zukunft der globalen Ökonomie). Er veröffentlichte auch eine Festschrift des früheren IWF-Historikers James M. Boughton mit dem Titel „The IMF and the Force of History: Events that Have Shaped the Global Institution“ (Der IWF und die Kraft der Geschichte: Ereignisse, die die Weltinstitution formten).

Drei Veranstaltungen im Jahresverlauf unterstrichen die Meilensteine der Vergangenheit und die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft. Die erste Veranstaltung war eine interne Feier im Juli 2014 zum Gründungsjubiläum für das Exekutivdirektorium, den IWF-Stab und pensionierte Mitarbeiter. Im September folgte eine Klausur des Exekutivdirektoriums, bei der die Direktoren Gelegenheit hatten, ihre Ansichten zu „The Battle for Bretton Woods“ zu erörtern.



Die dritte Veranstaltung war die Keynote-Ansprache der Geschäftsführenden Direktorin Christine Lagarde zur Jahrestagung im Oktober 2014 zum Thema „The IMF at 70: Making the Right Choices—Yesterday, Today, and Tomorrow“ (Der IWF mit 70: Die richtigen Entscheidungen gestern, heute und morgen). In ihrer Ansprache nahm Frau Lagarde das Jubiläum zum Anlass, um einen Blick auf die künftigen Herausforderungen des IWF zu werfen.

„Siebzig Jahre nach Bretton Woods steht die internationale Gemeinschaft wieder vor einer Entscheidung. Die bewährten Formen der Zusammenarbeit scheinen aufzuweichen. Die Tragfähigkeit des Motors Weltwirtschaft selbst wird immer mehr in Frage gestellt.“

Kann er wirklich die Arbeitsplätze, das Einkommen, den besseren Lebensstandard liefern, die die Menschen anstreben?

Es sind drei wichtige gemeinsame Entscheidungen zu treffen:

Erstens, wie erreichen wir das Wachstum und die Arbeitsplätze, die zur Förderung von Wohlstand und Sicherung des sozialen Miteinanders notwendig sind? Ich würde es die Entscheidung zwischen Beschleunigung und Stagnation nennen.

Zweitens, wie machen wir diese verknüpfte Welt zu einem inklusiveren, sichereren Ort des Wohlergehens für uns alle? Das ist die Entscheidung zwischen Stabilität und Fragilität.

Drittens, wie stärken wir Zusammenarbeit und Multilateralismus statt Isolationismus und Abschottung? Das ist die Entscheidung zwischen Solidarität und Abschottung.

Unsere Zukunft hängt von unseren Entscheidungen ab.“

Dieser Jahresbericht wurde vom Referat für Redaktion und Publikationen der Abteilung Kommunikation des IWF erstellt. David Hawley, Rhoda Weeks-Brown und Jeremy Clift betreuten die Arbeit des Jahresberichts-Teams unter der Leitung des Evaluierungsausschusses des Exekutivdirektoriums, dessen Vorsitz Menno Snel und Steve Field innehaben. Hauptverfasser war Jeremy Mark, S. Alexandra Russell übernahm die Aufgaben als Redakteurin und Projektleiterin. Akshay Modi und Suzanne Alavi leisteten Redaktions- und Verwaltungsassistenten.

Für die deutsche Fassung war das folgende Team zuständig: Sandra Janisch (Terminologie, Revision und Korrektur), Susanne Bunzel-Harris (Übersetzung), Brian De Nicola (Herstellung), Charismarcom.de (Satz).

Bildnachweis:

Stephen Jaffe/© IMF photo: Exekutivdirektoren, Managementteam, Geschäftsführende Direktorin auf den Seiten 7, 94, 95, 118, Einband Rückseite

Alex Curro/© IMF photo: S. 75

Ryan Rayburn/© IMF photo: Direktoriumszimmer S. 5 und S. 69 (oben und unten rechts)

Andere © IMF photo: S. 6 (links), S. 69 (unten rechts)

Iwan Bagus: Exekutivdirektoren (Wimboh Santos)

IWF-Archiv: Einband Rückseite

Agentur- und historische Fotos von Alamy, Corbis und Getty Images

Design

Beth Singer Design LLC www.bethsingerdesign.com

Web-Design

Theo and Sebastian <http://theoandsebastian.com>

Video IWF-Jahresbericht

IMF Multimedia Services (Gokhan Karahan, Kyzysztot Rucinski und Patrick Gleason)

Die Website des Jahresberichts (www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2015/eng) enthält Begleitmaterial zum Jahresbericht (in englischer Sprache), wie Webtabellen, Anhänge (einschließlich des Jahresabschlusses zum 30. April 2015) und andere einschlägige Dokumente. Eine CD-ROM-Version des Jahresberichts, einschließlich des auf der Website veröffentlichten Begleitmaterials, ist über IMF Publication Services erhältlich.

©2015 Internationaler Währungsfonds
Jahresbericht 2015 – Herausforderungen gemeinsam angehen

ISBN 978-1-51358-657-1 (Papier)

ISBN 978-1-51356-415-9 (PDF)

Publikationen können online, per Fax oder auf dem Postweg angefordert werden:

International Monetary Fund, Publication Services
P.O. Box 92780, Washington, DC 20090, U.S.A.
Tel.: +1 (202) 623-7430 Fax +1 (202) 623-7201
E-Mail: publications@imf.org
www.imfbookstore.org | www.elibrary.imf.org

70 Jahre IWF

Der Internationale Währungsfonds wurde 1944 in einer schweren Krise gegründet, als der Zweite Weltkrieg tobte. Seine Anfänge gründeten auf dem Geist der globalen Verantwortung, dem festen Glauben an Multilateralismus und intellektueller Führung, die

auch heute noch das Fundament des IWF bilden. Als die zentrale Weltorganisation für internationale Zusammenarbeit in der Geld- und Währungspolitik dient der IWF den Interessen seiner weltweiten Mitglieder: allen Ländern – groß und klein, reich und arm.

2010

2000

1990

1980

1970

1960

1950

1940



1944: Der IWF wird auf der Konferenz von Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire gegründet

1956: Die Suez-Krise führt zur ersten starken Kreditvergabe des IWF an Ägypten, Frankreich, Israel und das Vereinigte Königreich

1960: Länder Afrikas erlangen die Unabhängigkeit, was zu einem Anstieg der Mitgliederzahlen im IWF führt

1973: Das System aus Paritäten und festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen, das in Bretton Woods aufgestellt wurde, bricht zusammen, als wichtige Währungen gegenseitig freie Kurse bilden

1989: Die Berliner Mauer fällt und führt zum Zusammenbruch der Sowjetunion; alle 15 Länder werden Mitglieder des IWF

1994: Mexiko erlaubt die Abwertung des Peso in Reaktion auf die erste in einer Reihe von Finanzkrisen im Lauf der nächsten acht Jahre

1997: Eine Abwertung des thailändischen Baht löst eine Finanzkrise in Ostasien aus, die den IWF in eine umstrittene Serie von Wirtschaftsreformen verwickelt

2008: Der Konkurs des Finanzhauses Lehman Brothers markiert den Anfang einer weltweiten Wirtschaftskrise, die noch auf Jahre hinaus zu spüren ist

2010: Der IWF billigt den ersten von mehreren Krediten an Länder im Euroraum (Griechenland, Irland, Portugal) – die erste Beteiligung des IWF seit 40 Jahren an der Beilegung von Finanzkrisen in fortgeschrittenen Ländern



International Monetary Fund
700 19th Street NW
Washington, DC 20431 USA

www.imf.org

ISBN: 978-1-51356-415-9



9 781513 564159